

Rheinlandpfalz



Statistisches Landesamt

Statistische Monatshefte

1983

Januar

Februar

März

April

Mai

Juni

Juli

August

September

Oktober

November

Dezember

INHALT

Ernteaussichten 1983	159	Die Ernteaussichten für die wichtigsten Feldfrüchte und Futterpflanzen sowie für Wein, Obst und Gemüse werden nach dem Stand von Anfang August erläutert. Ein extremer Witterungsverlauf beeinträchtigte das Wachstum.
Ausbildungsplätze im Mai 1983 - Angebot und Nachfrage	163	Obwohl die Betriebe ihre Ausbildungskapazitäten 1983 ausweiteten, ergibt sich in diesem Jahr eine noch angespanntere Situation am Ausbildungsstellenmarkt. Grund dafür ist, daß wesentlich mehr Schulabgänger als im Vorjahr eine Ausbildung im dualen System anstreben.
Regionale Arbeitsmärkte 1970 bis 1996	168	Das komplexe Geschehen am Arbeitsmarkt findet seinen Niederschlag in der Arbeitsmarktbilanz. Im Rahmen der Bevölkerungsprognose fallen auch Daten über die voraussichtliche Entwicklung der regionalen Arbeitsmärkte an.
Sozialprodukt und privater Verbrauch 1960 bis 1981	172	Nach Abschluß der Länderrevision liegen für Rheinland-Pfalz wieder vergleichbare Ergebnisse über Entstehung, Verteilung und Verwendung des Sozialprodukts ab 1960 vor.
Baulandpreise 1982	176	Seit Januar 1982 sind die Geschäftsstellen der Gutachterausschüsse bei den Katasterämtern zur Statistik der Kaufwerte für Bauland berichtspflichtig. Damit können die Unterlagen rationeller und lückenlos bereitgestellt werden.
Brauwirtschaft	178	In Rheinland-Pfalz gibt es 29 Bierbrauereien. Sie haben ihre Stellung auf dem deutschen Biermarkt über zwei Jahrzehnte gut behauptet.
Mineralwasser und alkoholfreie Erfrischungsgetränke	181	Der Pro-Kopf-Verbrauch von Mineralwasser ist in den letzten Jahren sprunghaft angestiegen. Die Produktion von Fruchtsaftgetränken und Limonaden verlief rückläufig. Die Umsätze der Hersteller von alkoholfreien Getränken sind sehr stark saisonabhängig.
Befunddokumentation und Arztbriefschreibung im Krankenhaus (BAIK)	183	BAIK ist ein für den Breitereinsatz bestimmtes Verfahren zur computerunterstützten medizinischen Dokumentation.
Anhang	57*	Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz
	63*	Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Der vierfarbige Prospekt "Rheinland-Pfalz heute" dient der Schnellinformation. Er gibt auf 20 Seiten einen Überblick über die wichtigsten Eckwerte aus den Bereichen Bevölkerung, Kultur, Arbeit, Wirtschaft und Staat; außerdem Vergleichszahlen der Flächenländer und des Bundesgebiets.

Neu aufgenommen ist eine Seite mit Angaben zum Welt-Kommunikations-Jahr 1983

544/83



60 Pf.
Porto

Bestellkarte

Ich bestelle Ex.

Rheinland - Pfalz heute - 1983

zum Preis von 60 Pfennig

ab 100 Ex. 40 Pfennig

Name / Dienststelle / Firma:

.....

.....

.....

()

An das
Statistische Landesamt
Rheinland - Pfalz
Postfach
5427 BAD EMS



Rheinland- Pfalz

heute

Jetzt vorbestellen!



Erscheint

im September 1983

1983

Ernteaussfälle durch Regen, Hitze und Trockenheit

Infolge anhaltender Regenfälle und niedriger Temperaturen im April und Mai, starker Verkrustung der Ackerböden im Juni und zunehmender Hitze im Juli, die in weiten Gebieten eine vorzeitige Reife bewirkte, wird die diesjährige Getreideernte um gut 10% unter der bisher größten Menge aus dem Jahre 1982 bleiben. Während das Wintergetreide den Sechsjahresdurchschnitt noch annähernd erreichen kann, dürfte das Sommergetreide auch die mehrjährigen Vergleichswerte deutlich unterschreiten. Der erste Rauhfutterschnitt konnte bis Anfang Juli eingebracht werden und lieferte 60 dt Heu je Hektar von guter Qualität. Die Ergebnisse vom Vorjahr und im mehrjährigen Durchschnitt wurden um etwa 10% übertroffen. Danach blieb der Futternachwuchs in den meisten Gebieten spärlich. Die Hackfrüchte standen Anfang August ebenfalls ungünstiger als zum gleichen Zeitpunkt des Vorjahres.

Die Reben entwickelten sich im Frühjahr wiederum sehr vorteilhaft. Nachdem die Blüte ohne größere Verzögerungen und Verrieselungsschäden zum Abschluß kam, wurde der Traubenansatz Anfang August von 82% der Berichtersteller als gut beurteilt (Vorjahr 97%). Nach der Rekordmenge des letzten Jahres kann somit in diesem Jahr wiederum mit einer reichlichen, möglicherweise der bisher zweitgrößten Weinmosternte gerechnet werden.

Die Obsternte wird 1983 bei allen Arten geringer ausfallen als im letzten Jahr. Die Sauerkirschen bleiben sogar unter dem langjährigen Durchschnitt. Relativ gute Erträge sind von Süßkirschen, Pflaumen und Zwetschen, Mirabellen und Renekloden zu erwarten. Äpfel und Birnen werden etwa den Mittelwert erreichen. Das Wachstum der Gemüsekulturen wurde durch die Witterung zeitweise merklich behindert. In den meisten Fällen werden sie aber noch durchschnittliche Erträge bringen. Bei einigen mittelfrühen und feuchtigkeitsliebenden Arten wird es jedoch deutliche Ausfälle geben. tg

Mehr über dieses Thema auf Seite 159

Wieder mehr Milchkühe

Der Rinderbestand war Anfang Juni 1983 in Rheinland-Pfalz mit 651 000 Tieren nur unwesentlich kleiner als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Die Zahl der Milchkühe, die bisher eine rückläufige Entwicklung aufwies, hat sich um 2,8% auf annähernd 229 000 Tiere erhöht. Da auch mehr weibliche Nutz- und Zuchttiere im Alter von ein bis zwei Jahren vorhanden waren, dürfte die Milcherzeugung in absehbarer Zeit weiter ansteigen. Rinderhaltende Betriebe gab es noch 25 800 (- 3,7%), darunter 19 100 mit Milchkühen. rö

Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz 8/83

Winterraps gewinnt an Bedeutung

Nach der witterungsbedingten Ausweitung des Sommergetreideanbaues im Vorjahr wurden von den rheinland-pfälzischen Landwirten im Herbst 1982 wieder verstärkt Winterweizen (113 400 ha), Wintergerste (50 300 ha) und Winterroggen (27 000 ha) ausgesät. Bei der Sommergerste und beim Hafer sind die Ernteflächen mit 87 700 bzw. 44 700 ha dagegen deutlich kleiner als 1982. Die gesamte Getreidefläche ging um gut 1% zurück.

Der Kartoffelanbau erreichte mit knapp 13 000 ha einen neuerlichen Tiefstand. Auch der Anbau von Zuckerrüben wurde weiterhin geringfügig eingeschränkt (21 800 ha). Beim Winterraps (8 400 ha) setzte sich dagegen der seit Jahren festzustellende Aufwärtstrend fort. lx

Positive Einschätzung des Verfahrens BAIK aus ärztlicher Sicht

Der Modellversuch Befunderfassung und Arztbriefschreibung im Krankenhaus (BAIK), bei dem das Verfahren auf Einsetzbarkeit im medizinischen Berichtswesen getestet wurde, ist abgeschlossen. BAIK soll nunmehr im Breitereinsatz Anwendung finden. BAIK trägt zur Verbesserung und Beschleunigung der Befunddokumentation und Arztbriefschreibung bei. cg

Mehr über dieses Thema auf Seite 183

Trotz Ausweitung der Kapazitäten ist ein Ausbildungsplatzdefizit zu erwarten

Im Jahr 1983 stehen 40 600 neue Ausbildungsplätze zur Verfügung, wie aus einer vom Ministerium für Wirtschaft und Verkehr in Auftrag gegebenen Betriebsbefragung vom Mai 1983 hervorgeht. Damit liegt das Ausbildungsplatzangebot um 2 400 höher als im Vorjahr. Es übersteigt auch die bisherige Ausbildungskapazität der Betriebe, denn voraussichtlich werden 38 100 Auszubildende 1983 ihre Ausbildung beenden.

Trotz der Ausweitung der Ausbildungskapazitäten ist ein Ausbildungsplatzdefizit zu erwarten. Denn dem Angebot von 40 600 Lehrstellen steht eine Nachfrage von 42 900 Plätzen gegenüber. Dies ist das Ergebnis einer ebenfalls im Mai im Auftrag des Kultusministeriums durchgeführten Schulabgängerbefragung. Die Nachfrage stieg damit gegenüber dem Vorjahr um 2 600 an. Grund dafür ist, daß bei nahezu gleichgebliebener Schulabgängerzahl wesentlich mehr Entlaßschüler als im Vorjahr eine Ausbildung im dualen System anstreben. ke

Mehr über dieses Thema auf Seite 163

1985 bis 1987 stärkste Anspannung am Arbeitsmarkt

Im Jahre 1970 herrschte am rheinland-pfälzischen Arbeitsmarkt Vollbeschäftigung. Seitdem hat sich das Arbeitskräfteangebot kontinuierlich erhöht, hauptsächlich demographisch bedingt durch die Zunahme der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter, während der Bestand an verfügbaren Arbeitsplätzen zurückging. Diese Schere wird sich in den kommenden Jahren noch weiter öffnen. Bis 1985 wird die Zahl der Erwerbspersonen voraussichtlich auf 1 639 000 anwachsen und erst danach wegen des Eintritts geburten-schwacher Jahrgänge in das Erwerbsleben sowie anhaltender Wanderungsverluste allmählich sinken. In den Jahren 1985 bis 1987 könnten demnach etwa 140 000 Menschen erwerbslos sein, wobei als Erwerbslose alle nicht erwerbstätigen Arbeitsuchenden gelten; insofern ist dieser Begriff umfassender als die registrierten Arbeitslosen nach der Arbeitsmarktstatistik. Erst nach 1990 würde die Erwerbslosigkeit wieder unter den gegenwärtigen Stand fallen.

Von dieser Entwicklung sind alle Regionen des Landes, wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß, betroffen. Vergleichsweise günstig ist die Situation noch in den Regionen Rheinpfalz und Mittelrhein-Westerwald. Dagegen könnte in der Region Trier die Erwerbslosenquote auf über 11% steigen und auch nach 1988 nur langsam zurückgehen. ly

Mehr über dieses Thema auf Seite 168

Neigung zum Studium nimmt ab

Anfang 1983 wurden die Schüler und Schülerinnen in den Abschlußklassen der Gymnasien, Integrierten Gesamtschulen, Kollegs und Fachoberschulen nach ihren Studien- und Berufswünschen befragt. Von 15 152 Schülern und Schülerinnen äußerten 10 867 (72%) die Absicht, ein Studium aufzunehmen. Im Vorjahr waren von 14 346 Befragten noch 10 973 (77%) an einem Studium interessiert.

Der Anteil der Studienwilligen lag bei den Schülern mit 79% wesentlich höher als bei den Schülerinnen mit 62%. Während 78% der Schüler und Schülerinnen, die die Fachhochschulreife anstreben, die Absicht äußerten, ein Studium aufzunehmen, war die Neigung zum Studium bei den Abiturienten und Abiturientinnen mit 70% weniger ausgeprägt. Ein Lehramtsstudium wollen 3,5% (383) der Studienwilligen aufnehmen (Vorjahr 5,7%). Gemessen an den Einstellungsmöglichkeiten erscheint diese Zahl aber immer noch zu hoch.

Zum Zeitpunkt der Befragung waren knapp 14% der Schüler und Schülerinnen hinsichtlich ihrer beruflichen Zukunft noch unentschlossen, knapp 15% gaben an, keine Studienabsicht zu haben. we

Seit 1960 überdurchschnittliches Wachstum des Sozialprodukts in Rheinland-Pfalz

Das Bruttosozialprodukt belief sich in Rheinland-Pfalz im Jahre 1981 auf 85,8 Mrd. DM. Damit hat sich die gesamtwirtschaftliche Leistung seit 1960 weit mehr als verfünffacht. Die durchschnittliche jährliche Veränderung lag mit 8,4% im gesamten Zeitraum deutlich über dem Bundesdurchschnitt (+ 8,1%), wobei die Entwicklung in der ersten Dekade (+ 8,7%) stärker war als in den nachfolgenden Jahren (+ 8,2%).

Mit rund 56% stellt der private Verbrauch den größten Anteil am Bruttosozialprodukt. Die Veränderungsrate lag im Durchschnitt der Jahre 1960 bis 1981 mit 8,1% (Bundesgebiet 8%) unter der des Sozialprodukts. Bestimmend für die Höhe des privaten Verbrauchs sind vor allem Umfang und Struktur der Bevölkerung, deren verfügbares Einkommen sowie das Preisniveau. lu

Mehr über dieses Thema auf Seite 172

Mit Bier gut im Geschäft

In Rheinland-Pfalz gibt es 29 Bierbrauereien, auf die 6% der Bierproduktion der Bundesrepublik Deutschland entfallen. Im Jahre 1982 hielt sich der Flaschenbierabsatz zwar auf dem Vorjahresniveau, die Bierlieferungen in Tankwagen und Containern erhöhten sich jedoch gegenüber dem Vorjahr um 12 000 auf 220 000 hl. Das entspricht einem Marktanteil von 12,3%, der nur von den Braustätten in Bayern und Nordrhein-Westfalen übertroffen wird. me

Mehr über dieses Thema auf Seite 178

Mineralwasser beliebtestes alkoholfreies Erfrischungsgetränk

Die gestiegene Nachfrage nach Mineralwasser zeigt sich in der Zunahme des Pro-Kopf-Verbrauchs, der 1970 bei 14 Litern gelegen hatte und im vergangenen Jahr 48 Liter erreichte. Die Produktion von Limonaden und Fruchtsaftgetränken war rückläufig. Die rheinland-pfälzische Produktion von Mineralwasser macht rund 28% des Bundesergebnisses aus. Hauptstandort dieser Branche und auch der auf Mineralwasser basierenden Herstellung alkoholfreier Getränke ist der Landkreis Ahrweiler.

In den letzten 30 Jahren zeigt sich in diesem Wirtschaftszweig eine starke Tendenz vom mittelständischen zum Großbetrieb, bedingt durch die zunehmende Technisierung, die eine entsprechende Kapitalausstattung der Produktionsstätten voraussetzt.

Der Umsatz der Branche ist stark saisonabhängig. Er konnte seit Anfang der 70er Jahre ständig gesteigert werden. Das gilt auch für den Absatz auf ausländischen Märkten. Der rheinland-pfälzische Anteil am deutschen Export macht fast 40% aus. kä

Mehr über dieses Thema auf Seite 181

Ernteaussichten 1983

Extremer Witterungsverlauf beeinträchtigt Wachstum

Nachdem im letzten Herbst die vorgesehenen Feldarbeiten abgeschlossen waren, setzte Ende November eine sehr niederschlagsreiche Witterung ein. In der dritten Dezemberwoche traten die meisten Flüsse und Bäche über die Ufer. Die Temperaturen lagen in der Regel wenige Grade über dem Gefrierpunkt, nur an einzelnen Tagen waren höhere Temperaturen oder Nachfröste zu verzeichnen.

Ende Januar wurde die westliche Meeresluft durch polare Kaltluft abgelöst, so daß die Temperaturen unter den Gefrierpunkt sanken. In der ersten Februardekade kam es häufig zu ergiebigen Schneefällen und in den Höhengebieten zur Bildung einer geschlossenen Schneedecke. Unter dem Einfluß nordöstlicher Luftzufuhren herrschte von Beginn der zweiten bis Mitte der dritten Monatsdekade hochwinterliche Witterung mit intensiver Sonneneinstrahlung. Die nächtlichen Tiefsttemperaturen lagen jedoch nur wenig unter minus 10 Grad Celsius. Da die Winterisaaten in den meisten Gebieten mit Schnee bedeckt waren, traten keine nennenswerten Frost- oder Verdunstungsschäden auf.

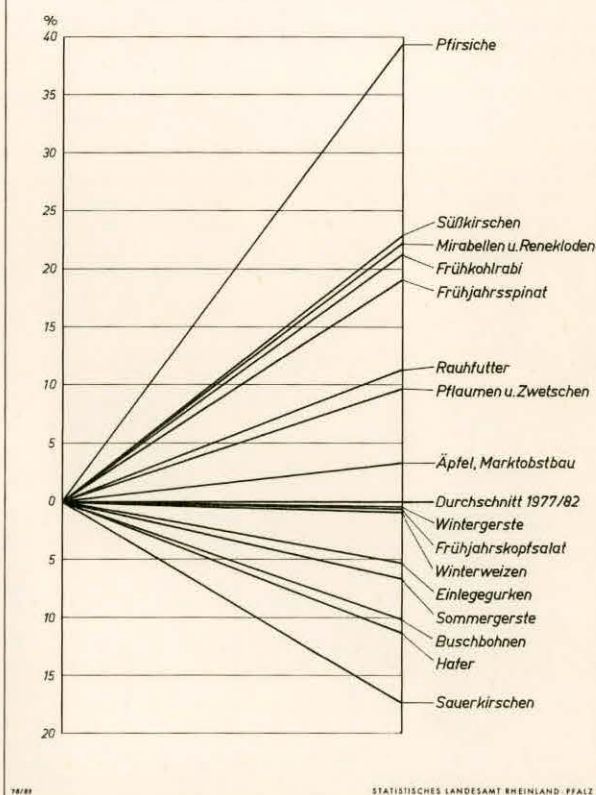
Dauerregenfälle im April und Mai

Ende der ersten Märzwoche setzte bei heiterem Vorfrühlingswetter in den meisten Gebieten von Rheinland-Pfalz das erste Wachstum der landwirtschaftlichen Kulturen ein. Das Wintergetreide begann sich zu bestocken, Wiesen und Weiden ergrüneten, die Knospen der Obstgehölze schwellen merklich. In den letzten Märztagen wurde die Entwicklung durch einen erneuten Kaltlufteinbruch bis etwa Mitte April unterbrochen. Anfang April kam es wiederum zu anhaltenden Regenfällen und schweren Überschwemmungen in den Tallagen. Die Tageshöchstwerte blieben dabei meistens unter plus 10 Grad Celsius.

Zu Beginn der zweiten Aprilhälfte drängte Warmluft aus südlichen Breiten in das Gebiet von Rheinland-Pfalz und brachte eine schnelle Erwärmung. Das Wachstum aller Kulturpflanzen setzte verstärkt ein und zeigte erhebliche Fortschritte. Mit dem Beginn der Süßkirschenblüte konnte nach wenigen Tagen auch im ganzen Land der Einzug des Vollfrühlings registriert werden. Ende des Monats waren nahezu überall die Bäume und Sträucher ergrünt. Im Vergleich zu Normaljahren bestand zu dieser Zeit dennoch ein Rückstand von etwa einer Woche.

Die wachstumsfreundliche Witterung setzte sich Anfang Mai zunächst fort, jedoch nahm die Niederschlagstätigkeit wieder zu. Zu Beginn der dritten Maidekade bildete sich durch das Zusammentreffen von polarer Kaltluft und subtropischer Warmluft ein umfangreiches Tiefdruckgebiet, das etwa eine Woche lang nahezu ortsfest über dem südwestdeutschen Raum verharrte und Dauerregenfälle von ungewöhnlicher Ergiebigkeit brachte. Flüsse und Bäche traten erneut über die Ufer und verursachten auch an landwirtschaftlichen Kulturen erhebliche Schäden. Im Mai gab es gut 20 Regentage und Gesamtniederschläge, welche die durchschnittlichen Mengen meistenorts um weit mehr als das Doppelte übertrafen. Die Tageshöchsttemperaturen erreichten in der letzten Maiwoche kaum plus 10 Grad Celsius. Dadurch kam das Wachstum weitgehend zum Erliegen.

Ertragserwartungen ausgewählter Fruchtarten 1983
Voraussichtliche Abweichung vom Durchschnitt 1977/82



Ab Anfang Juni beständiges Sommerwetter

Ein kräftiges Hochdruckgebiet über Osteuropa ließ Ende Mai Warmluft aus dem Mittelmeerraum nach Südwestdeutschland einfließen und verdrängte das Tiefdruckgebiet mit der Kaltluft. Von einem zum anderen Tag herrschte heiteres Sommerwetter mit Temperaturen um plus 25 Grad Celsius. Es hielt den ganzen Monat über an und wurde nur Mitte und Ende des Monats durch nördliche Luftströmungen und leichte Niederschläge für wenige Tage unterbrochen. Die hochsommerliche Witterung setzte sich auch im Juli fort und nahm an Intensität zu. Die Tageshöchsttemperaturen erreichten nun verbreitet Werte von weit über plus 30 Grad Celsius. Je nach Lage des Hochdruckgebietes wechselten sich heiße mit weniger warmen Witterungsabschnitten ab. Verschiedentlich kam es auch zur Ausbildung von Wärmegewittern, die in den meisten Gebieten auch einige Regenfälle brachten. Die Niederschlagstätigkeit ließ in der zweiten Julihälfte merklich nach. Außerdem verdunstete die Feuchtigkeit in kurzer Zeit, so daß sich Ende Juli eine bedrohliche Trockenheit bemerkbar machte.

Schwierigkeiten bei der Frühjahrsbestellung

Wintergerste und der verstärkt angebaute Winteraps konnten im September 1982 rechtzeitig und in vollem Umfang ausgesät werden. Das gleiche gilt für den Winterroggen und Winterweizen, die nach der Regenperiode hauptsächlich Ende Oktober und Anfang November zur Bestellung kamen. Da im November und Dezember nur selten Nachfröste auftraten, entwickelten sich die Wintersaaten recht vorteilhaft. Gerste und Winteraps wiesen sogar einen üppigen Wachstumsstand auf. Nachdem im Laufe des Winters keine größeren Schäden entstanden waren und lediglich einige Gersten- und Rapsfelder Vergilbungserscheinungen zeigten, setzte das Wachstum im

Frühjahr wieder rechtzeitig ein. Die kühle Witterungsperiode von Ende März bis Mitte April wirkte sich kaum nachteilig aus, da sie in den meisten Gebieten ein zu rasches Wachstum verhinderte.

Das Sommergetreide wurde in klimatisch begünstigten Gebieten weitgehend Mitte März bestellt. Es lief zügig auf, konnte sich aber erst ab Mitte April weiterentwickeln. In den Höhengebieten waren die Ackerböden derart vernäßt und aufgeweicht, so daß sie in den ersten Tagen nach der Wetterbesserung noch nicht befahren werden konnten. Das Sommergetreide kam hier erst Ende April/Anfang Mai und damit etwa zwei Wochen später als üblich zur Aussaat.

Anhaltende Regenfälle und niedrige Temperaturen verursachten zu Beginn der dritten Monatsdekade eine Unterbrechung des Wachstums und in weiten Gebieten eine Lagerung der Wintergerste und teilweise auch des Roggens. Anfang Juni wurden das junge Sommergetreide und der Mais weiter durch stark verkrustete Ackerböden behindert. Das Wintergetreide war dagegen schon genügend gestärkt und konnte sich in den meisten Gebieten normal weiterentwickeln.

Zu Beginn der zweiten Julidekade verursachten die steigenden Temperaturen verbreitet eine vorzeitige Reife und verhinderten damit die volle Ausbildung der Körner. Die Wintergerste wurde überwiegend Mitte Juli geerntet. In Tallagen und Tiefebene erreichte das übrige Getreide bereits Ende Juli/Anfang August die Vollreife.

Quantitative Erwartungen an die Getreideernte

Nach der ersten Vorschätzung zu Anfang Juli wird die diesjährige Getreideernte deutlich geringer ausfallen als die sehr hohe des letzten Jahres. Für Winterweizen wurden 46,3 dt, für Wintergerste 46,9 dt und für Sommergerste 34,9 dt je Hektar geschätzt. Bei diesen und auch bei den meisten anderen Getreidearten dürften damit die diesjährigen Hektarerträge um etwa 4 bis 6 dt niedriger ausfallen als im Vorjahr. Die Wintergetreidearten werden aber den Sechsjahresdurchschnitt 1977/82 noch annähernd erreichen. Die Sommergetreidearten dürften dagegen auch die mehrjährigen Vergleichswerte erheblich unterschreiten. Dabei sind regional je nach Lage und Güte der Böden sehr starke Unterschiede zu verzeichnen. Die gesamte Getreideernte in Rheinland-Pfalz wird sich auf etwa 1,3 Mill. t belaufen (Vorjahr 1,55 Mill. t). Im letzten Jahr war in Rheinland-Pfalz die bisher höchste Getreideernte eingebracht worden.

Sehr späte Anfangsentwicklung der Hackfrüchte

In den Hauptanbaugebieten konnten die Frühkartoffeln rechtzeitig gepflanzt werden. Zucker- und Runkelrüben sowie Spätkartoffeln gelangten in Tallagen zu Beginn der dritten Aprildekade, in Höhengebieten erst Anfang Mai zur Bestellung. Sie erfolgte

Ertragsersparungen für Feldfrüchte und Futterpflanzen
1983

Fruchtart	Hektarertrag		
	Durchschnitt 1977/82	1982	Vor-schätzung 1983
	dt		
Winterweizen	46,7	51,3	46,3
Sommerweizen	41,7	45,6	40,2
Roggen	38,0	38,2	38,1
Wintermenggetreide	38,0	40,4	38,8
Wintergerste	47,1	51,2	46,9
Sommergerste	37,4	40,6	34,9
Hafer	38,0	37,6	33,7
Sommermenggetreide	36,2	38,8	34,4
Frühkartoffeln	220,0	228,3	184,2
Winteraps	24,7	26,7	24,5
Rauhfutter ¹⁾	53,9	51,8	60,0
Wiesen	52,1	50,1	58,7
Mähweiden	55,9	53,7	61,3
Grasanbau			
auf dem Ackerland	58,0	56,6	63,1
Klee und Klee gras	58,3	56,7	65,0
Luzerne	60,9	58,1	63,1

1) Heuertrag des ersten Schnittes.

damit in vielen Gebieten etwa zwei Wochen später als in Normaljahren. Die jungen Pflanzen wurden in ihrer Entwicklung zunächst durch Nässe und niedrige Temperaturen sowie ab Anfang Juni durch verkrustete Böden stark behindert. Erst in der dritten Junidekade, als die Hackarbeiten abgeschlossen und einige Niederschläge gefallen waren, ging das Wachstum schneller vonstatten.

Bei den Frühkartoffeln sind knapp 200 dt je Hektar zu erwarten. Die Erträge dürften damit rund 10% unter den Ergebnissen des Vorjahres und dem Sechsjahresdurchschnitt bleiben. Der Wachstumsstand der übrigen Hackfrüchte wurde deutlich geringer beurteilt als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Dabei haben sich die Zuckerrüben auf guten Böden einigermaßen erholt, während Runkelrüben und Spätkartoffeln teilweise erhebliche Rückstände und Lücken aufweisen. Ihre Erträge werden daher die langjährigen Mittelwerte kaum erreichen.

Zügige Heuernte

Das Wachstum der Rauhfutterpflanzen auf Grün- und Ackerland begann in der zweiten Märzwoche und verlief insbesondere ab Mitte April bei ausreichender Wärme und Feuchtigkeit sehr rasch. Ende Mai wiesen die Futterflächen bereits sehr dichte Bestände auf. Bei trockenem und heiterem Frühsommerwetter wurde in tieferen Lagen Anfang Juni und in den Höhengebieten Mitte des Monats verstärkt mit der Heuernte begonnen. Erstmals seit mehreren Jahren konnte die Rauhfutterernte ohne größere Schwierigkeiten und Verluste geborgen werden. Lediglich Mitte und Ende des Monats wurde sie für wenige Tage durch kühle und regnerische Witterung unterbrochen. Diese stark vom Wetter abhängigen Arbeiten fanden in den Frühgebieten bis Mitte Juni und in höheren Lagen bis Ende der ersten Julidekade ihren Abschluß.

Die Schätzung des ersten Rauhfutterschnittes ergab 60 dt Heu je Hektar gegenüber 51,8 dt im Vorjahr und 53,9 dt im mehrjährigen Durchschnitt. Die Vergleichswerte wurden damit um gut 10% übertroffen. Wiesen, die den weitaus größten Teil der Gesamtfläche einnehmen, brachten 58,7 dt gegenüber 50,1 dt im Vorjahr und 52,1 dt im mehrjährigen Mittel. Mähweiden lieferten 61,3 dt je Hektar, während die Ackerfutterpflanzen Gras, Klee und Luzerne, die heute nur noch geringe Flächen einnehmen, Erträge von 61 bis 65 dt Heu je Hektar erbrachten.

Infolge der anhaltend hochsommerlichen Witterung blieb der Nachwuchs spärlich. Ende Juli wurde vielfach ein zweiter Schnitt eingebracht. Er lieferte zwar geringe Mengen, aber qualitativ ein hochwertiges Futter. Wenn auch bisher auf den Grünlandflächen Verbrennungserscheinungen wie in den früheren Trockenjahren 1959, 1964 und 1976 wegen der verschiedentlich aufgetretenen Gewitterregenfälle noch nicht beobachtet wurden, so wird die Ergiebigkeit der Futternutzung jedoch solange deutlich hinter Normaljahren zurückbleiben, bis ausreichende Niederschläge fallen und die Temperaturen gemäßigte Werte annehmen.

Gescheinansatz der Reben und Traubenansatz 1983

Anbaubereich	Gescheinansatz		Traubenansatz	
	mittel	gut	mittel	gut
	% der eingegangenen Berichte			
<u>Ahr</u>	50	50	–	100
<u>Mittelrhein</u>	17	83	10	90
Bacharach	–	100	–	100
Rhein-Burgengau	25	75	14	86
<u>Mosel-Saar-Ruwer</u>	25	75	26	74
Bernkastel	19	81	26	74
Obermosel	62	38	7	93
Saar-Ruwer	38	62	26	74
Zell/Mosel	14	86	36	64
<u>Nahe</u>	16	84	10	90
Bad Kreuznach	16	84	6	94
Schloß Böckelheim	16	84	13	87
<u>Rheinhessen</u>	21	79	5	95
Bingen	21	79	3	97
Nierstein	19	81	9	91
Wonnegau	26	74	4	96
<u>Rheinpfalz</u>	52	48	28	72
Südliche Weinstraße	55	45	29	71
Mittelhaardt-Deutsche Weinstraße	48	52	27	73
<u>Rheinland-Pfalz</u>	30	70	18	82
dagegen 1982	13	87	3	97

Erneut günstige Rebenentwicklung

Im letzten Winter sind an den Reben keine nennenswerten Frostschäden entstanden. Um die Monatswende April/Mai und damit nur wenige Tage später als im vergangenen Jahr erfolgte der Austrieb. Er wurde ebenso wie die Holzausreife von mehr als drei Viertel der Berichterstatter als gut beurteilt. Die Entwicklung verlief im Mai weitgehend normal. Nach einer kurzen Unterbrechung setzte sich das Wachstum ab Ende Mai infolge sommerlicher Temperaturen beschleunigt fort.

Der Gescheinansatz fand Ende Juni zwar eine etwas geringere Bewertung als im vergangenen Jahr, er wurde jedoch von 70% der Berichterstatter als gut beurteilt. Die Rebenblüte setzte etwas später ein als im Jahr zuvor; auf 95% der Flächen begann sie aber vor dem 30. Juni. Sie dauerte in den weitaus meisten Fällen nicht länger als zehn Tage, so daß sie Ende der ersten Julidekade auch im nördlichen Landesteil zum Abschluß kam. Lediglich an der Nahe sowie an Mosel-Saar-Ruwer wurde Ende Juni die Blüte des Riesling durch mehrere regnerische Tage etwas beeinträchtigt. Größere Verrieselungsschäden traten jedoch auch hier nur vereinzelt auf. Insgesamt verlief die Rebenblüte ebenso günstig (57% gut) wie im Vorjahr.

Die jungen Trauben entwickelten sich im Juli sehr zügig. Ende des Monats wurde der Traubenansatz von 82% der Berichterstatter als gut bezeichnet. Gegenüber 1982 (97% gut) fällt das Ergebnis zwar et-

was schwächer, im Vergleich zu den Jahren seit 1960 dennoch sehr günstig aus. Nach dem Stand von Anfang August kann daher auch in diesem Herbst nach der Rekordmenge des Vorjahres wieder mit einer reichlichen, möglicherweise mit der zweitgrößten Weinmosternte gerechnet werden. Da die Entwicklung gegenüber Normaljahren einen deutlichen Vorsprung aufweist, sind auch die Voraussetzungen für eine gute Qualität gegeben.

Erheblicher Fruchtfall bei Sauerkirschen und Äpfeln

Die Blüte der Süßkirschen sowie der früheren Pflaumen und Birnen setzte in diesem Jahre Mitte April ein. Anfang Mai folgten Sauerkirschen und Äpfel. Die Blüte verlief überwiegend vorteilhaft, während sie bei Äpfeln und Sauerkirschen im Mai verschiedentlich durch erhebliche Regenfälle und niedrige Temperaturen beeinträchtigt wurde. Zu Beginn der Dauerregenfälle in der dritten Maidekade war die Obstblüte weitgehend abgeschlossen. Im Laufe des Monats Juni trat vermutlich infolge der niedrigen Temperaturen während der zweiten Maihälfte bei Äpfeln und Sauerkirschen ein außergewöhnlich starker Fruchtfall ein, der die Ernteaussichten bei diesen Obstarten erheblich reduzierte.

Die endgültige Ernteschätzung erbrachte für Süßkirschen einen durchschnittlichen Baumertrag von 29,5 kg, der damit nur geringfügig unter dem vorjährigen Ergebnis, aber deutlich über dem Ertrag im mehrjährigen Durchschnitt lag. Sauerkirschen lieferten 17,7 kg je Baum gegenüber 23 kg im vergangenen Jahr und 21,4 kg im Sechsjahresdurchschnitt 1977/82. Die übrigen Baumobstarten dürften ebenfalls erheblich unter den vorjährigen Erntemengen bleiben, aber das langjährige Mittel in den meisten Fällen erreichen oder geringfügig überschreiten. Im Marktbobstbau wird eine Apfelernte von etwa 320 000 dt gegenüber 411 000 dt im Vorjahr erwartet. Pflau-

Ertragserwartungen für Obst 1983

Obstart	Maß- einheit	Durch- schnitt 1977/82	1982	Vor- schät- zung 1983
Äpfel				
Marktbobstbau ¹⁾	dt	306 659	411 134	316 634
Übriger Anbau	kg je Baum	25,2	51,3	23,9
Hoch- und Halb- stämme		31,0	65,6	30,9
Niederstämme	"	18,4	34,5	15,8
Birnen				
Marktbobstbau	"	19,7	25,7	19,4
Übriger Anbau	"	19,2	31,1	19,6
Hoch- und Halb- stämme	"	22,1	36,2	22,6
Niederstämme	"	15,1	23,9	15,4 ²⁾
Süßkirschen	"	24,0	30,4	29,5 ²⁾
Sauerkirschen	"	21,4	23,0	17,7 ²⁾
Pflaumen und Zwetschen	"	23,6	38,4	25,9
Mirabellen und Renekloden	"	18,5	26,6	22,6
Aprikosen	"	14,8	20,9	13,1
Pfirsiche	"	11,2	18,4	15,6 ²⁾
Erdbeeren	dt/ha	77,2	85,4	77,0 ²⁾

1) Erntemenge. - 2) Endgültiger Ertrag.

Gemüseerträge 1983

Gemüseart	Hektarertrag		
	Durch- schnitt 1977/82	1982	1983
	dt		
Frühjahrsspinat	163,7	165,7	195,0
Frühweißkohl	302,9	303,9	315,3
Frührotkohl	279,1	277,8	302,3
Frühwirsing	227,2	226,2	255,6
Frühlumenkohl	224,6	231,1	233,2
Frühe Möhren	222,0	221,6	229,2
Frühe Karotten	204,6	204,1	204,8
Frischerbsen	48,5	52,0	56,7
Frühkohlrabi	228,8	257,3	277,5
Frühjahrskopfsalat	205,6	215,4	204,4
Spargel	38,6	36,4	35,7
Buschbohnen	99,1	103,7	89,1 ^p
Stangenbohnen	142,9	145,2	134,8 ^p
Einlegegurken	177,1	177,6	167,7 ^p
Schälgurken	220,2	232,5	219,1 ^p

men und Zwetschen bringen voraussichtlich 25,9 kg je Baum gegenüber 38,4 und 23,6 kg in den Vergleichsjahren.

Erdbeeren lieferten in diesem Jahr 77 dt je Hektar. Damit wurde das vorjährige Ergebnis deutlich unterschritten, aber dem Ertrag im mehrjährigen Durchschnitt entsprochen. Bei den übrigen Beerenobstarten ist dagegen mit etwas günstigeren Ergebnissen zu rechnen.

Beeinträchtigung der Gemüsekulturen

Das erste Frühgemüse wurde Mitte März unter Folie rechtzeitig ausgepflanzt. Das übrige folgte in der zweiten Aprilhälfte und Anfang Mai. Es entwickelte sich im großen und ganzen normal, wenn auch gewisse Störungen durch niedrige Temperaturen und Nässe sowie durch zunehmende Trockenheit und Hitze nicht zu verkennen waren. In den Hauptanbaugebieten können jedoch die meisten Anbauflächen beregnet werden, so daß sich die Trockenheit nicht so gravierend auswirkte. Bei den besonders kälte- und trockenheitsempfindlichen Arten Spargel, Bohnen und Gurken sind merkliche Ertragseinbußen zu verzeichnen. Spargel lieferte 35,7 dt je Hektar gegenüber 36,4 im Vorjahr und 38,6 im mehrjährigen Durchschnitt. Besonders günstig schnitten Frühjahrs-spinat, Frischerbsen und Frühkohlrabi ab.

Die späteren Gemüsearten, die im Juni und Anfang Juli zur Auspflanzung kamen, waren im ersten Wachstumsstadium vielfach sehr hohen Temperaturen ausgesetzt. Ihr Wachstumsstand wurde Ende Juli in den meisten Fällen deutlich geringer als normal beurteilt. Sie gedeihen am günstigsten bei gemäßigten Temperaturen und ausreichender Feuchtigkeit. Ihre Ertragsmengen werden also wesentlich davon abhängen, wie lange sich die hochsommerliche Witterung fortsetzt. Die mittelfrühen Arten dürften in vielen Fällen die durchschnittlichen Hektarerträge nicht mehr erreichen. Bei den späten Kulturen, die erst im Oktober zur Ernte anstehen, ist dagegen durchaus noch eine Ertragsverbesserung möglich.

Dr. J. Töniges

Auftragseingänge im Juni gestiegen

Die Auftragseingänge von Industrie und Handwerk in Rheinland-Pfalz nahmen von Mai auf Juni 1983 um 4,1% zu. Während die Inlandsnachfrage um 8,2% stieg, gingen die Auslandsbestellungen um 3% zurück. Das saisonale Düngemittelgeschäft brachte der chemischen Industrie, dem größten rheinland-pfälzischen Industriezweig, einen kräftigen Auftragsschub mit einer Orderzunahme von nahezu 28%.

Im ersten Halbjahr 1983 lagen die Auftragseingänge um 1,8% unter dem Auftragsvolumen des entsprechenden Vorjahreszeitraumes. Steigende Nachfrage meldeten die Schuhindustrie (+ 12,8%) und die chemische Industrie (+ 7%). Im Maschinenbau einschließlich Büromaschinen, ADV-Geräten und -Einrichtungen (– 14,8%) war die Geschäftstätigkeit rückläufig.
fn

Produktionsanstieg im Juni

Die Produktionstätigkeit von Industrie und Handwerk in Rheinland-Pfalz hat im Juni 1983 gegenüber dem Vormonat um 1,9% zugenommen. Erstmals seit Januar wurde wieder das Produktionsniveau des entsprechenden Vorjahresmonats erreicht.

Im ersten Halbjahr 1983 lagen die Ausstoßziffern um 3,2% unter dem Ergebnis des entsprechenden Vorjahreszeitraumes. Lediglich das Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe konnte seine Erzeugung gegenüber 1982 leicht steigern (+ 0,3%). Maßgebend hierfür war die günstige Entwicklung in der chemischen Industrie (+ 3,4%). Der Investitionsgüterbereich mußte mit einem Produktionsrückgang um 8,9% die stärksten Einbußen hinnehmen.
fn

Stundenverdienst der Industriearbeiter 15,09 DM

Im April 1983 verdiente ein Industriearbeiter in Rheinland-Pfalz in der Stunde durchschnittlich 15,09 DM brutto. Das sind 3,9% mehr als im April 1982. Die Stundenlöhne der Männer betrugen 15,93 DM, die der Frauen 11,12 DM. Der durchschnittliche Bruttowochenverdienst erhöhte sich bei den Männern um 4,1% auf 658 DM, bei den Frauen um 0,7% auf 432 DM. Die Arbeitszeit ist im gleichen Zeitraum um 0,2% auf 40,9 Stunden gesunken.

Kaufmännische Industrieangestellte (ohne leitende Kräfte) verdienten durchschnittlich 3 364 DM im Monat (+ 2,8%), technische Angestellte 4 020 DM (+ 2,7%).

Im Handel, bei Kreditinstituten und im Versicherungsgewerbe erhielten männliche kaufmännische Angestellte monatlich 3 088 DM (+ 3,5%), ihre Kolleginnen gegenüber April 1982 unverändert 2 031 DM.
ze

kurz + aktuell

Baureifes Land um 6,5% teurer In Mainz kostet der Quadratmeter 381 DM

Im Jahre 1982 wechselten in Rheinland-Pfalz insgesamt 16 195 unbebaute Grundstücke mit einer Fläche von 12,4 Mill. m² und einem Verkaufswert von 546 Mill. DM den Eigentümer. Fast 44% der umgesetzten Fläche entfielen auf baureifes Land und ein Fünftel auf Rohbauland. Nahezu 16% verteilten sich auf Industrieland, 17% auf Land für Verkehrszwecke und der Rest auf Freiflächen. Baureifes Land verteuerte sich um 6,5% auf durchschnittlich 70 DM je Quadratmeter und Rohbauland um 19% auf 41 DM.

Der höchste Quadratmeterpreis für baureifes Land errechnet sich mit 381 DM für Mainz. Es folgen Ludwigshafen (263 DM), Frankenthal (228 DM), Ingelheim (206 DM) und Koblenz (203 DM). Den niedrigsten Preis für diese Baulandart meldet mit 15,69 DM der Landkreis Kusel, gefolgt von den Kreisen Birkenfeld (21,29 DM) und Bitburg-Prüm (24,23 DM). Auch Rohbauland war im Landkreis Kusel mit 5,52 DM je Quadratmeter am billigsten. Besonders hohe Preise wurden in Bad Dürkheim (130 DM), Ingelheim (113 DM) und Frankenthal (110 DM) erzielt. wr

Mehr über dieses Thema auf Seite 176

Kräftiger Anstieg der Baugenehmigungen im ersten Halbjahr 1983

Nachdem im Jahre 1982 die Zahl der Baugenehmigungen stark zurückgegangen war, konnte im ersten Halbjahr 1983 wieder ein deutlicher Anstieg beobachtet werden. Von Januar bis Juni 1983 wurden in Rheinland-Pfalz 6 341 Wohn- und 1 303 Nichtwohngebäude zum Bau freigegeben. Das sind 27 bzw. 53% mehr als in den ersten sechs Monaten des Jahres 1982. Die Zahl der Wohnungen erhöhte sich um 16% auf 13 205.

Für alle Baumaßnahmen zusammen wurden Kosten in Höhe von 3,2 Mrd. DM veranschlagt. Dies bedeutet gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum einen Anstieg um 19%. ne

Leichter Rückgang bei Fertighäusern

Von 1979 bis 1982 wurden in Rheinland-Pfalz 8 234 Wohngebäude in Fertigteilbauweise zum Bau freigegeben (Bundesgebiet 82 437). Der auf das Land bezogene Anteil lag - mit Ausnahme vom Jahre 1980 (10,9%) - jeweils bei 9,6%. Die Quote des Fertigteilbaus an den Gebäuden reduzierte sich in Rheinland-Pfalz von 16,8 (1980) über 14,7 auf 13,9% im Jahre 1982. Damit lagen diese Werte aber noch um 4,5 (1980), 2,9 bzw. 3,3 Prozentpunkte über dem Bundeswert. hw

Ausbildungsplätze im Mai 1983 - Angebot und Nachfrage

Obwohl die Betriebe ihre Ausbildungskapazitäten 1983 ausweiteten, ergibt sich in diesem Jahr eine noch angespanntere Situation am Ausbildungsstellenmarkt. Im Mai 1983 stand einem Angebot von rund 40 600 Ausbildungsplätzen eine Nachfrage nach 42 900 Stellen gegenüber. Diese Zahlen sind das Ergebnis von zwei Erhebungen, die in Rheinland-Pfalz seit 1976 jährlich im Mai durchgeführt werden:

- (1) Mit einer Betriebsbefragung wird das voraussichtliche Angebot an Ausbildungsstellen ermittelt.
- (2) Eine Schulabgängerbefragung gibt Auskunft über die zu erwartende Nachfrage nach Ausbildungsplätzen.

Die Betriebsbefragung wird vom Statistischen Landesamt im Auftrag des Ministeriums für Wirtschaft und Verkehr durchgeführt. Über die Kammern bzw. die nach dem Berufsbildungsgesetz zuständigen Stellen erhalten die Betriebe Erhebungsbogen. Mit diesen Bogen wird für jeden Ausbildungsberuf nach der Zahl der Auszubildenden am Ende des Vorjahres gefragt, nach den Neueinstellungen von Auszubildenden im Vorjahr sowie nach der Zahl der für das kommende Ausbildungsjahr geplanten Einstellungen und der davon schon fest zugesagten Ausbildungsplätze. In diese Befragung werden die Betriebe der gewerblichen Wirtschaft (Industrie, Handel, Handwerk) und der Landwirtschaft einbezogen, außerdem die freien Berufe, die Hauswirtschaft und der öffentliche Dienst. Mit der Betriebsbefragung nicht erfaßt werden die Bundesbehörden und die der Aufsicht des Bundes unterstehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts.

Betriebs- und Schülerbefragung

Die Daten aus der Betriebsbefragung müssen sehr kurzfristig vorgelegt werden können. Deshalb werden jeweils nur die Erhebungsbogen der Betriebe in die Auswertung einbezogen, die bis Ende Mai im Statistischen Landesamt vorliegen. Die daraus gewonnenen Teilergebnisse werden hochgerechnet. Basis für die Hochrechnung ist die Zahl der Auszubildenden zum 31. Dezember des Vorjahres. Dabei gilt als Prämisse, daß sich die Betriebe, die sich nicht an der Betriebsbefragung beteiligten, hinsichtlich ihrer Einstellungsabsichten genauso verhalten wie die antwortenden Betriebe. Die Kammern bzw. die nach dem Berufsbildungsgesetz zuständigen Stellen melden die Ist-Daten über die Auszubildenden nach dem Stand vom 31. Dezember eines Jahres im Rahmen der Berufsbildungsstatistik. Diese Werte werden den Teilergebnissen aus der Betriebsbefragung gegenübergestellt. Mit den daraus ermittelten Faktoren werden je zuständiger Stelle die übrigen Ergebnisse der Betriebsbefragung hochgerechnet. Bei der diesjährigen Betriebsbefragung belief sich die auf der Zahl der Auszubildenden bezogene Rücklauf- bzw. Erfassungsquote auf mehr als 50%, in den Vorjahren bis zu 60%.

Parallel zu der Betriebsbefragung wurde im Mai 1983 die Schulabgängerbefragung durchgeführt. Die voraussichtlichen Entlaßschüler aller allgemeinbildenden Schulen (ohne Schulen für Geistigbehinderte) wurden dabei erfaßt, außerdem die Schüler im Berufsgrundschuljahr und im Sonderberufsgrundschuljahr, in den ein- und zweijährigen Berufsfachschulen (einschließlich der höheren Berufsfachschulen) und in den beruflichen Gymnasien. Einbezogen waren auch diejenigen Schüler in der Grundstufe der Berufsschulen, die besondere Fachklassen für Schüler ohne Ausbildungsvertrag oder Sonderberufsschulklassen besuchten. 1983 gelangten somit die Daten nahezu sämtlicher zu befragenden Schüler in die Auswertung.

Bei der Schulabgängerbefragung wird an den Schulen danach gefragt, ob die Entlaßschüler in einen Beruf abgehen werden, eine weitere schulische oder eine Hochschulausbildung anstreben oder zu Hause bleiben wollen. Von den Abgängern in einen Beruf wird ermittelt, ob sie eine Lehre anstreben oder eine Ausbildung im öffentlichen Dienst oder ob sie einen Arbeits- und keinen Ausbildungsplatz möchten oder aber zur Bundeswehr, zum Bundesgrenzschutz oder zum Ersatzdienst gehen wollen.

Die Ergebnisse sowohl der Betriebs- als auch der Schulabgängerbefragung sind mit Unsicherheiten behaftet; denn sie geben nur die Planungen der Betriebe und der Schulabgänger im Mai wieder. Überdies sind die Ergebnisse der Betriebsbefragung Hochrechnungsdaten.

Hinzu kommt, daß zum Zeitpunkt der Erhebung an den Schulen, also im Mai, ein Teil der Schüler - vor allem Abiturienten - nicht erreichbar ist und daher auch nicht in die Erhebung einbezogen werden kann. Doch aufgrund der positiven Erfahrungen mit den Daten aus beiden Erhebungen in den zurückliegenden Jahren kann man davon ausgehen, daß zumindest die globalen Ergebnisse relativ genaue Prognosen über die Ausbildungsplatzsituation im kommenden Ausbildungsjahr zulassen. Mit Hilfe der Daten ist es außerdem möglich, gezielt Maßnahmen zur Verbesserung der Situation zu ergreifen.

Ausbildungsplatzangebot ausgeweitet

Nach den Ergebnissen der Betriebsbefragung vom Mai 1983 stehen in diesem Jahr 40 600 neue Ausbildungsplätze zur Verfügung. Gegenüber dem Vorjahresergebnis der Betriebsbefragung ist damit eine Ausweitung des Ausbildungsplatzangebots um 5% geplant (Angebot 1982: 38 800 Neueinstellungen). Zu dem nach der Betriebsbefragung ermittelten Angebot sind noch rund 600 Stellen bei Bundesbehörden und Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts hinzuzurechnen, die nicht in die Erhebung einbezogen waren. Das Ausbildungsplatzangebot vom Mai 1983 ist somit auf rund 41 200 zu veranschlagen.

Abgänge/Übergänge aus	Jahr	Be-fragte Ent-laß-schüler ins-gesamt	Davon									
			davon						gehen zur Bundeswehr ¹⁾ / streben eine Aus-bildung im öffent-lichen Dienst an	streben einen Ar-beits-platz, aber keine Aus-bildung an	streben un-mittelb. anschl. eine weitere schu-lische- bzw. Hoch-schul-aus-bildung an	wollen zu Hause bleiben (ein-schließ-lich mit-helfende Fa-milien-ange-hörige) ²⁾
			Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%				
Hauptschulen	1982	31 823	17 965	56,5	13 083	72,8	4 882	27,2	1,1	1,9	40,0	0,4
	1983	30 755	17 783	57,8	11 861	66,7	5 922	33,3	0,8	1,3	39,6	0,4
Sonderschulen	1982	2 336	841	36,0	408	48,5	433	51,5	-	22,3	38,2	3,5
	1983	2 257	825	36,6	359	43,5	466	56,5	0,2	19,0	42,6	1,6
Realschulen	1982	10 906	7 078	64,9	5 656	79,9	1 422	20,1	4,7	0,3	30,0	0,1
	1983	11 431	7 635	66,8	5 745	75,2	1 890	24,8	4,0	0,2	28,9	0,1
Gymnasien Sekundarbereich I	1982	2 219	1 574	70,9	1 184	75,2	390	24,8	5,0	0,6	23,0	0,5
	1983	2 014	1 392	69,1	1 025	73,6	367	26,4	4,5	0,7	25,3	0,4
Integrierten Sekundarbereich II	1982	11 120	1 646	14,8	1 097	66,6	549	33,4	23,9	1,1	53,5	6,7
Gesamtschulen	1983	10 795	2 100	19,5	1 333	63,5	767	36,5	27,8	1,1	48,4	3,1
Allgemeinbildende Schulen zusammen	1982	58 404	29 104	49,8	21 428	73,6	7 676	26,4	6,2	2,2	40,0	1,7
	1983	57 252	29 735	51,9	20 323	68,3	9 412	31,7	6,7	1,7	38,7	0,9
Berufsgrundschuljahr ³⁾	1981	8 996	5 542	61,6	2 711	48,9	2 831	51,1	1,9	24,3	9,5	2,7
	1983	10 164	6 877	67,7	2 937	42,7	3 940	57,3	3,1	18,2	8,6	2,4
1- und 2jähr. Berufsfachschulen (ohne höhere Berufsfachschulen)	1982	7 495	5 481	73,1	3 458	63,1	2 023	36,9	5,8	4,4	16,1	0,5
	1983	7 418	5 683	76,6	3 311	58,3	2 372	41,7	5,8	1,8	15,3	0,6
Höhere Berufsfachschulen	1982
	1983	729	451	61,9	341	75,6	110	24,4	6,3	16,5	14,5	0,8
Fachoberschulen	1982	2 664	38	1,4	19	50,0	19	50,0	35,8	10,7	50,6	1,4
	1983
Beruflichen Gymnasien	1982	582	108	18,6	73	67,6	35	32,4	40,7	0,9	38,0	1,9
	1983	765	176	23,0	94	53,4	82	46,6	34,9	7,5	33,2	1,4
Berufsbildende Schulen zusammen	1982	19 737	11 169	56,6	6 261	56,1	4 908	43,9	9,1	14,2	18,4	1,7
	1983	19 076	13 187	69,1	6 683	50,7	6 504	49,3	5,5	11,3	12,4	1,6
I n s g e s a m t	1982	78 141	40 273	51,5	27 689	68,8	12 584	31,2	7,0	5,3	34,5	1,7
	1983	76 328	42 922	56,2	27 006	62,9	15 916	37,1	6,4	4,1	32,2	1,1

1) Einschl. Bundesgrenzschutz / Ersatzdienst. - 2) Einschl. zum Zeitpunkt der Befragung noch unentschlossenen Schulabgängern. - 3) Einschl. Sonderberufsgrundschuljahr, Sonderberufsschulklassen und Fachklassen für Schüler ohne Aus-bildungsvertrag in der Grundstufe der Berufsschule.

Diesem Angebot stand eine Nachfrage nach 45 800 betrieblichen Ausbildungsplätzen gegenüber. In dieser Zahl sind die 42 900 Schulabgänger enthalten, die im Mai 1983 angaben, eine Ausbildung im dualen System anzustreben, und rund 2 900 unversorgte Bewerber aus früheren Schulentlaßjahrgängen, die sogenannten Altbewerber. Das aus Angebot und Nachfrage rechnerisch ermittelte Defizit an Ausbildungsplätzen liegt damit bei 4 600. Nach den Ergebnissen der Betriebsbefragung ohne Berücksichtigung der Ausbildungsplätze an Bundesbehörden und den Ergebnissen der Schulabgängerbefragung unter Vernachlässigung der Altbewerber stand im Mai 1983 einem Angebot von 40 600 Ausbildungsplätzen eine Nachfrage nach 42 900 Stellen gegenüber. Das Defizit belief sich damit auf 2 300 Ausbildungsplätze (1982: 1 500).

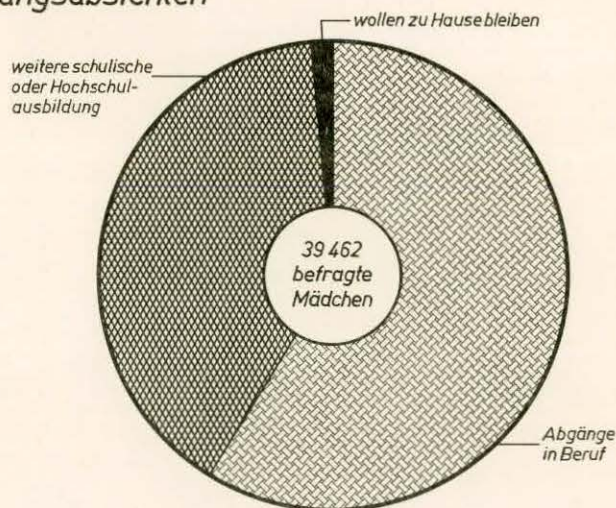
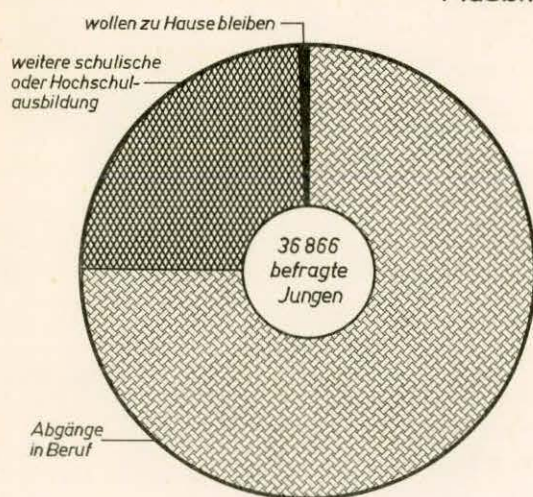
Geplante Neueinstellungen liegen über Ersatzbedarf

Dieses Defizit entstand, obwohl die Zahl der geplanten Neueinstellungen gegenüber dem Vorjahresergebnis um 2 400 höher lag, allerdings auch niedriger war als in den Jahren 1979 bis 1981. Auch beabsichtigen die Betriebe offensichtlich, noch über ihre Ausbildungskapazität des Vorjahres hinaus Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen. Denn nach den Ergebnissen der Betriebsbefragung beenden voraussichtlich 38 100 Auszubildende 1983 ihre Lehre, 40 600 aber sollen neu eingestellt werden. Die Betriebe wollen also erneut ihre Ausbildungskapazität ausweiten.

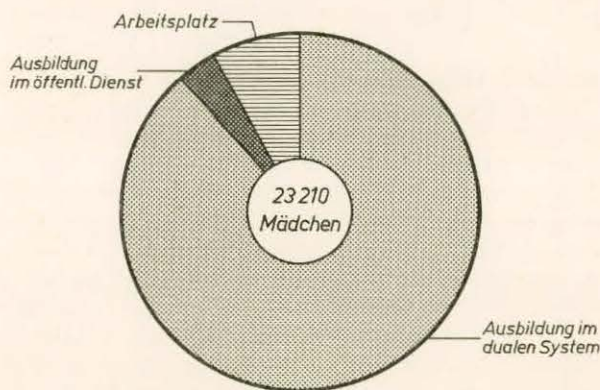
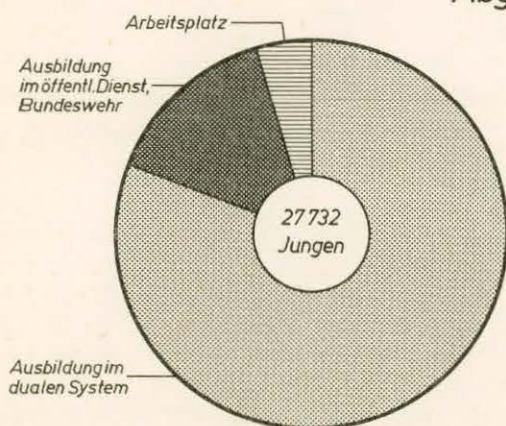
Daß dennoch das Defizit an Ausbildungsstellen gegenüber dem Vorjahr zunahm, liegt vor allem daran, daß wesentlich mehr Schulabgänger als im Vorjahr eine Ausbildung im dualen System anstreben. Ein Grund dafür ist, daß die Studienneigung der Abitu-

Ausbildungsabsichten und Ausbildungsplatzsituation der Schulabgänger im Mai 1983

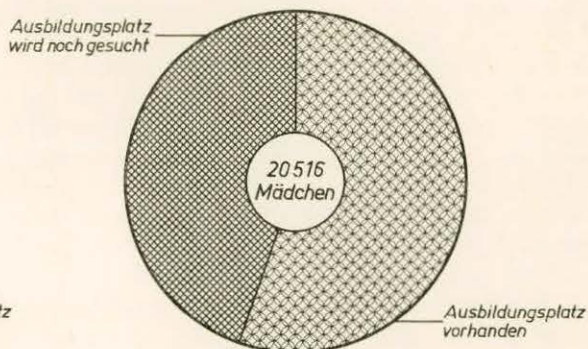
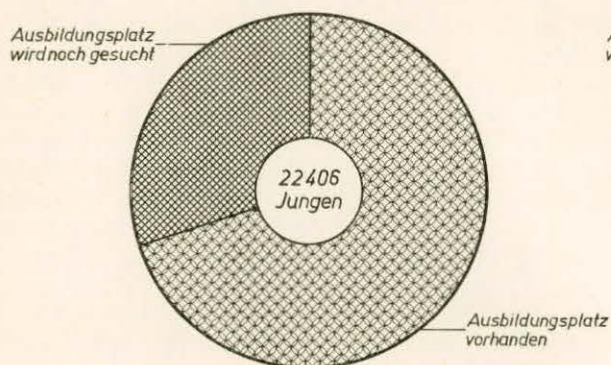
Ausbildungsabsichten



Abgänge in den Beruf



Versorgung mit Ausbildungsplätzen



Ausbildungsabsichten und Ausbildungsplatzsituation der Entlaßschüler
nach Arbeitsamtsbezirken 1983

Arbeitsamtsbezirk	Be- fragte Ent- laß- schüler ins- gesamt	Davon										
		streben eine berufliche Ausbildung im dualen System an		davon		haben einen gesicherten Ausbildungs- platz	suchen noch einen Ausbildungs- platz	streben eine Aus- bildung im öffent- lichen Dienst an	gehen zur Bundes- wehr/ zum Bundes- grenz- schutz/ in Ersatz- dienst	streben einen Arbeits- platz, aber keine Aus- bildung an	streben un- mittelb. anschl. eine weitere schul- liche- bzw. Hoch- schul- aus- bildung an	wollen zu Hause bleiben (ein- schließ- lich mit- helfende Fa- milien- ange- hörige)
				Anzahl	%							
		Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl						
Bad Kreuznach	6 290	3 503	55,7	2 055	58,7	1 448	41,3	2,1	4,3	3,8	33,4	0,6
Kaiserslautern	7 004	3 881	55,4	2 289	59,0	1 592	41,0	2,1	4,2	6,0	31,0	1,3
Koblenz	6 168	3 397	55,1	2 227	65,6	1 170	34,4	2,3	4,0	3,9	33,6	1,0
Ludwigshafen	8 554	4 659	54,5	2 996	64,3	1 663	35,7	2,0	4,7	3,8	33,6	1,4
Mainz	9 928	5 586	56,3	3 708	66,4	1 878	33,6	2,7	5,4	3,2	30,8	1,6
Mayen	4 252	2 498	58,7	1 718	68,8	780	31,2	2,3	3,8	2,4	32,3	0,5
Montabaur	5 644	3 266	57,9	2 157	66,0	1 109	34,0	2,4	3,8	3,6	31,8	0,5
Neustadt a.d. Weinstr.	7 311	4 367	59,7	2 780	63,7	1 587	36,3	2,3	2,8	4,1	29,6	1,4
Neuwied	5 791	3 221	55,6	2 170	67,4	1 051	32,6	2,2	2,9	4,4	33,1	1,8
Pirmasens	4 062	2 022	49,8	1 127	55,7	895	44,3	1,7	3,4	11,7	32,7	0,7
Trier	11 324	6 522	57,6	3 779	57,9	2 743	42,1	2,7	4,1	2,3	32,6	0,6
Insgesamt	76 328	42 922	56,2	27 006	62,9	15 916	37,1	2,3	4,1	4,1	32,2	1,1¹⁾

1) Einschl. zum Zeitpunkt der Befragung noch unentschlossenen Schulabgängern.

rienten abnimmt, gleichzeitig aber die Nachfrage nach Lehrstellen bei dieser Schülergruppe zunimmt. Ein weiterer Grund liegt in dem verstärkten Zulauf zu den Vollzeitschulen der beruflichen Bildung, der Ende der 70er Jahre einsetzte. Seinerzeit begann sich die Situation am Ausbildungsstellenmarkt zu verschlechtern, da geburtenstarke Schülerjahrgänge aus den Schulen entlassen wurden. Die Schulabgänger drängten deshalb zunehmend in Vollzeitschulen, um eine bessere schulische Qualifikation zu erlangen. Diese Jugendlichen, die bei einer günstigeren Situation am Lehrstellenmarkt bereits vor einigen Jahren in eine Berufsausbildung eingetreten wären, fragen jetzt mit zeitlicher Verzögerung nach einer Ausbildungsstelle.

So strebten im Vorjahr von den insgesamt 78 100 befragten Entlaßschülern 40 300 (52%) eine Lehre an, 1983 waren es von 76 300 Entlaßschülern 42 900 (56%), die Nachfrage erhöhte sich also trotz geringerer Schulabgängerzahlen um 2 600. Dies ist nur zu einem sehr geringen Teil auf die Veränderung im Berichtskreis zurückzuführen. 1982 waren noch die Fachoberschulen mit 2 700 Entlaßschülern in die Schulabgängerbefragung einbezogen, von denen nur 40 eine Lehre anstrebten. 1983 wurden stattdessen die höheren Berufsfachschulen erfaßt, die 730 Entlaßschüler meldeten, von denen 450 eine Ausbildung im dualen System planten. Klammert man diese beiden Schulformen aus den Ergebnissen für 1982 und 1983 aus, um echte Vergleichsdaten zu erhalten, so ergibt sich bei einer fast gleich hohen Zahl von Schul-

abgängern in den beiden Jahren ein Anstieg bei der Nachfrage nach Ausbildungsplätzen um 2 200.

Die meisten streben eine Lehre an

Von den 76 300 befragten Schulabgängern des Jahres 1983 (Vorjahr 78 100) wollten 50 900 (1982: 49 800) nach dem Verlassen der Schule in einen Beruf, 24 600 oder 32% strebten eine weitere schulische oder Hochschulausbildung an. In den vergangenen Jahren war diese Schülergruppe stets größer gewesen. Im Vorjahr hatten noch 27 000 (35%) der befragten Schulabgänger die Absicht, sich an einer Schule oder Hochschule weiter auszubilden.

Von den 50 900 Abgängern in einen Beruf gab im Mai 1983 der größte Teil (84% oder 42 900 Schulabgänger) an, eine berufliche Ausbildung im dualen System, also eine Lehre, anzustreben (Vorjahr 81% bzw. 40 300). Für eine Ausbildung im öffentlichen Dienst hatten sich 3,5% oder 1 770 entschieden. Gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen sind die Zahl und Anteil derjenigen, die planten, nach ihrem Abgang aus der Schule zur Bundeswehr, zum Bundesgrenzschutz oder in den Ersatzdienst zu gehen (3 100 oder 6%; Vorjahr 3 600 oder 7%). Ebenso suchten mit 3 100 (6%) weniger Schüler als im Vorjahr (4 100 oder 8%) einen Arbeitsplatz, aber keinen Ausbildungsplatz.

Von den 42 900 Schulabgängern, die im Mai 1983 angaben, eine Lehrstelle anzustreben, hatten erst

Entlaßschüler ohne Ausbildungsvertrag
nach angestrebter Berufsgruppe und Arbeitsamtsbezirk 1983

Berufsgruppe	Ins- gesamt	Arbeitsamtsbezirk										
		Bad Kreuz- nach	Kai- sers- lau- tern	Ko- blenz	Lud- wigs- hafen	Mainz	Mayen	Monta- baur	Neu- stadt a.d. Wein- str.	Neu- wied	Pirma- sens	Trier
Landwirtschafts-, Gartenbau- und Forstberufe	590	53	56	45	57	60	35	28	61	45	28	122
Metallberufe	2 335	215	245	178	281	272	96	155	251	176	125	341
Elektroberufe	915	90	68	60	85	120	45	71	77	53	66	180
Bauberufe												
(einschl. Bauzeichner)	799	101	85	72	84	64	50	63	83	44	31	122
Holzberufe, kunststoff- verarbeitende Berufe	596	66	44	37	41	61	23	50	82	42	30	120
Textil- und Lederberufe	326	27	20	27	31	26	12	19	38	29	44	53
Druck- und Papierberufe	107	4	11	6	6	19	5	7	10	6	5	28
Chemie-, Physik-, Biologie-, Glas-, Porzellan-, Keramik- berufe	248	8	24	13	59	27	2	35	24	12	7	37
Nahrungs- und Genußmittel- berufe	911	97	84	76	106	133	40	58	74	70	34	139
Kaufmännische Berufe, Verwaltungsberufe	4 787	415	499	336	476	601	244	308	466	287	320	835
Gesundheits- und Körper- pflegeberufe	2 741	224	311	195	328	313	141	208	273	200	123	425
Hotel- und Gaststättenberufe	463	62	49	35	33	60	24	42	32	17	16	93
Hauswirtschaftsberufe	578	30	48	37	25	63	38	36	77	37	37	150
Gestaltende und künstlerische Berufe	472	49	46	44	51	49	22	27	38	28	26	92
Sonstige	48	7	2	9	-	10	3	2	1	5	2	6
Insgesamt	15 916	1 448	1 592	1 170	1 663	1 878	780	1 109	1 587	1 051	895	2 743
darunter:												
Es haben sich beim Arbeits- amt gemeldet	10 002	999	1 010	847	1 071	1 134	434	712	1 086	582	588	1 539
%	62,8	69,0	63,4	72,4	64,4	60,4	55,6	64,2	68,4	55,4	65,7	56,1

27 000 (63%) bis zum Zeitpunkt der Befragung einen gesicherten Ausbildungsplatz. Im Vorjahr waren es zum gleichen Zeitpunkt 27 700 (69%) von 40 300 Entlaßschülern gewesen. Am schlechtesten sind offensichtlich die Chancen für Schulabgänger aus dem Berufs- und Sonderberufsgrundschuljahr sowie den Fachklassen für Schüler ohne Ausbildungsvertrag und den Sonderberufsschulklassen in der Grundstufe der Berufsschulen. Von den 6 900 Schülern dieser Gruppe, die eine Lehre anstrebten, waren im Mai 1983 erst 43% (Vorjahr 49% von 5 500) mit einem gesicherten Ausbildungsplatz versorgt.

Ähnlich stellt sich auch die Situation der Sonderschulabgänger dar. Von den 825 Sonderschulabgängern, die eine Lehre absolvieren wollten, hatten im Mai 44% (Vorjahr 49% von 840) eine Zusage. Etwas besser war die Lage der 5 700 ausbildungswilligen Abgänger aus Berufsfachschulen (ohne höhere Berufsfachschulen), von denen im Mai bereits 58% einen gesicherten Ausbildungsplatz hatten (Vorjahr 63% von 5 500). Von den 17 800 Hauptschülern, die eine Ausbildung im dualen System anstrebten, hatten bis zum Zeitpunkt der Befragung rund zwei Drittel einen Ausbildungsplatz gefunden (Vorjahr 73% von 18 000). Der beste Versorgungsgrad wurde von Realschulabsolventen, Schülern aus dem Sekundarbereich I der Gymnasien und aus höheren Berufsfachschulen erreicht. Von diesen Schulabgängern mit Ausbildungsziel Lehre hatten bis zum Mai bereits drei Viertel einen festen Ausbildungsvertrag.

Weibliche Sonderschulabgänger schwer vermittelbar

Nicht allein nach der besuchten Schulart, sondern auch nach dem Geschlecht der Schüler sind die Chancen am Lehrstellenmarkt sehr unterschiedlich. Generell haben Mädchen größere Schwierigkeiten, einen Ausbildungsplatz zu finden, wobei vor allem die Sonderschulabgängerinnen nur geringe Chancen haben. Von den Sonderschülerinnen, die nach dem Verlassen der Schule eine Lehre absolvieren wollten, hatten bis zum Mai 72% noch keine Stelle gefunden, während von den Schulabgängerinnen aus höheren Berufsfachschulen mit Ausbildungsziel Lehre im Mai nur noch ein Viertel eine Lehrstelle suchte.

Auch regional gibt es starke Abweichungen in den Daten über die Versorgung der Schulabgänger mit Ausbildungsplätzen. Am günstigsten war die Situation im Landkreis Ludwigshafen, wo drei von vier Lehrstellensuchenden im Mai bereits einen gesicherten Ausbildungsplatz gefunden hatten. In den Landkreisen Ahrweiler, Cochem-Zell, Neuwied, Rhein-Lahn-Kreis, Daun und Mainz-Bingen war die Lage relativ günstig. Hier hatten jeweils sieben von zehn der Schulabgänger, die einen Ausbildungsplatz suchten, bereits einen Lehrherren gefunden. Dagegen hatte in den kreisfreien Städten Trier und Zweibrücken jeweils weniger als die Hälfte der Ausbildungsplatz-suchenden noch keine Stelle.

In Bauberufen mehr offene Stellen als Bewerber

Nach einem Vergleich der Daten aus der Betriebsbefragung und der Schulabgängerbefragung hatten im Mai 15 900 Schulabgänger noch keine Lehrstelle gefunden, von den Betrieben wurden zu diesem Zeitpunkt noch 9 100 Stellen als nicht besetzt gemeldet. Lediglich bei den Bauberufen war ein wesentlich größeres Angebot an Ausbildungsstellen zu verzeichnen als es Nachfrager nach diesen Berufen gab. Ein geringfügiger Überhang beim Angebot an Lehrstellen gegenüber der Nachfrage ergab sich bei Nahrungs- und Genußmittelberufen. Doch in den meisten Berufsgruppen überstieg die Nachfrage das Angebot bei

weitem. Die höchste Zahl noch nicht untergebrachter Bewerber gab es bei kaufmännischen, Verwaltungs- und Verkaufsberufen. Hier lag die Nachfrage fast dreimal so hoch wie das Angebot. Bei Gesundheits- und Körperpflegeberufen, Hotel- und Gaststättenberufen sowie Hauswirtschaftsberufen standen den offenen Ausbildungsstellen mehr als dreimal so viele noch nicht untergebrachte Bewerber gegenüber. Nahezu ausgeglichen waren Angebot und Nachfrage bei Landwirtschafts-, Gartenbau- und Forstberufen sowie bei gestaltenden und künstlerischen Berufen.

Diplom-Volkswirtin G. Kernich-Möhringer

Entwicklung der regionalen Arbeitsmärkte 1970 bis 1996

Arbeitsmarktbilanz

Angebot und Nachfrage am Arbeitsmarkt werden von einer Vielzahl technischer, ökonomischer, demographischer und sozialer Faktoren bestimmt. Im Marktprozeß auftretende Ungleichgewichte setzen verschiedene Ausgleichsmechanismen in Gang. Dieses komplexe Geschehen findet seinen Niederschlag in der Arbeitsmarktbilanz.

Im Rahmen der regionalen Bevölkerungsprognose dient die Ermittlung von Arbeitsmarktbilanzen hauptsächlich dem Zweck, die durch regionale Ungleichgewichte ausgelösten Wanderungsbewegungen, die sogenannten ökonomisch induzierten Wanderungen, vorauszuschätzen. Hierauf soll im folgenden jedoch nicht näher eingegangen werden. Ebenso wird auf eine detaillierte Analyse der Angebots- und der Nachfrageseite verzichtet; hierzu wurden in letzter Zeit zwei Abhandlungen veröffentlicht¹⁾.

Auch die Vorausschätzung für den Arbeitsmarkt basiert als Status-quo-Prognose auf der Annahme, daß vorhandene oder absehbare Tendenzen in der Zukunft weiterwirken. Wirtschafts- und sozialpolitische Eingriffe mit dem Ziel der Belebung oder Entlastung des Arbeitsmarktes können nicht antizipiert werden.

Die Prognose des Arbeitskräftebedarfs folgt dem mittelfristigen Trend der wirtschaftlichen Entwicklung und vernachlässigt konjunkturbedingte Ausschläge. Die Arbeitsmarktprognose wird daher auf der Angebots- wie auf der Nachfrageseite ausschließlich von strukturellen Tendenzen bestimmt. Entsprechend zeigen die prognostizierten Arbeitsmarktungleichgewichte die strukturelle Komponente, während konjunkturelle und saisonale Schwankungen unberücksichtigt bleiben.

Berufspendler

Entsprechend dem Ursprungsort von Angebot und Nachfrage haben die beiden zunächst unabhängigen

Prognosen einen unterschiedlichen räumlichen Bezug. Für das Arbeitskräfteangebot ist der Wohnort maßgebend, während der Arbeitskräftebedarf am Arbeitsort ermittelt wird. Um beide Größen auf einem regionalen Arbeitsmarkt zusammenführen zu können, muß eine räumlich vergleichbare Basis hergestellt werden. Dies erfordert eine Prognose der Pendelwanderungen. Ausgehend vom Arbeitskräftebedarf am Arbeitsort werden mit Hilfe von Einpendlerquoten zunächst die Einpendler ermittelt, die dann aufgrund der bekannten Pendelverflechtungen den Herkunftskreisen zugeordnet werden. Damit sind, aus der Sicht der Herkunftskreise betrachtet, zugleich die Auspendler in andere Kreise des Landes bekannt. Die Auspendler in andere Bundesländer und das Ausland werden mit Hilfe von Auspendlerquoten, bezogen auf das Arbeitskräfteangebot am Wohnort, vorausgeschätzt.

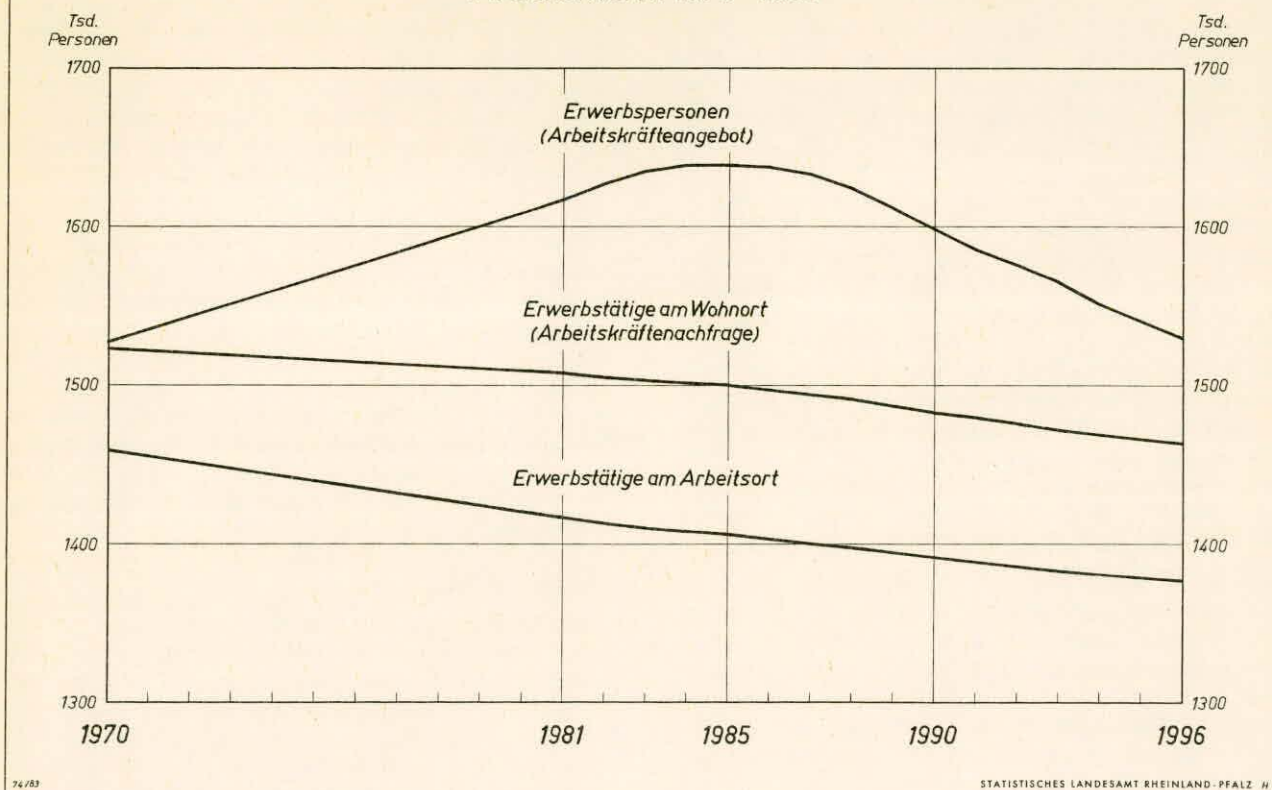
Mangels aktueller Daten auf Kreisebene liegen diesen Berechnungen im Prinzip immer noch die Pendlerquoten aus der Volkszählung 1970 zugrunde. Insbesondere die Stadt-Umland-Wanderungen hatten im letzten Jahrzehnt jedoch beträchtliche Verschiebungen der Pendlerströme zur Folge. Um diesen Umstand angemessen zu berücksichtigen, werden die Pendlerquoten punktuell fortgeschrieben. Die Schätzung basiert auf einem Vergleich der Veränderung der Pendlersalden, die sich aus der tatsächlich seit 1970 eingetretenen Arbeitsmarktentwicklung errechnen läßt, mit der Veränderung, die sich bei konstanten Pendlerquoten eingestellt hätte. Im Prognosezeitraum bleiben die Pendlerquoten unverändert, so daß die vorausgeschätzten Pendlerströme allein von dem Arbeitskräftebedarf bzw. dem Arbeitskräfteangebot (für die Auspendler über die Landesgrenze) abhängen.

Erwerbslosigkeit

Wird der Arbeitskräftebedarf am Arbeitsort um die Einpendler vermindert und um die Auspendler erhöht, so ergibt sich die auf einen bestimmten Wohnort entfallende Arbeitskräftenachfrage. Nach Saldierung mit dem Arbeitskräfteangebot zeigt sich, ob in

¹⁾ H. Libowitzky: Wandlungen im Bedarf an Arbeitskräften. Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz, Jg. 35, Heft 2, Februar 1982.
G. Ickler: Entwicklung des Arbeitskräfteangebots. Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz, Jg. 35, Heft 10, Oktober 1982.

Arbeitsmarkt 1970 - 1996



dem betreffenden Gebiet ein Defizit oder ein Überschuß an Arbeitskräften auftreten wird.

Bei vollkommener Mobilität der Arbeitskräfte wird der Ausgleich der regionalen Arbeitsmarktbilanzen durch Zu- und Abwanderungen hergestellt, sofern nicht ein globales Ungleichgewicht besteht. Tatsächlich ist jedoch zu beobachten, daß bei Arbeitskräfteüberschüssen nur ein relativ kleiner Teil der beschäftigungslosen Erwerbspersonen abwandert, während die meisten als Erwerbslose am Ort verbleiben. Die Prognose der Erwerbslosen erfolgt kreisweise mit Hilfe einer Erwerbslosenquote, die unmittelbar von der vorausgeschätzten Arbeitskräfteüberschußquote (Arbeitskräfteüberschuß bezogen auf das Arbeitskräfteangebot) abhängt. Da jedoch auch bei günstiger Arbeitsmarktlage immer eine gewisse Friktionsarbeitslosigkeit bestehen bleibt, wird aufgrund empirischer Feststellungen angenommen, daß die Erwerbslosenquote in einem Kreis 70% des landesdurchschnittlichen Wertes nicht unterschreitet. Dies hat zur Folge, daß Zuwanderungen von Erwerbspersonen nicht nur bei Arbeitskräftedefiziten auftreten, sondern auch dann, wenn der Arbeitskräfteüberschuß geringer ist als die prognostizierte Zahl der Erwerbslosen. Übersteigt der Arbeitskräfteüberschuß die Zahl der Erwerbslosen, so kommt es zu Abwanderungen in Höhe der Differenz.

Arbeitsmarktreionen

Entsprechend dem räumlichen Bezugsrahmen der Bevölkerungsprognose werden auch die Arbeitsmarktbilanzen auf Kreisebene ermittelt. Als Abgren-

zung von Arbeitsmarktreionen sind die Verwaltungsbezirke nur bedingt brauchbar. Auf die Probleme, die damit verbunden sind, insbesondere bei den kreisfreien Städten und ihrem Umland, wurde im Zusammenhang mit den Pendelwanderungen hingewiesen. Die folgende Analyse der Prognoseergebnisse geht daher von den fünf Regionen der Landes- und Regionalplanung aus. Zwar stellen auch diese keine idealen Arbeitsmarktreionen dar, unter anderem deswegen, weil große Arbeitsplatzzentren unmittelbar jenseits der Landesgrenze nach Rheinland-Pfalz ausstrahlen, sie erscheinen jedoch besser geeignet als die Landkreise und kreisfreien Städte.

Seit 1970 zunehmendes Ungleichgewicht

In Rheinland-Pfalz war 1970 bei insgesamt 1 527 000 Erwerbspersonen ein Zustand der Vollbeschäftigung erreicht; die Zahl der Erwerbslosen belief sich lediglich auf 4 000. In den 70er Jahren hat sich das Arbeitskräfteangebot kontinuierlich erhöht. Ausschlaggebend hierfür waren demographische Faktoren, die zur Zunahme der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter führten. Hinsichtlich der Erwerbsbeteiligung überlagerten sich gegenläufige Tendenzen, da den verlängerten Ausbildungszeiten und der verstärkten Inanspruchnahme der vorgezogenen Altersgrenzen eine wachsende Erwerbsbereitschaft der Frauen in den mittleren Altersjahrgängen gegenüberstand. Daneben war bis 1981 noch ein Wanderungsgewinn von etwa 9 000 Erwerbspersonen zu verzeichnen.

Die Zahl der heimischen Arbeitsplätze konnte mit dieser Entwicklung nicht Schritt halten. Sie hat sich

vielmehr bis 1981 um rund 42 000 verringert, da der Strukturwandel in der Landwirtschaft anhielt und seit 1973 auch im produzierenden Gewerbe der Arbeitskräftebedarf zurückging, so daß die Zunahme der Arbeitsplätze im Dienstleistungsbereich die rückläufigen Tendenzen nicht mehr kompensieren konnte. Entlastet wurde der Arbeitsmarkt durch den Umstand, daß der Auspendlerüberschuß sich um schätzungsweise 26 000 Personen erhöhte. Bei der Interpretation dieser Zunahme ist zu beachten, daß es sich um eine saldierte Größe handelt. So ist der Schluß nicht zwangsläufig, daß Personen, die bisher in Rheinland-Pfalz Arbeit fanden, nun zum Auspendeln gezwungen wären. Vielmehr ist ebenso denkbar, daß Erwerbstätige mit einem Arbeitsplatz jenseits der Landesgrenze ihren Wohnsitz in Rheinland-Pfalz nehmen, wie es etwa im Großraum Bonn häufig zu beobachten ist. Welche Ursachen im einzelnen hinter solchen Verschiebungen stehen, ist durch einen Vergleich von Bestandsgrößen nicht feststellbar. Im Hinblick auf den Gegenstand dieser Analyse ist letztlich auch nur der saldierte Effekt für den rheinland-pfälzischen Arbeitsmarkt von Interesse.

Ergebnis dieser auseinanderlaufenden Entwicklung von Angebot und Nachfrage am Arbeitsmarkt war ein erheblicher Anstieg der Erwerbslosigkeit. Im Jahre 1981 standen für 1 616 000 Erwerbspersonen nur 1 508 000 Arbeitsplätze zur Verfügung. Die Zahl der Erwerbslosen belief sich auf 108 700. Dies entspricht einer Erwerbslosenquote von 6,7%.

Der Begriff der Erwerbslosigkeit folgt hier im wesentlichen der in der amtlichen Statistik, etwa für den Mikrozensus, verwendeten Definition. Als Erwerbslose gelten danach nichterwerbstätige Personen, die in der Lage sind, eine Erwerbstätigkeit anzunehmen, und eine entlohnte Tätigkeit suchen bzw. nach beendeter Arbeitssuche die neue Stelle noch nicht angetreten haben. Hiervon zu unterscheiden ist der Begriff der Arbeitslosigkeit in den Statistiken der Arbeitsverwaltung. Arbeitslose sind nicht oder nur kurzzeitig erwerbstätige Personen, die über das Arbeitsamt eine über drei Monate hinausgehende Beschäftigung als Arbeitnehmer mit einer wöchentlichen Arbeitszeit von 20 und mehr Stunden suchen. Die Erwerbslosen umfassen also neben Arbeitslosen auch Personen, die beispielsweise einen Arbeitsplatz ohne Einschaltung des Arbeitsamtes suchen oder eine Teil-

zeitbeschäftigung unter 20 Wochenstunden anstreben. Andererseits sind die Arbeitslosen nicht in jedem Fall Erwerbslose, da sie vorübergehend eine geringfügige Tätigkeit ausüben können und dann nach dem Erwerbskonzept der amtlichen Statistik als Erwerbstätige gelten. Zwischen beiden Begriffen ist daher keine eindeutige Beziehung herzustellen, in der Regel ist aber die Zahl der Arbeitslosen etwas niedriger als die der Erwerbslosen.

Erwerbslosenquote und Arbeitslosenquote unterscheiden sich darüber hinaus auch hinsichtlich der Bezugsgröße. Während die Erwerbslosenquote den Anteil der Erwerbslosen an der Gesamtzahl der Erwerbspersonen darstellt, gibt die Arbeitslosenquote das Verhältnis der registrierten Arbeitslosen zu den abhängig Beschäftigten wieder. Auch zwischen diesen beiden Kennzahlen besteht also kein eindeutiger Zusammenhang. Als Indikator der künftigen Situation am Arbeitsmarkt ist daher neben der absoluten Höhe vor allem die Entwicklung der prognostizierten Erwerbslosenquoten zu beachten.

Wende erst 1987

Die Schere zwischen Erwerbspersonen und verfügbaren Arbeitsplätzen wird sich im Prognosezeitraum zunächst noch weiter öffnen. Während sich der Bestand an Arbeitsplätzen ständig verringert, steigt die Zahl der Erwerbspersonen voraussichtlich bis 1985 auf 1 639 000 an und wird erst danach, bedingt durch den Eintritt geburtenschwacher Jahrgänge in das Erwerbsleben sowie anhaltende Wanderungsverluste aufgrund der ungünstigen Arbeitsmarktlage, allmählich zurückgehen. Mit der stärksten Anspannung am Arbeitsmarkt ist in den Jahren 1985 bis 1987 zu rechnen. Die Zahl der Erwerbslosen könnte dann um 140 000, die Erwerbslosenquote etwa 8,5% betragen. Im Jahre 1996 wird sich das Arbeitskräfteangebot mit 1 529 000 Erwerbspersonen zwar wieder dem Stand von 1970 nähern, die Erwerbslosenquote dürfte jedoch immer noch über 4% liegen, da bei der angenommenen wirtschaftlichen und technischen Entwicklung voraussichtlich nur noch 1 463 000 Arbeitsplätze bereitstehen werden.

Wanderungen von Erwerbspersonen

In den Teilräumen wird das Arbeitskräfteangebot nicht nur von demographischen Faktoren, sondern in

Erwerbspersonen und Erwerbstätige in den Regionen 1970 - 1996¹⁾

Region	Erwerbspersonen ²⁾ am Wohnort					Erwerbstätige am Wohnort				
	1970	1981	1986	1991	1996	1970	1981	1986	1991	1996
	1 000									
Mittelrhein-Westerwald	448,0	487,0	494,4	479,1	461,9	447,2	456,6	455,4	450,5	445,2
Trier	198,4	205,3	209,7	203,7	195,4	197,7	188,6	185,6	182,2	178,9
Rheinhessen-Nahe	316,5	337,8	341,7	330,0	318,5	315,8	313,2	311,6	308,1	305,3
Rheinpfalz (ohne Worms)	334,9	354,8	358,9	349,1	337,9	334,1	335,3	332,7	329,4	326,9
Westpfalz	229,5	231,4	233,4	224,5	215,4	228,4	213,7	211,7	208,7	206,4
I n s g e s a m t	1 527,1	1 616,2	1 638,0	1 586,4	1 529,2	1 523,1	1 507,6	1 497,0	1 479,0	1 462,6

1) 1970: Volkszählung; 1981 ff.: regionale Bevölkerungsprognose. - 2) Unter Berücksichtigung der Wanderungen des jeweiligen Jahres.

Region	Erwerbslose					Erwerbslosenquote ²⁾				
	1970	1981	1986	1991	1996	1970	1981	1986	1991	1996
	1 000					‰				
Mittelrhein-Westerwald	0,8	30,4	38,9	28,6	16,7	0,2	6,2	7,9	6,0	3,6
Trier	0,7	16,7	24,0	21,4	16,5	0,4	8,1	11,5	10,5	8,4
Rheinhausen-Nahe	0,7	24,5	30,1	21,9	13,3	0,2	7,3	8,8	6,6	4,2
Rheinpfalz (ohne Worms)	0,8	19,4	26,2	19,7	11,0	0,2	5,5	7,3	5,6	3,3
Westpfalz	1,1	17,7	21,8	15,8	9,0	0,5	7,6	9,3	7,0	4,2
Insgesamt	4,0	108,7	141,0	107,4	66,5	0,3	6,7	8,6	6,8	4,4

1) 1970: Volkszählung; 1981 ff.: regionale Bevölkerungsprognose. – 2) Erwerbslose bezogen auf die Gesamtzahl der Erwerbspersonen.

erheblichem Umfang auch durch Wanderungen von Erwerbspersonen beeinflusst. Dabei zeigt sich ein deutlicher Zusammenhang mit den verfügbaren Arbeitsplätzen. In der Region Mittelrhein-Westerwald nahm die Zahl der Erwerbspersonen in den 70er Jahren weit überdurchschnittlich zu. Der Anstieg um 8,7% bis 1981 ist etwa zur Hälfte auf Wanderungsgewinne zurückzuführen. Den Hintergrund bildet die Tatsache, daß diese Region als einzige eine fühlbare Steigerung der Arbeitskräftenachfrage, auch aus der heimischen Wirtschaft, verzeichnen konnte.

In der noch stark landwirtschaftlich geprägten Region Trier gingen durch den Wandel der Agrarstruktur zahlreiche Arbeitsplätze im primären Sektor verloren. Diese Entwicklung konnte auch durch eine insgesamt erfolgreiche Industrieansiedlungspolitik nicht aufgefangen werden. Da das Arbeitskräfteangebot in der Region Trier zudem relativ groß ist, bedingt durch traditionell hohe Geburtenziffern, ergaben sich kräftige Wanderungsverluste mit der Folge, daß die Zahl der Erwerbspersonen nur unterdurchschnittlich zunahm. Ähnliche Tendenzen waren in der Region Westpfalz zu beobachten. Ursache der mangelnden Nachfrage nach Arbeitskräften waren hier vor allem Strukturschwächen im Bereich des verarbeitenden Gewerbes.

In den Regionen Rheinhausen-Nahe und Rheinpfalz entsprach die Entwicklung von Angebot und Nachfrage am Arbeitsmarkt etwa dem Landesdurchschnitt. Wanderungsgewinne bei den Erwerbspersonen spielten daher nur eine vergleichsweise untergeordnete Rolle.

Kein völliger interregionaler Ausgleich durch Wanderungen

Als saldierte Größe reagiert die Erwerbslosigkeit selbst auf geringfügige absolute Änderungen der beiden zugrundeliegenden Bestandsgrößen sehr empfindlich, so daß sich regional beträchtliche Unterschiede herausbilden können. Während 1970 in allen Regionen praktisch Vollbeschäftigung herrschte, war 1981 in den Regionen Trier, Westpfalz und Rheinhausen-Nahe eine überdurchschnittlich hohe Erwerbslosigkeit eingetreten. Die, wenn auch raumordnungspolitisch unerwünschte, Entlastung des Arbeitsmarktes durch Abwanderung von Erwerbspersonen reich-

te also in den Regionen Trier und Westpfalz nicht aus, einen überproportionalen Anstieg der Erwerbslosigkeit zu verhindern.

Vermutlich wird dies im kommenden Jahrzehnt noch weniger möglich sein. Bei allgemein hoher Erwerbslosigkeit ist naturgemäß die Wahrscheinlichkeit geringer, in anderen Regionen einen Arbeitsplatz zu finden, selbst wenn sich die Arbeitsmarktlage dort weniger ungünstig darstellt. Trotzdem ist anzunehmen, daß sehr hohe Erwerbslosigkeit auch dann einen stärkeren Abwanderungsdruck auslöst. Diese Hypothesen bilden die Grundlage der regionalen Arbeitsmarktprogno- se.

Rheinpfalz und Mittelrhein-Westerwald noch relativ begünstigt

Die Entwicklung der Arbeitsmärkte in den Regionen folgt in groben Zügen dem Landestrend. Während die Zahl der Arbeitsplätze kontinuierlich sinkt, erreicht das Arbeitskräfteangebot voraussichtlich in den Jahren 1984 bis 1986 seinen Höhepunkt, so daß etwa zwischen 1985 und 1987 die stärkste Anspannung am Arbeitsmarkt zu erwarten ist. Das Niveau der Erwerbslosigkeit wie auch die Geschwindigkeit, mit der sie nach dem Überwinden der Spitze abgebaut wird, ist in den einzelnen Regionen recht unterschiedlich.

Vergleichsweise günstig erscheint die Situation in den Regionen Mittelrhein-Westerwald, Rheinhausen-Nahe und insbesondere in der Rheinpfalz, die im gesamten Prognosezeitraum die niedrigsten Erwerbslosenquoten aufweist. In der Region Rheinhausen-Nahe belastet zwar zunächst ein relativ hohes Arbeitskräfteangebot den Arbeitsmarkt, jedoch dürfte die Zahl der Erwerbspersonen, auch durch Abwanderungen bedingt, schneller zurückgehen als in den meisten anderen Regionen. Etwas langsamer vollzieht sich vermutlich der Abbau der Erwerbslosenquote in der Region Rheinpfalz, da hier das Arbeitskräfteangebot, bei deutlich unterdurchschnittlichen Wanderungsverlusten, weniger stark abnimmt. Dies erscheint plausibel, da in der Rheinpfalz, als der noch am meisten begünstigten Region, Zuwanderer aus schlechter gestellten Räumen eher einen Arbeitsplatz finden könnten.

Die prognostizierte Arbeitsmarktentwicklung in der Region Westpfalz ist geprägt von einem anhaltenden

Verlust von Arbeitsplätzen, insbesondere im produzierenden Gewerbe. Obwohl die Erwerbslosigkeit zunächst ein recht hohes Niveau erreichen dürfte, hält der aus demographischen Gründen relativ geringe Anstieg des Arbeitskräfteangebots die Belastung noch in Grenzen. Überdurchschnittliche Wanderungsverluste tragen zu einem raschen Rückgang der Erwerbslosigkeit bei, so daß 1996 die Erwerbslosenquote unter den Landesdurchschnitt sinken könnte.

Trier: anhaltend hohe Erwerbslosigkeit

In der Region Trier ist der Arbeitsmarkt sowohl von der Angebots- als auch von der Nachfrageseite her den höchsten Belastungen ausgesetzt. Der Abbau von Arbeitsplätzen durch den Strukturwandel in der Landwirtschaft, der von den anderen Sektoren wahrscheinlich nicht kompensiert werden kann, hat den relativ stärksten Rückgang des Arbeitskräftebedarfs unter allen Regionen zur Folge. Bedingt durch die hohen Geburtenzahlen der Vergangenheit, übertrifft hier andererseits die Entwicklung des Arbeitskräfteangebots alle übrigen Regionen. Obwohl Wanderungsverluste in etwa derselben Größenordnung wie in den 70er Jahren prognostiziert werden, könnten in den Jahren 1986 bis 1988 rund 11,5% der Erwerbspersonen ohne Arbeit sein. Im Gegensatz zu den übrigen Regionen geht die Erwerbslosigkeit auch in den folgenden Jahren voraussichtlich nur langsam zurück; 1996 würde die Erwerbslosenquote mit 8,4% immer noch über dem Wert von 1981 liegen.

Erwerbslose und stille Reserve

Auf die begrifflichen Unterschiede zwischen Erwerbslosen und Arbeitslosen wurde bereits eingegangen. Für den Prognosezeitraum ist darüber hin-

aus zu vermuten, daß die Zahl der Erwerbspersonen und damit auch der Erwerbslosen im Vergleich zu künftigen Ergebnissen der Statistik aus methodischen Gründen überhöht ist. Das Prognosemodell vernachlässigt nämlich die Wechselbeziehung, die zwischen Arbeitsmarktlage und Erwerbsbeteiligung besteht. So ist bei steigender Erwerbslosigkeit der sogenannte Entmutigungseffekt zu erwarten, der an sich erwerbsbereite Personen veranlaßt, die Arbeitsuche abubrechen und in die stille Arbeitsmarktreserve zurückzutreten, sofern ihr Lebensunterhalt anderweitig gesichert ist. Damit stehen sie dem Arbeitsmarkt mindestens vorübergehend nicht mehr zur Verfügung und sind statistisch den Nichterwerbspersonen zuzurechnen, so daß durch den Anstieg der Erwerbslosigkeit die Erwerbspotentialquoten bestimmter Personengruppen reduziert werden. Schätzungen setzen diesen Effekt mit etwa einem Drittel der ursprünglichen Veränderung der Erwerbslosenzahl an, wobei jedoch regional erhebliche Abweichungen zu vermuten sind.

Das Prognosemodell berücksichtigt den Einfluß der Arbeitsmarktlage auf die Erwerbsbeteiligung nicht und behandelt die Abgänge in die stille Reserve auch im weiteren Ablauf unverändert als Erwerbslose. Die Zahl der Arbeitslosen wird daher jedenfalls in dem Zeitraum, in dem die Erwerbslosigkeit über dem Niveau des Basisjahres liegt, niedriger sein als die der prognostizierten Erwerbslosen. Datenmaterial liegt hierzu nicht vor, so daß eine Vorausschätzung der Arbeitslosen nicht versucht wurde, zumal diese Arbeitsmarktprognose primär den Zweck hat, die arbeitsmarktbedingten Wanderungen zu bestimmen.

Diplom-Volkswirt H. Libowitzky

Bruttosozialprodukt und privater Verbrauch 1960 bis 1981

Der Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder hat im Rahmen einer sogenannten Länderrevision die Ergebnisse der Sozialproduktberechnungen bis 1970 zurück überarbeitet. Diese Revision war erforderlich geworden, weil neues Basismaterial sowie methodische Änderungen verschiedene Verbesserungen ermöglicht haben. Detailliertes Zahlenmaterial für alle Länder und ausführliche Erläuterungen zur Methode enthält Heft 12 der Gemeinschaftsveröffentlichungen der Statistischen Landesämter „Entstehung, Verteilung und Verwendung des Sozialprodukts in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland 1970 bis 1981“.

Wegen der methodischen und materialmäßigen Änderungen sind die nachgewiesenen Werte ab 1970 nur eingeschränkt mit den Ergebnissen früherer Jahre vergleichbar. Um für Rheinland-Pfalz den Vergleich bis 1960 zurück zu ermöglichen, wurden die revidierten Ergebnisse 1970 in tiefer Gliederung mit den Veränderungsdaten der bisherigen Berechnung bis 1960

zurückgeschrieben. Länderweise stehen diese Angaben nicht zur Verfügung.

Ergebnisse der gesamten Drei-Seiten-Rechnung für Rheinland-Pfalz für die Jahre 1960 bis 1982 können dem Statistischen Bericht P I 2 - 1982 vom 27. Juli 1983 entnommen werden.

Alle Ergebnisse sind auf den Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes vom Mai 1982 abgestimmt. In der Zwischenzeit hat das Statistische Bundesamt die Ergebnisse der Revision 1982 vorgelegt. Als wichtigste konzeptionelle Änderung beinhaltet die jüngste Revision, die zur Zeit vom Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder nachvollzogen wird, die Nettoverbuchung der Umsatzsteuer.

Bruttosozialprodukt als umfassendste Leistungsgröße einer Volkswirtschaft

Im Gegensatz zum Bruttoinlandsprodukt, das auf die im Inland erbrachte Leistung abstellt, entspricht

Bruttosozialprodukt 1960 - 1981

Jahr	Insgesamt				Je Einwohner			
	Mill. DM	Veränderung zum Vorjahr in %	1960 = 100	Anteil am Bundesgebiet in %	DM	Veränderung zum Vorjahr in %	1960 = 100	Bundesgebiet = 100
1960	15 713	.	100	5,2	4 600	.	100	85
1961	17 160	9,2	109	5,2	5 000	8,1	108	85
1962	18 647	8,7	119	5,2	5 400	7,5	116	85
1963	20 009	7,3	127	5,2	5 700	6,3	124	86
1964	22 187	10,9	141	5,3	6 300	9,9	136	87
1965	24 264	9,4	154	5,3	6 800	8,3	147	87
1966	26 201	8,0	167	5,4	7 300	7,1	157	89
1967	26 743	2,1	170	5,4	7 400	1,7	160	89
1968	28 864	7,9	184	5,4	8 000	7,6	172	89
1969	32 217	11,6	205	5,4	8 900	11,0	191	89
1970	36 243	12,5	231	5,3	9 900	11,9	214	89
1971	40 814	12,6	260	5,4	11 100	11,8	239	90
1972	44 677	9,5	284	5,4	12 100	9,0	261	90
1973	49 141	10,0	313	5,3	13 300	9,6	286	90
1974	53 306	8,5	339	5,4	14 400	8,5	310	91
1975	55 671	4,4	354	5,4	15 100	4,9	326	90
1976	60 423	8,5	385	5,4	16 500	9,2	356	90
1977	65 108	7,8	414	5,4	17 900	8,1	384	91
1978	69 555	6,8	443	5,4	19 100	7,1	412	91
1979 ^P	75 808	9,0	482	5,4	20 900	9,1	449	92
1980 ^P	81 728	7,8	520	5,5	22 500	7,6	483	93
1981 ^P	85 843	5,0	546	5,5	23 600	4,9	507	94

dem Bruttosozialprodukt die Leistung der Inländer, das heißt der Bevölkerung des Landes. Rechnerisch unterscheiden sich Inlands- und Sozialprodukt durch den Saldo der Erwerbs- und Vermögenseinkommen zwischen Inländern und der übrigen Welt, wobei bezogen auf Rheinland-Pfalz unter übrige Welt die übrigen Bundesländer und das Ausland zu verstehen sind.

Das Bruttosozialprodukt kann als umfassendster Ausdruck für die wirtschaftliche Leistung einer Volkswirtschaft bezeichnet werden. Zugleich steht es als gesamtwirtschaftliche Einkommensgröße den inländischen Sektoren Unternehmen, Staat und private Haushalte (einschließlich private Organisationen ohne Erwerbscharakter) für die letzte inländische Verwendung und als Außenbeitrag zur Verfügung. Die inländische Verwendung setzt sich aus privatem Verbrauch, Staatsverbrauch, Bruttoanlageinvestitionen und Vorratsveränderungen zusammen. Der Außen-

beitrag umfaßt den Saldo zwischen Aus- und Einfuhr von Waren und Dienstleistungen sowie den Saldo der transferierten Einkommen.

Während für das Bundesgebiet das Bruttosozialprodukt durch Addition seiner Teilgrößen ermittelt werden kann, muß in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Länder eine andere Methode angewendet werden. Das Hauptproblem besteht darin, daß der im Außenbeitrag enthaltene Saldo zwischen Aus- und Einfuhr von Waren und Dienstleistungen auf Landesebene nicht ermittelt werden kann, da die Außenhandelsstatistik nicht in der benötigten regionalen Gliederung vorliegt und Warenlieferungen zwischen den Bundesländern statistisch nicht zu erfassen sind. Berechnungsgrundlage in der Länderrechnung ist daher das Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen, aus dem man durch Addition des Saldos der Erwerbs- und Vermögenseinkommen zwischen In- und Ausland das Bruttosozialprodukt zu

Bruttosozialprodukt und privater Verbrauch je Einwohner in den Bundesländern 1981

Land	Bruttosozialprodukt je Einwohner			Privater Verbrauch je Einwohner		
	DM	1970 = 100	Bundesgebiet = 100	DM	1970 = 100	Bundesgebiet = 100
Schleswig-Holstein	23 100	233	92	13 500	240	97
Hamburg	40 500	237	161	17 300	233	124
Niedersachsen	22 900	236	91	13 400	230	96
Bremen	30 800	225	122	15 100	235	108
Nordrhein-Westfalen	24 000	213	96	13 900	231	99
Hessen	26 000	217	103	14 300	224	103
Rheinland-Pfalz	23 600	237	94	13 100	234	94
Baden-Württemberg	26 700	219	106	14 000	228	100
Bayern	24 600	237	98	13 700	237	98
Saarland	22 500	256	89	13 800	244	99
Berlin (West)	29 700	239	118	16 100	211	115
Bundesgebiet	25 200	225	100	14 000	230	100

1) Vorläufige Werte.

Marktpreisen erhält. Privater Verbrauch, Staatsverbrauch und Bruttoanlageinvestitionen werden länderweise ermittelt, Vorratsveränderungen und Außenbeitrag ergeben sich als Restgröße.

Abstand zum Bundesergebnis stetig verringert

Da der Wert der von der übrigen Welt empfangenen Erwerbs- und Vermögenseinkommen in Rheinland-Pfalz in nahezu allen Jahren über dem Wert der an die übrige Welt geleisteten Einkommen lag, ist das Sozialprodukt stets entsprechend höher gewesen als das Inlandsprodukt. Im Jahre 1981 betrug der Saldo rund 0,3 Mrd. DM, woraus sich ein Bruttosozialprodukt von 85,8 Mrd. DM errechnet. Damit hat sich die gesamtwirtschaftliche Leistung seit 1960 mehr als verfünffacht, bei einer gleichzeitigen Zunahme des Anteils des Landes am Bundesergebnis von 5,2 auf 5,5%.

Die durchschnittliche jährliche Veränderung lag mit 8,4% im gesamten Zeitraum 1960 bis 1981 deutlich über dem Bundesdurchschnitt (+ 8,1%), wobei die Entwicklung in der ersten Dekade (+ 8,7%) stärker war als in den nachfolgenden Jahren (+ 8,2%). Ein Grund für die nicht mehr so starke Zunahme zwischen 1970 und 1981, die aber immer noch leicht über dem Bundesdurchschnitt liegt, ist unter anderem in der rückläufigen Bevölkerungsentwicklung zu suchen. Während in den meisten Bundesländern die Einwohnerzahl seit 1970 angestiegen ist, ging sie in Rheinland-Pfalz, besonders in der Mitte der 70er Jahre, zurück und lag 1981 sogar leicht unter dem Niveau von 1970. Bei Untersuchung der Pro-Kopf-Werte zeigt sich daher ein etwas anderes Bild. Je Einwohner errechnet sich in Rheinland-Pfalz für das

Jahr 1981 ein Bruttosozialprodukt von 23 600 DM gegenüber 4 600 DM im Jahre 1960 und 9 900 DM im Jahre 1970. Unter allen Flächenländern hat Rheinland-Pfalz damit zusammen mit Bayern und nach dem Saarland den stärksten Zuwachs seit 1970 zu verzeichnen, so daß sich der Abstand zum Bundesergebnis von 11% auf 6% weiter reduzierte. Im Jahre 1960 war das Bundesergebnis noch um 15% unterschritten worden.

Mehr als die Hälfte des Bruttosozialprodukts privater Verbrauch

In der Verwendungsrechnung umfaßt der private Verbrauch den in der Wirtschaftstheorie als Konsum bezeichneten Verbrauch der privaten Haushalte sowie den Eigenverbrauch der privaten Organisationen ohne Erwerbscharakter. Mit rund 56% stellte er im Jahre 1981 den größten Anteil am Bruttosozialprodukt. Neben den tatsächlichen Käufen gehen auch bestimmte unterstellte Käufe von Waren und Dienstleistungen in die Berechnungen ein, beispielsweise der Wert der Nutzung von Eigentümerwohnungen oder die Deputate der Arbeitnehmer. Nicht zu den Käufen der privaten Haushalte rechnen unter anderem die als Vorleistungen des Staates verbuchten Aufwendungen der Sozialversicherung und der Sozialhilfe für Medikamente, Arzt- und Krankenhausleistungen. Dagegen stellen die Käufe von Wohnhäusern, in Übereinstimmung mit der Behandlung der Wohnungsvermietung als unternehmerische Tätigkeit, Investitionen des Unternehmenssektors dar.

Die Berechnung des privaten Verbrauchs erfolgt - getrennt nach Wirtschaftsbereichen - anhand der Angaben über den Absatz der unmittelbaren Liefe-

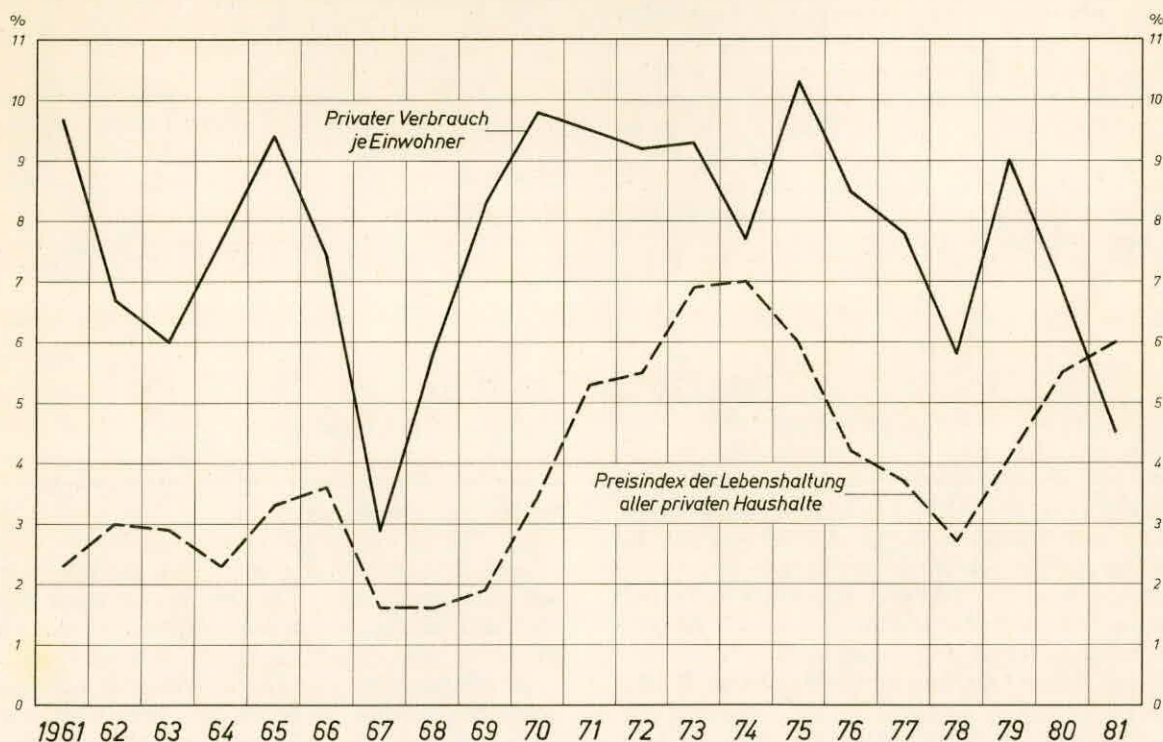
Verwendung des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte¹⁾ 1960 - 1981

Jahr	Verfügbares Einkommen		Privater Verbrauch								Ersparnis	
	insgesamt						je Einwohner				DM	Sparquote 2) in %
	Mill.DM	Veränderung zum Vorjahr in %	1960=100	Anteil am Bundesgebiet in %	Konsumquote 2) in %	DM	Veränderung zum Vorjahr in %	1960=100	Bundesgebiet = 100			
1960	11 152	9 316	.	100	5,4	83,5	2 800	.	100	89	1 836	16,5
1961	12 110	10 331	10,9	111	5,5	85,3	3 000	9,7	110	90	1 779	14,7
1962	13 021	11 137	7,8	120	5,4	85,5	3 200	6,7	117	90	1 884	14,5
1963	13 770	11 913	7,0	128	5,5	86,5	3 400	6,0	124	90	1 857	13,5
1964	15 255	12 943	8,6	139	5,5	84,8	3 700	7,7	134	91	2 312	15,2
1965	16 794	14 295	10,4	153	5,5	85,1	4 000	9,4	146	92	2 499	14,9
1966	18 049	15 487	8,3	166	5,6	85,8	4 300	7,4	157	93	2 562	14,2
1967	18 630	16 001	3,3	172	5,7	85,9	4 500	2,9	162	93	2 629	14,1
1968	19 878	16 983	6,1	182	5,6	85,4	4 700	5,8	171	93	2 895	14,6
1969	21 531	18 495	8,9	199	5,6	85,9	5 100	8,3	185	93	3 036	14,1
1970	24 572	20 413	10,4	219	5,6	83,1	5 600	9,8	203	92	4 159	16,9
1971	27 246	22 516	10,3	242	5,5	82,6	6 100	9,5	223	92	4 730	17,4
1972	29 249	24 679	9,6	265	5,5	84,4	6 700	9,2	243	92	4 570	15,6
1973	31 261	27 054	9,6	290	5,5	86,5	7 300	9,3	266	92	4 207	13,5
1974	33 962	29 123	7,6	313	5,5	85,8	7 900	7,7	286	93	4 839	14,2
1975	37 501	31 978	9,8	343	5,5	85,3	8 700	10,3	316	93	5 523	14,7
1976	39 729	34 512	7,9	370	5,5	86,9	9 400	8,5	343	93	5 217	13,1
1977	42 767	37 081	7,4	398	5,5	86,7	10 200	7,8	369	93	5 686	13,3
1978	45 350	39 130	5,5	420	5,5	86,3	10 800	5,8	391	93	6 220	13,7
1979 ^p	49 062	42 637	9,0	458	5,6	86,9	11 700	9,0	426	94	6 425	13,1
1980 ^p	52 264	45 668	7,1	490	5,6	87,4	12 600	6,9	456	94	6 596	12,6
1981 ^p	.	47 755	4,6	513	5,5	.	13 100	4,5	476	94	.	.

1) Einschließlich der privaten Organisationen ohne Erwerbscharakter. - 2) Anteil am verfügbaren Einkommen.

Privater Verbrauch und Preisentwicklung 1961-1981

Veränderung zum Vorjahr



ranten der privaten Haushalte. In der Länderrechnung ist es aufgrund fehlender Materialgrundlagen allerdings nicht möglich, den privaten Verbrauch nach Verwendungszwecken darzustellen.

Entwicklung des privaten Verbrauchs von Preissteigerungen überzeichnet

Im Jahre 1981 belief sich in Rheinland-Pfalz der private Verbrauch auf 47,8 Mrd. DM. Die durchschnittliche jährliche Veränderung zwischen 1960 und 1981 lag mit 8,1% (Bundesgebiet + 8%) leicht unter der des Sozialprodukts (+ 8,4%). Während in der ersten Dekade der private Verbrauch bei einer gleichzeitigen Zunahme der Bevölkerung (+ 7,8%) um 119% anstieg, betrug der Zuwachs zwischen 1970 und 1981 trotz des Bevölkerungsrückgangs (- 0,1%) immerhin 134%. Diese gegenläufige Bewegung ist im wesentlichen aus der Preisentwicklung zu erklären. Kostete die Lebenshaltung aller privaten Haushalte im Jahre 1970 rund 29% mehr als 1960, so lag die Teuerungsrate zwischen 1970 und 1981 mit 74% weit mehr als doppelt so hoch. Ein weiterer Bestimmungsfaktor könnte auch die Haushaltsgröße sein. Während 1960 und 1970 im Schnitt noch drei Personen in einem Haushalt lebten, waren es 1981 nur noch 2,6. Da mit einem Anstieg der Zahl der Haushalte naturgemäß ein größerer Bedarf an Gebrauchsgütern verbunden ist, kann sich damit auch der private Verbrauch erhöhen.

Je Einwohner belief sich der private Verbrauch im Jahre 1981 in Rheinland-Pfalz auf 13 100 DM. Der

Abstand zum Bundesergebnis reduzierte sich damit von 11% im Jahre 1960 auf 6% im Jahre 1981.

Neben Umfang und Struktur der Bevölkerung hat auch deren Konsumverhalten maßgeblichen Einfluß auf die Höhe des privaten Verbrauchs. Der Konsumbedarf, der in den Nachkriegsjahren bis in die 60er Jahre hinein vor allem bezüglich Erstausrüstungsgegenständen überaus groß war, hat sich zunehmend auf Ersatzbedarf, den Erwerb technischer Neuerungen oder Mehrausgaben für Freizeit verlagert. So ist bei vielen langlebigen Gebrauchsgütern, wie Fernsehgeräten, Kühlschränken oder Waschmaschinen, bereits eine Sättigung eingetreten. Während beispielsweise vor 20 Jahren nur in jedem zweiten Haushalt ein Kühlschrank stand, besitzt heute nahezu jeder Haushalt mindestens einen.

Verfügbares Einkommen bestimmt privaten Verbrauch

Da der private Verbrauch zu über 98% aus dem Konsum der privaten Haushalte besteht, kann der Eigenverbrauch der privaten Organisationen ohne Erwerbscharakter für die weiteren Betrachtungen vernachlässigt werden.

Besonders eng mit der Höhe des privaten Verbrauchs ist das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte verbunden. Dies läßt sich sehr gut erkennen, wenn man in einem Koordinatensystem mit dem verfügbaren Einkommen als Abszisse und dem

privaten Verbrauch als Ordinate die Werte für die einzelnen Jahre einträgt. Da die Koordinaten optisch nahezu auf einer Linie liegen, besteht die Vermutung eines linearen Zusammenhangs. Unter dieser Annahme läßt sich mittels linearer Regression eine empirische Konsumfunktion ermitteln, die angibt, wie sich das Einkommen in Konsum und Ersparnis aufteilt. Legt man die Werte für die Jahre 1960 bis 1980 zugrunde, so führt diese Konsumfunktion zu der Aussage, daß von jeder Mark, die einem Rheinland-Pfäler zusätzlich als Einkommen zur Verfügung steht, rund 90 Pfennig für Konsumzwecke verwendet werden. Der Rest wird gespart.

Konsumquote 87,4%

Der Anteil des privaten Verbrauchs am verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte, der als Konsumquote bezeichnet wird, lag im Jahre 1980 in Rheinland-Pfalz bei 87,4%. Dies ist seit mehr als 20 Jahren die höchste Quote.

Relativ mehr wurde für den privaten Verbrauch in Nordrhein-Westfalen (90,5%) und Hessen (89%) ausgegeben. Die niedrigsten Quoten verzeichnen die Stadtstaaten Berlin (77,1%), Hamburg (78,8%) und Bremen (83,9%).

Diplom-Mathematikerin B. Lux-Henseler

Baulandpreise 1982

In der als Totalerhebung durchgeführten Statistik der durchschnittlichen Kaufwerte von Bauland sind alle veräußerten unbebauten Grundstücke erfaßt, die im Baugebiet einer Gemeinde liegen und deren Kaufwert mindestens 200 DM beträgt. Bebaute Grundstücke werden nicht miteinbezogen, da die Kaufwerte im allgemeinen keine Aufteilung zwischen dem für Grund und Boden und dem für Gebäude und Gebäudereste gezahlten Kaufpreis enthalten. Einen exakten Nachweis über die Entwicklung der Grundstückspreise kann die Statistik der Kaufwerte nicht liefern, da beim Bauland Jahr für Jahr nach Lage, Beschaffenheit und Kaufpräferenzen erhebliche Unterschiede vorhanden sein können. Dennoch kommt den Ergebnissen der Statistik der Baulandveräußerungen und durchschnittlichen Kaufwerte eine erhebliche Bedeutung zu. Sie stellen nicht nur die aktuelle Situation auf dem Baulandmarkt dar, sondern zeigen auch die Entwicklungstendenzen auf.

Durchschnittliche Kaufwerte für Bauland nach Baulandarten 1978 - 1982

Jahr	Ins-gesamt	Verän-derung in %	Bau-reifes Land	Roh-bau-land	Indu-strie-land	Land für Ver-kehrs-zwecke	Frei-flä-chen
Kauffälle							
1978	16 274	13,8	11 693	2 442	366	1 441	332
1979	15 679	- 3,7	10 959	2 520	420	1 450	330
1980	14 381	- 8,3	9 823	2 366	451	1 459	282
1981	11 744	- 18,3	7 896	1 534	328	1 658	328
1982	16 195	37,9	7 963	2 044	629	5 254	305
Fläche (1 000 m ²)							
1978	15 780	24,7	9 469	3 567	1 576	655	513
1979	15 953	1,1	9 140	3 777	1 589	829	618
1980	15 169	- 4,9	8 630	3 676	1 904	499	460
1981	11 428	- 24,7	6 581	2 318	1 619	584	326
1982	12 355	8,1	5 413	2 430	1 937	2 108	467
Preis je qm ² (DM)							
1978	37,75	9,5	47,65	29,13	15,55	13,42	14,37
1979	42,74	13,2	52,73	36,74	24,24	13,75	17,99
1980	44,95	5,2	58,58	33,04	20,35	15,09	18,73
1981	49,78	10,7	66,18	34,58	24,66	12,86	17,82
1982	44,23	- 11,1	70,48	41,26	20,15	9,80	10,61

Neuer Berichtsweg über Gutachterausschüsse bei den Katasterämtern

In Rheinland-Pfalz sind ab 1. Januar 1982 aufgrund der Verwaltungsvorschrift des Ministeriums des Innern und für Sport und des Ministeriums der Finanzen über die Zusammenarbeit zwischen den Geschäftsstellen der Gutachterausschüsse bei den Katasterämtern, den Finanzämtern und dem Statistischen Landesamt vom 1. Dezember 1981 (MinBl. vom 23. Dezember 1981, S. 799) die Geschäftsstellen der Gutachterausschüsse berichtspflichtig zur Statistik der Kaufwerte für Bauland und der Kaufwerte für landwirtschaftlichen Grundbesitz. Die Geschäftsstellen der Gutachterausschüsse übersenden im Auftrag der Finanzämter zum 5. eines jeden Monats Kopien der Vorderseite der Kaufpreiskarteikarten, die alle bisher von den Finanzämtern mitgeteilten Daten enthalten, an das Statistische Landesamt. Ermöglicht wurde die Umstellung dadurch, daß in Rheinland-Pfalz - anders als in den meisten anderen Bundesländern, in denen die Gutachterausschüsse erst gebildet werden - frühzeitig bei allen Katasterämtern Gutachterausschüsse eingerichtet wurden. Hier lagen die benötigten Angaben schon für alle Monate des Jahres 1982 und für alle Kreise und kreisfreien Städte vor.

Das neue Erhebungsverfahren ermöglicht eine rationellere Bereitstellung der Daten, da lediglich Kopien der auch für andere Behörden zu erstellenden Kaufpreiskarteikarten erforderlich sind, und dürfte auch eine lückenlose Erfassung der Kauffälle gewährleisten. Dies zeigt ein Vergleich der nach dem alten Erhebungsverfahren für das Jahr 1981 ermittelten Daten mit den nach dem geänderten Verfahren für 1982 erhaltenen Angaben, wo die Zahl der Kauffälle deutlich höher ist.

Im Jahre 1982 wechselten in Rheinland-Pfalz insgesamt 16 195 unbebaute Grundstücke mit einer Fläche von 12,4 Mill. m² und einem Verkaufswert von 546 Mill. DM den Eigentümer. Fast 44% der umgesetzten Fläche entfielen auf baureifes Land und ein Fünftel auf Rohbauland. Nahezu 16% waren Indu-

Durchschnittliche Kaufwerte für Bauland nach Verwaltungsbezirken 1982

Verwaltungsbezirk	Baulandveräußerungen								
	insgesamt			Baureifes Land			Rohbauland		
	Kauf-fälle	Fläche	Kauf-summe	Kauf-fälle	Fläche	Kauf-wert je m ²	Kauf-fälle	Fläche	Kauf-wert je m ²
	Anzahl	1 000 m ²	1 000 DM	Anzahl	1 000 m ²	DM	Anzahl	1 000 m ²	DM
Kreisfreie Stadt Koblenz	299	210	16 800	137	69	203,34	10	11	70,64
Landkreise									
Ahrweiler	741	473	29 551	295	126	107,19	177	153	84,56
Altenkirchen (Ww.)	904	646	14 925	513	354	29,80	75	119	15,98
Bad Kreuznach	579	533	21 087	395	287	51,05	48	89	47,40
Bad Kreuznach, St	94	107	8 575	67	47	93,88	7	48	78,15
Birkenfeld	537	494	7 224	199	160	21,29	108	125	10,62
Idar-Oberstein, St	180	194	4 100	87	63	31,15	30	40	16,37
Cochem-Zell	552	335	6 670	180	84	34,21	208	147	21,74
Mayen-Koblenz	1 121	707	33 112	446	257	89,56	203	120	36,45
Andernach, St	60	19	2 822	53	16	166,88	1	.	.
Mayen, St	103	71	3 790	48	27	122,07	1	.	.
Neuwied	744	372	19 557	297	203	74,11	67	43	37,04
Neuwied, St	142	96	7 081	59	34	130,64	21	13	60,99
Rhein-Hunsrück-Kreis	608	466	8 808	270	191	33,98	83	122	12,07
Rhein-Lahn-Kreis	620	469	13 243	269	177	45,28	124	136	16,74
Lahnstein, St	56	21	2 557	26	9	200,42	13	9	68,87
Westerwaldkreis	1 118	746	21 262	664	457	38,08	100	71	15,99
RB Koblenz	7 823	5 451	192 239	3 665	2 365	54,54	1 203	1 136	31,00
Kreisfreie Stadt Trier	320	284	19 299	156	138	114,62	53	55	25,31
Landkreise									
Bernkastel-Wittlich	778	552	10 480	356	249	29,05	123	107	10,95
Bitburg-Prüm	574	553	8 987	270	256	24,23	47	68	10,39
Daun	393	375	6 766	193	155	30,72	42	58	20,21
Trier-Saarburg	712	465	9 809	294	229	36,93	39	22	14,94
RB Trier	2 777	2 229	55 341	1 269	1 027	41,39	304	310	15,38
Kreisfreie Städte									
Frankenthal (Pfalz)	62	90	7 474	17	21	227,54	10	12	109,72
Kaiserslautern	71	31	3 029	48	17	150,86	1	.	.
Landau i.d.Pfalz	107	114	6 301	61	32	123,88	2	.	.
Ludwigshafen a.Rhein	153	137	18 690	89	51	262,54	19	36	72,94
Mainz	284	57	19 376	268	50	381,25	1	.	.
Neustadt a.d.Weinstr.	145	89	9 530	76	48	171,05	20	11	88,16
Pirmasens	53	30	1 741	32	19	75,14	6	2	53,15
Speyer	60	30	4 254	30	20	197,23	-	-	-
Worms	130	135	10 294	82	52	162,83	3	3	71,97
Zweibrücken	137	291	6 798	49	31	54,15	29	75	29,45
Landkreise									
Alzey-Worms	404	327	16 670	261	183	67,96	42	114	26,61
Bad Dürkheim	529	487	55 426	209	181	159,96	79	189	129,55
Donnersbergkreis	359	341	6 771	254	183	27,44	24	.	.
Germersheim	288	206	15 567	225	151	98,01	2	.	.
Kaiserslautern	639	465	13 199	341	271	38,89	60	95	15,07
Kusel	318	182	1 201	37	32	15,69	84	76	5,52
Südliche Weinstraße	365	418	15 162	200	170	69,93	30	27	33,13
Ludwigshafen	489	517	45 341	188	131	200,33	28	181	87,48
Mainz-Bingen	644	458	36 326	353	219	125,70	47	47	77,38
Bingen am Rhein, St	64	41	5 189	41	24	160,85	6	5	58,11
Ingelheim am Rhein, St	77	41	4 606	33	16	205,79	9	6	112,82
Pirmasens	358	270	5 677	209	159	28,47	50	54	15,51
RB Rheinhessen-Pfalz	5 595	4 675	298 827	3 029	2 021	103,92	537	984	61,24
Rheinland-Pfalz	16 195	12 355	546 407	7 963	5 413	70,48	2 044	2 430	41,26
Kreisfreie Städte	1 821	1 498	123 586	1 045	548	177,53	154	227	50,46
Landkreise	14 374	10 857	422 821	6 918	4 865	58,41	1 890	2 203	40,31

Baugebiet	Baureifes Land				Rohbauland			
	Fälle	Fläche	Kaufsumme	Kaufwert	Fälle	Fläche	Kaufsumme	Kaufwert
	Anzahl	1 000 m ²	1 000 DM	DM je m ²	Anzahl	1 000 m ²	1 000 DM	DM je m ²
Geschäftsgebiet	13	6	2 466	456,29	—	—	—	—
Geschäftsgebiet mit Wohngebiet	216	132	16 338	123,07	17	13	473	36,85
Wohngebiet in geschl. Bauweise	390	110	21 129	190,22	1	.	.	.
Wohngebiet in offener Bauweise	5 880	4 155	321 914	77,48	1 270	1 597	90 231	56,50
Industriegebiet	10	25	461	18,89	14	.	.	.
Dorfgebiet	1 454	985	19 202	19,50	742	774	9 050	11,69
Insgesamt	7 963	5 413	381 510	70,48	2 044	2 430	100 252	41,26

strieland, 17% Land für Verkehrszwecke und der Rest Freiflächen. Die durchschnittliche Grundstücksgröße für baureifes Land belief sich auf 680 qm und für Rohbauland auf 1 189 qm. Vom baureifen Land entfiel mehr als die Hälfte aller Kauffälle mit 55% der gesamten Fläche auf die Grundstücksgrößenklasse 500 bis 1 000 m², während beim Rohbauland die Grundstücke über 1 000 m² dominierten; sie machten 27% der Fälle mit 73% der Fläche aus.

Quadratmeterpreis für baureifes Land um 6,5% gestiegen

Erneut zogen die Baulandpreise stärker an als die Verteuerung der gesamten Lebenshaltung (1982: + 5,3%). Baureifes Land verteuerte sich im Berichtsjahr um 6,5% auf durchschnittlich 70,48 DM je Quadratmeter, Rohbauland sogar um 19% auf 41,26 DM. In den letzten zehn Jahren ergab sich damit für baureifes Land ein Preisaufschlag um 155% und für Rohbauland um 68%.

Unter den Baulandverkäufen dominieren weiterhin Wohngebiete in offener Bauweise und Dorfgebiete. Baureifes Land kostete im Wohngebiet in offener Bauweise bei einem Flächenumsatz von 4,2 Mill. m² durchschnittlich 77,48 DM je Quadratmeter und Rohbauland, von dem 1,6 Mill. m² den Besitzer wechselten, 56,50 DM. Deutlich niedrigere Kaufwerte für Bauland wurden im Dorfgebiet ermittelt. Für baureifes Land wurden im Schnitt 19,50 DM gezahlt und für Rohbauland 11,69 DM.

Baureifes Land verteuerte sich besonders stark in Gemeinden mit 10 000 bis 20 000 Einwohnern. Im Berichtsjahr erreichte der durchschnittliche Quadrat-

meterpreis hier 148 DM (+ 45%). Auch für Rohbauland wurde in dieser Gemeindegrößenklasse der höchste Preisanstieg verzeichnet (113 DM bzw. + 145%). In Großstädten kostete ein Quadratmeter baureifes Land 273 DM (+ 2,8%) und Rohbauland 74,49 DM (– 5,4%).

In Mainz kostet der Quadratmeter baureifes Land 381 DM

Recht unterschiedliche Kaufwerte für Bauland wurden in den einzelnen Kreisen und kreisfreien Städten ermittelt. Der höchste Quadratmeterpreis für baureifes Land errechnet sich mit 381 DM für Mainz. Sehr hohe Preise meldeten auch Ludwigshafen (263 DM), Frankenthal (228 DM), Ingelheim (206 DM) und Koblenz (203 DM). Der niedrigste Mittelwert für diese Baulandart ergab sich mit 15,69 DM im Landkreis Kusel, etwas höher lagen die durchschnittlichen Kaufwerte in den Kreisen Birkenfeld (21,29 DM) und Bitburg-Prüm (24,23 DM). Rohbauland war ebenfalls im Landkreis Kusel mit 5,52 DM je Quadratmeter am billigsten. Besonders hohe Preise wurden hingegen in Bad Dürkheim (130 DM), Ingelheim (113 DM) und Frankenthal (110 DM) erzielt.

Ein Vergleich der rheinland-pfälzischen Baulandpreise mit denen des Bundesgebietes zeigt erneut, daß hierzulande baureifes Land noch relativ preiswert ist. Im Bundesgebiet erhöhte sich im Jahre 1982 der Quadratmeterpreis für baureifes Land im Schnitt um 15% auf 110 DM. Der Preis für Rohbauland entsprach mit 42,28 DM (+ 16%) etwa dem rheinland-pfälzischen.

Diplom-Volkswirt A. Wachweger

Die Brauwirtschaft

Das deutsche Bier gewinnt auch im Ausland zunehmend an Beliebtheit. Dies zeigt sich an den Produktionsergebnissen. Von 1960 bis 1982 konnte der Ausstoß im Bundesgebiet um 124% auf 95 Mill. hl gesteigert werden, in Rheinland-Pfalz um 117% auf 5,5 Mill. hl.

Zahl der Brauereien rückläufig

In Rheinland-Pfalz ist die Zahl der Brauereien von 50 im Jahre 1960 auf 31 im Jahre 1981 zurückgegangen (1970: 40). Dies entspricht einer Abnahme um 38%. Sie betrug in Bayern über 50%, im Bundesgebiet 47%.

Ende September 1982 gab es im Land noch 29 Braubetriebe. 25 von ihnen hatten 20 und mehr Beschäftigte. Da der Geschmack des Bieres entscheidend durch die Art des Wassers bestimmt wird, das nicht zu hart sein darf, ist die Produktion standortgebunden; von den 29 rheinland-pfälzischen Brauereien sind zwölf im nördlichen Rheintal, Neuwieder Becken und Westerwald ansässig und davon sieben im Landkreis Mayen-Koblenz und in der Stadt Koblenz.

Brauereien sind der größte Arbeitgeber im Nahrungs- und Genußmittelgewerbe

Die rheinland-pfälzischen Bierhersteller beschäftigten Ende September 1982 insgesamt 3 793 Mitarbeiter. Davon waren in den zehn größten Betrieben mit jeweils über 100 Beschäftigten 2 964 Arbeitskräfte tätig, was einem Anteil von 78% entspricht. Seit 1970 ist die Zahl der Beschäftigten um 29% zurückgegangen. Dennoch beschäftigen die Brauereien auch heute noch die meisten Arbeitskräfte innerhalb des Nahrungs- und Genußmittelgewerbes. In einigen Städten und Landkreisen gehören die Bierhersteller sogar zu den größten Arbeitgebern, wie in Bitburg-Prüm und in Koblenz.

Kräftige Umsatzentwicklung

Im Jahre 1982 erzielten die rheinland-pfälzischen Brauereibetriebe mit 20 und mehr Beschäftigten einen Umsatz von 792 Mill. DM. Das sind 66% mehr als 1970 und 172% mehr als 1960. Den größten Umsatzanstieg verzeichneten die Bierbrauer in den 50er Jahren. Damals erhöhten sich die Verkaufserlöse von 91 Mill. DM im Jahre 1950 um 218% auf 291 Mill. DM im Jahre 1960.

Die zehn größten Brauereien des Landes hatten im Jahre 1982 mit 637 Mill. DM einen Anteil von 80% am Branchenumsatz. Der Auslandsumsatz betrug 6,8 Mill. DM. Das sind nur knapp 1% des Gesamtumsatzes im Vergleich zu einer Exportquote von über 36% für die Gesamtindustrie. 9% des Gesamtumsatzes der Brauereien werden aus sonstigen Getränken und Handelswaren erzielt. Diese Umsätze haben seit 1977 stetig zugenommen, worin sich die Diversifikationspolitik der Brauereien spiegelt.

Gewerbliche Braustätten und Bierausstoß nach Ländern 1960 - 1982

- gemäß Biersteuergesetz vom 14. März 1952 (BGBl. I S. 149) -

Land	1960	1970	1980	1982
Anzahl der Braustätten				
Rheinland-Pfalz	50	40	31	31
Schleswig-Holstein	9	7	5	5
Hamburg	6	6	3	3
Niedersachsen	42	33	24	23
Bremen	7	6	3	3
Nordrhein-Westfalen	153	138	104	98
Hessen	59	52	40	39
Baden-Württemberg	316	265	206	193
Bayern	1 817	1 247	931	882
Saarland	12	11	9	9
Berlin (West)	13	10	8	6
Insgesamt	2 484	1 815	1 364	1 292
Bierausstoß in 1 000 hl				
Rheinland-Pfalz	2 544	4 881	5 525	5 521
Schleswig-Holstein	362	841	879	887
Hamburg	1 219	2 679	2 678	2 802
Niedersachsen	2 308	4 753	7 563	8 140
Bremen	1 021	1 907		
Nordrhein-Westfalen	11 170	24 720	26 922	27 735
Hessen	2 890	6 792	7 002	7 291
Baden-Württemberg	5 954	11 530	11 462	11 383
Bayern	12 740	24 170	25 622	26 255
Saarland	859	2 070	2 611	2 769
Berlin (West)	1 324	2 610	2 028	2 032
Insgesamt	42 400	86 952	92 294	94 816

11% des Umsatzes werden investiert

In engem Zusammenhang mit der Entwicklung des Umsatzes stehen die Ausgaben für Investitionen. Während sich der Umsatz von 1970 bis 1981 um 62% erhöhte, stiegen die Investitionen im gleichen Zeitraum um 57% auf 82 Mill. DM. Dies wirkt sich entsprechend auf die Investitionsquoten aus. Seit 1970 liegt der Anteil der Investitionen am Umsatz bei 11%, im Bundesgebiet bei knapp 10%. An den in der deutschen Brauindustrie getätigten Investitionen waren die rheinland-pfälzischen Bierhersteller mit durchschnittlich 7% beteiligt. Auch der Vergleich der

Betriebe, Beschäftigung und Umsatz der Brauereien 1950 - 1982
(Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten)

Jahr	Be- triebe	Beschäftigte		Lohn- und Gehaltssumme			Umsatz ¹⁾				
		ins- gesamt	je Betrieb	ins- gesamt	je Beschäf- tigten	Anteil am Umsatz	ins- gesamt	je Betrieb	je Beschäf- tigten	Ausland	Export- quote
		Anzahl		1 000 DM	DM	%	1 000 DM		DM	1 000 DM	%
1950 ²⁾	52	3 226	62	11 520	3 571	12,6	91 300	1 756	28 301	43	0,0
1960 ³⁾	44	5 461	124	39 461	7 226	13,6	290 801	6 609	53 251	1 190	0,4
1970	39	5 264	135	82 413	15 656	17,3	476 856	12 227	90 588	2 175	0,5
1975	34	4 749	140	126 931	26 728	20,1	632 192	18 594	133 121	3 484	0,6
1980	28	4 000	143	142 463	35 616	20,0	710 652	25 380	177 663	5 316	0,7
1981	27	3 988	148	147 520	36 991	19,1	770 801	28 548	193 280	6 856	0,9
1982	25	3 791	152	146 368	38 609	18,5	792 184	31 687	208 964	6 790	0,9

1) Ohne Umsatzsteuer. - 2) Einschl. Eisgewinnung und Mälzereien. - 3) Einschl. Eisgewinnung.

Investitionsanteile am Nahrungs- und Genußmittelgewerbe fällt für die rheinland-pfälzischen Bierbrauer günstig aus. Während im Bundesgebiet der Anteil der Brauereien an diesem Wirtschaftsbereich etwa 25% beträgt, tätigt die heimische Bierindustrie rund ein Drittel aller Investitionen des Nahrungs- und Genußmittelgewerbes. Der Kauf von Beteiligungen und von ganzen Unternehmen und Betrieben ist in den Investitionsergebnissen nicht enthalten.

6% des deutschen Bieres werden in Rheinland-Pfalz gebraut

Auf dem von starker Konkurrenz geprägten deutschen Biermarkt haben sich die rheinland-pfälzischen Brauereien gut behauptet. Seit 1970 haben die Braustätten des Landes mit 20 und mehr Beschäftigten einen Anteil von 6% am Bierausstoß im Bundesgebiet. Indessen hat bei kaum verändertem Mengenanteil der Verkaufswert gegenüber dem Bundesdurchschnitt zugenommen. Während im Jahre 1976 der Verkaufswert für einen Hektoliter Bier in Rheinland-Pfalz ebenso wie im Bundesgebiet etwa 90 DM betrug, wurde 1982 in Rheinland-Pfalz der Hektoliter für 112 DM verkauft, im Bundesdurchschnitt für 109 DM. Dies ist auch auf die gute Sorten- und Markenpolitik der heimischen Bierbrauer zurückzuführen. Mit 105 DM bzw. 106 DM für einen Hektoliter Bier lagen die Brauereien in Bayern und Nordrhein-Westfalen an der unteren Preisgrenze. In Rheinland-Pfalz wird zu 96% untergäriges Vollbier mit einem Stammwürzgehalt von 11 bis 14% gebraut. Dabei handelt es sich überwiegend um die Sorte Pils.

Seit 1960 Bierausstoß mehr als verdoppelt

In Rheinland-Pfalz erhöhte sich von 1960 bis 1982 die Bierproduktion um 117% auf 5,5 Mill. hl. Vom Gesamtausstoß wurden hier im Jahre 1982 insgesamt

Investitionen im verarbeitenden Gewerbe, im Nahrungs- und Genußmittelgewerbe und bei Brauereien 1966 - 1981 (Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten)

Jahr	Ins-gesamt	Nahrungs- und Genußmittel-gewerbe	Brauereien	
			zu-sammen	Anteil am Nahrungs- und Genußmittel-gewerbe
		1 000 DM		%
1966	1 724 062	120 854	38 631 ¹⁾	32,0
1970	2 516 698	189 203	52 370 ¹⁾	27,7
1975	2 006 157	189 067	42 995	22,7
1977	2 616 710	215 924	73 172	33,9
1978	2 759 402	193 350	64 517	33,4
1979	2 951 761	244 431	85 397	34,9
1980	3 475 047	296 443	97 642	32,9
1981	3 305 085	310 550	82 083	26,4

1) Einschl. Mälzereien (Anteil in den Jahren 1975 bis 1981 unter 5 %).

60% in Flaschen abgefüllt (Bundesdurchschnitt 71%). 3,9% des Bieres wurden in Tankwagen und Containern gefüllt im Vergleich zu 1,9% im Bundesgebiet. Nur die Hamburger Brauer haben mit 5,8% einen höheren Anteil. Auf diesem Teilmarkt behaupteten sich die rheinland-pfälzischen Brauereien mit 200 000 hl, was einem Anteil am Bundesergebnis von 12,3% entspricht.

148 Liter Bier je Einwohner

Der Bierverbrauch im Bundesgebiet ist 1982 gegenüber 1981 um 520 400 hl oder 0,6% auf 91 Mill. hl gestiegen. Damit lag der statistische Bierverbrauch je Einwohner bei 148 Liter gegenüber 147 Liter im Jahre 1981.

Ein- und Ausfuhr von Bier 1982

Land	Rheinland-Pfalz		Bundesgebiet	
	1 000 DM	%	1 000 DM	%
Einfuhr				
Dänemark	459	52,6	43 504	56,8
Frankreich	153	17,5	1 351	1,8
Portugal	96	11,0	174	0,2
Irland	74	8,5	3 425	4,5
Belgien/Luxemburg	68	7,8	15 087	19,7
Tschechoslowakei	-	-	8 979	11,7
Großbritannien	20	2,3	1 763	2,3
Übrige Länder	2	0,2	2 263	3,0
Insgesamt	872	100,0	76 546	100,0
Ausfuhr				
Frankreich	2 687	38,9	42 110	8,8
Belgien/Luxemburg	1 200	17,4	18 220	3,8
Spanien	816	11,8	8 079	1,7
USA	557	8,1	156 234	32,5
Italien	538	7,8	82 537	17,2
Schweiz	516	7,5	15 269	3,2
Österreich	404	5,8	20 007	4,2
Großbritannien	95	1,4	58 316	12,1
Übrige Länder	102	1,5	79 595	16,6
Insgesamt	6 915	100,0	480 367	100,0

Biereinfuhr steigt schneller als Ausfuhr

Die Einfuhr von Bier in das Bundesgebiet hat sich in den Jahren 1960 bis 1970 vervierfacht (45 000 hl). Bis zum Jahre 1981 wurde der Import nochmals um 85% auf 840 000 hl erhöht. Das meiste Bier wurde von Dänemark importiert, gefolgt von Belgien und Luxemburg sowie der Tschechoslowakei. Die Biereinfuhren nach Rheinland-Pfalz kamen neben den genannten Ländern aus Frankreich und Portugal.

Im Jahre 1982 fand ein Drittel des deutschen Bierexports Abnehmer in den USA. Ein weiteres Drittel wurde nach Italien und England geliefert. Die rheinland-pfälzischen Exporte gehen zu fast 40% nach Frankreich. Der gesamte Export erhöhte sich in den Jahren 1960 bis 1970 um 126% auf 1,6 Mill. hl und bis zum Jahre 1981 auf fast 3,6 Mill. hl, was einer weiteren Zunahme von 121% entspricht. Die Einfuhr von Bier hat also stärker zugenommen als die Ausfuhr.

Diplom-Betriebswirt (FH) F.-J. Merz

Mineralwasser und alkoholfreie Erfrischungsgetränke

Als alkoholfreie Erfrischungsgetränke sind nach der Systematik der Wirtschaftszweige für das produzierende Gewerbe Tafelwässer, Fruchtsaftgetränke, Limonaden, diätetische Erfrischungsgetränke, Brausen und sonstige Erfrischungsgetränke zusammengefaßt. Die größte Gruppe bilden die Mineralwässer. Die Betriebe dieses Wirtschaftszweiges berichten monatlich zur Statistik im produzierenden Gewerbe, wenn sie zehn oder mehr Beschäftigte haben (im allgemeinen liegt die Erfassungsgrenze bei 20 Beschäftigten).

Sprunghafter Anstieg des Pro-Kopf-Verbrauchs von Mineralwasser

Natürliches Mineralwasser muß bestimmte Voraussetzungen erfüllen. So müssen die im Wasser enthaltenen Mineralstoffe mit mindestens 1 000 mg pro Liter nachgewiesen werden. Das meist mit desinfizierenden Zusätzen versehene Trinkwasser der öffentlichen Wasserversorgung entspricht häufig nicht den wachsenden Ansprüchen an Reinheit und Frische. Dies wirkt sich insbesondere auf die Nachfrage von Mineralwasser aus. Im Jahre 1970 hatte der Pro-Kopf-Verbrauch in der Bundesrepublik noch bei 14 Liter gelegen, 1982 waren es bereits 48 Liter Mineralwasser.

Die große Nachfrage nach Mineralwasser führte zu einer zunehmenden Technisierung der Mineralwasserindustrie, die einen wichtigen Bestandteil unserer Wirtschaft bildet. Im Bundesgebiet gibt es über 200 Mineralbrunnenbetriebe, die aus 300 Mineralquellen natürliches Mineralwasser anbieten.

Mineralwasser setzt sich immer stärker durch

Während die Gewinnung von Mineralwasser seit 1970 zunahm, ist bei den Fruchtsaftgetränken eine gegenläufige Tendenz festzustellen. Hier ging die Produktion seit 1974 stetig zurück. Auch die Herstellung von Limonaden ist seit Mitte der 70er Jahre

Produktion von Tafelwässern und anderen alkoholfreien Erfrischungsgetränken 1970 - 1982

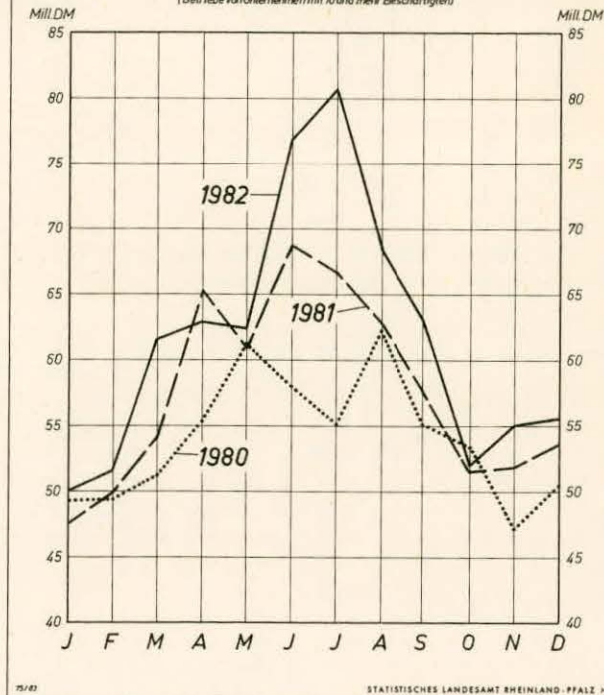
(Betriebe von Unternehmen mit 10 und mehr Beschäftigten)

Jahr	Tafelwässer 1)	Fruchtsaft- getränke	Limonaden
1970	209 062 776	32 573 776	239 692 364
1971	248 242 031	43 693 088	269 800 053
1972	269 695 939	48 319 037	279 931 539
1973	326 022 243	56 759 607	319 709 438
1974	340 112 090	45 890 518	314 369 501
1975	436 350 602	43 573 059	322 957 062
1976	535 855 991	43 980 998	342 964 685
1977	515 846 520	34 448 609	310 055 647
1978	588 883 280	32 246 156	319 594 804
1979	644 191 167	30 378 262	317 608 133
1980	688 653 336	26 772 183	307 535 367
1981	742 582 161	24 491 237	308 945 309
1982	813 657 762	19 057 990	301 643 990

1) Natürliche Mineralwässer, mineralarme Wässer, künstliche Mineralwässer (Sodawasser).

Umsatz der Hersteller von Tafelwässern und anderen alkoholfreien Erfrischungsgetränken 1980 - 1982

(Betriebe von Unternehmen mit 10 und mehr Beschäftigten)



rückläufig. Ein Grund mit hierfür mag sein, daß Mineralwasser keine Kalorien hat und mit dem Einsetzen der Gesundheits- und Fitneßwelle als Getränk immer beliebter wurde.

Im Landkreis Ahrweiler wird das meiste Mineralwasser gefördert

Die rheinland-pfälzische Produktion von Mineralwasser macht rund 28% der Produktion im Bundesgebiet aus. Hiervon sind 88% zum Absatz bestimmt, der Rest dient zur Weiterverarbeitung.

Der Schwerpunkt der rheinland-pfälzischen Mineralwassergewinnung liegt im Landkreis Ahrweiler. Hier werden fast 40% des rheinland-pfälzischen Mineralwassers abgefüllt. Bad Neuenahr-Ahrweiler und Brohl-Lützing sind maßgebliche Standorte.

Produktion von alkoholfreien Getränken im Regierungsbezirk Koblenz konzentriert

Hauptstandort der rheinland-pfälzischen Produktion von alkoholfreien Getränken ist der Regierungsbezirk Koblenz. 63% aller Beschäftigten dieser Branche haben hier ihren Arbeitsplatz. Der Landkreis Ahrweiler hebt sich wieder besonders hervor, da Erfrischungsgetränke überwiegend auf der Basis von Mineralwasser hergestellt werden. Nach der Tafelwasserverordnung muß die Originalabfüllung des Mineralwassers am Quellort erfolgen. Dies dient zur Erhaltung der reinen, unverfälschten Naturbrunnen-

Betriebe und Beschäftigte bei Herstellern von Tafelwässern und anderen alkoholfreien Erfrischungsgetränken
im September 1952 – 1982
(Alle Betriebe)

Jahr	Betriebe						Beschäftigte					
	ins-gesamt	mit ... Beschäftigten					ins-gesamt	in Betrieben mit ... Beschäftigten				
		1 – 9	10 – 19	20 – 49	50 – 99	100 und mehr		1 – 9	10 – 19	20 – 49	50 – 99	100 und mehr
1952	178	144	10	13	8	3	2 136	487	149	395	578	527
1960	158	112	13	9	14	10	3 691	388	224	304	968	1 807
1965	134	87	12	14	11	10	3 714	307	191	473	872	1 871
1970	98	59	8	10	8	13	3 745	217	163	368	591	2 406
1975	68	33	6	10	9	10	3 251	119	108	380	693	1 951
1980	59	25	4	9	9	12	3 614	87	51	310	623	2 543
1981	54	20	5	9	8	12	3 572	80	70	332	577	2 513
1982	49	15	5	8	9	12	3 580	69	65	279	634	2 533

erzeugnisse. Dadurch bildet die Vulkaneifel mit ihren vielen Quellen das Zentrum dieser Branche.

Umsatz steigt und fällt mit dem Thermometer

Der Umsatz der alkoholfreien Getränke ist sehr stark saisonal geprägt. Die niedrigsten Umsätze werden in den kälteren Monaten von September bis April getätigt, im Sommer ist ein sprunghaft ansteigender Verbrauch an nichtalkoholischen Getränken zu registrieren. Sogar außergewöhnliche Wetterlagen, wie der verregnete Sommer 1980, lassen sich exakt an der Umsatzkurve ablesen.

Hersteller von Tafelwässern und anderen alkoholfreien Erfrischungsgetränken in den Verwaltungsbezirken 1982
(Betriebe von Unternehmen mit 10 und mehr Beschäftigten)

Verwaltungsbezirk	Be- triebe	Be- schäf- tigte	Umsatz 1)		
	Anzahl		1 000 DM		
Landkreise					
Ahrweiler	5	} 1 194	288 705		
Bad Kreuznach	1		} 175	34 354	
Birkenfeld	2	} 520		87 487	
Mayen-Koblenz	6		} 274	70 241	
Neuwied	1	} 274			
Rhein-Hunsrück-Kreis	1				
Rhein-Lahn-Kreis	2				
RB Koblenz	18	2 163	480 787		
Landkreise					
Bernkastel-Wittlich	2	} 780	174 243		
Daun	6				
RB Trier	8	780	174 243		
Kreisfreie Städte					
Frankenthal (Pfalz)	1	} 340	68 664		
Kaiserslautern	1				
Ludwigshafen a. Rhein	1				
Zweibrücken	1				
Landkreise					
Donnersbergkreis	1	} 139	16 563		
Kaiserslautern	1				
Kusel	1				
RB Rheinhessen-Pfalz	7	479	85 227		
Rheinland-Pfalz	33	3 422	740 257		

1) Ohne Umsatzsteuer.

Starker Rückgang der mittelständischen Betriebe

Seit Anfang der 50er Jahre hat sich die Anzahl der Betriebe, die nichtalkoholische Getränke herstellen, um über zwei Drittel vermindert. Auch die Struktur der Betriebsgrößenklassen hat sich in diesem Zeitraum verändert. Hatten noch Anfang der 70er Jahre die mittelständischen Betriebe deutlich überwogen, standen im vergangenen Jahr nur 20 Betriebe mit weniger als 20 Beschäftigten 29 größeren Betrieben gegenüber. Allein 12 Betriebe mit insgesamt 2 533 Arbeitskräften, das sind 71% des Personals, fallen in die Größenklasse der Betriebe mit 100 und mehr Beschäftigten. Die Anzahl der Kleinbetriebe mit weniger als zehn Arbeitskräften verringerte sich in den letzten 30 Jahren von 144 auf 15.

Der Grund für den starken Rückgang der mittelständischen Betriebe liegt in der zunehmenden Technisierung der Abfüllung und in der notwendigen Erweiterung der Angebotspalette. Moderne Techniken garantieren hohe Abfüllkapazitäten und lassen neue Formen der Verpackung, wie Dosen, entstehen. Erforderlich hierfür ist jedoch eine entsprechende Kapitalausstattung, über welche die Kleinbetriebe meist nicht verfügen.

Ein weiteres Problem für die Kleinbetriebe sind die hohen Kosten, die die gesetzlich geforderte Originalabfüllung am Quellort mit sich führt. Hierdurch entstehen erhebliche Transport- und Vertriebsprobleme, die hohe Frachtkosten mit sich bringen.

Stetige Umsatzsteigerung seit Anfang der 70er Jahre

In den letzten zehn Jahren hat sich der Umsatz je Betrieb verdreifacht. Neue Verbrauchergruppen wurden angesprochen. Durch die Dose als eine neue Verpackungsform wurden neue Märkte, insbesondere für Mineralwasser entdeckt. Auch die ausländischen Märkte spielen hierbei eine Rolle, wenn auch die Exportquote im vergangenen Jahr nur etwas über 2% lag. Der rheinland-pfälzische Anteil am deutschen Export alkoholfreier Erfrischungsgetränke macht über 38% aus, obwohl von den 317 deutschen Herstellern alkoholfreier Getränke lediglich 33 ihren Sitz in Rheinland-Pfalz haben. Durch modernste Abfüllanlagen wird diese Kapazität erreicht.

Anlageinvestitionen der Hersteller von Mineralwässern und anderen alkoholfreien Erfrischungsgetränken 1977 - 1981
(Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten)

Jahr	Ins- gesamt	Je Beschäf- tigten	Anteil am Umsatz	Maschinen und maschinelle Anlagen, Betriebs- und Geschäfts- ausstattung
	1 000 DM	DM		%
1977	58 378	19 709	12,8	79,3
1978	36 719	12 524	7,6	74,7
1979	47 873	15 614	9,2	85,6
1980	64 950	18 685	10,2	79,3
1981	60 296	17 620	8,8	91,1

Investitionen steigen mit dem Umsatz

Die Anlageinvestitionen sind hauptsächlich Zugänge an Maschinen und maschinellen Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung. Sie verdeutlichen den Trend nach zunehmender Technisierung und Spezifizierung. Der Anteil der Anlageinvestitionen am Umsatz ist bei den Herstellern von nichtalkoholischen Getränken mit rund 9% doppelt so hoch wie im gesamten verarbeitenden Gewerbe. Gleiches gilt für die Investitionen je Beschäftigten. Auch sie sind zweimal so hoch wie im Durchschnitt des verarbeitenden Gewerbes.

Diplom-Betriebswirtin (BA) E. Kämmer

Befunddokumentation und Arztbriefschreibung mit dem DV-Verfahren BAIK

Die automatische Datenverarbeitung kann im Krankenhaus sowohl für die Aufgaben der Verwaltung, insbesondere im Rechnungswesen als auch für den medizinischen Bereich eingesetzt werden. Zunächst entwickelte das Statistische Landesamt, als das nach § 27 Abs. 2 Krankenhausreformgesetz mit der Durchführung der Krankenhausautomation betraute Rechenzentrum die speziellen DV-Verfahren für das Rechnungswesen; hier gab es Bindungen an Termine. Ende der 70er Jahre erfolgte ein erster Schritt in die Datenverarbeitung für den Arzt im Krankenhaus.

Seit 1979 beteiligt sich das Land Rheinland-Pfalz an dem Datenverarbeitungsvorhaben Befunddokumentation und Arztbriefschreibung im Krankenhaus (BAIK), das im Rahmen des Programms der Bundesregierung zur Förderung von Forschung und Entwicklung im Dienste der Gesundheit innerhalb des Projektes Datenverarbeitung im Gesundheitswesen gefördert wird.

Das Vorhaben BAIK wird wie vorher die DV-Verfahren im Rechnungswesen (FINK, KOLK) als Bund/Länder-Projekt durchgeführt. Die Federführung für das Projekt BAIK lag bei der Abteilung für Dokumentation und Datenverarbeitung im Klinikum der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt.

Das DV-Verfahren BAIK mußte nicht völlig neu entwickelt werden. Vielmehr konnte auf die Ergebnisse von Vorläuferprojekten zurückgegriffen werden. Dadurch war es das primäre Ziel des Vorhabens, das Verfahren zu multiplizieren und in einem bundesweiten Modellversuch einzusetzen. Für Rheinland-Pfalz nahmen zwei Krankenhäuser an dem Modellversuch teil: das Kreiskrankenhaus St. Elisabeth in Mayen, das bereits in einem frühen Stadium in den Modellversuch einbezogen wurde, und das Stadt-krankenhaus Worms, in dem die Arbeiten für den

Modellversuch erst vor einigen Monaten begonnen haben. Über den Modellversuch in Mayen soll hier berichtet werden.

Das BAIK-Verfahren Ziele

Ziel des Verfahrens ist die Erleichterung der Dokumentation von Befunden und deren Übermittlung (Arztbriefe, Befundberichte) verbunden mit einer Verbesserung der Informationsqualität und Zugreifbarkeit durch Bereitstellung eines einheitlichen, computerunterstützten Werkzeugs, das in allen Fachrichtungen und ärztlichen Organisationsformen gleichermaßen eingesetzt werden kann. Darüber hinaus soll durch Verdichtung und Hervorhebung der relevanten Informationen die Verbesserung der Präsentation erreicht werden. Auch können aus den Daten statistische Kennziffern für die Verwaltung des Krankenhauses gewonnen werden.

Teilbereiche

Das Verfahren BAIK besteht aus zwei Komponenten:

Doctor's Office Computer (DOC) und
Informations-Aufbereitendes Text-Retrieval-Orientiertes System (IATROS)

(1) Das Teilsystem DOC

DOC wird ausschließlich dezentral auf Kleinrechnern im Krankenhaus eingesetzt. Es untergliedert sich in die Programmpakete Datenerfassungs- und Speicherungs-Programm (DUSP) und Dekodierungs- und Textausgabeprogramm (DUTAP).

DUSP unterstützt die Erfassung der Daten am Bildschirm und ihre anschließende Speicherung. Während der Erfassung werden die Eingabedaten einer Fehlerprüfung unterzogen. Dabei werden besondere me-

Erhebungsbogen für Sonographie-Untersuchungen der Inneren Medizin

SON 2
AKZ VNR

AKZ

LNR

Befunddatum

Kap. A

SONOGRAPHIE

Patient:

Aufnahme-Nr.:

1) Geb. Datum: / Geschlecht: M W

2) Name: / Vorname:

3) Straße:

4) PLZ/Wohnort: /

Überweisender Arzt:

5) Name: H F /

6) Straße:

7) PLZ/Wohnort: /

Kap. B

- 1) Station / Ambulanz Brief / Ambulanz Bericht 1) / I / E
- 2) gewünschte Untersuchung: Leber / Gallenblase / Pankreas / Milz / Nieren / Abdominelle Gefäße 2) L / G / P / M / N / A
- 3) Indikation:
- 4) Klin. Diagnose:
- 5) Besonderheiten: / Unterschrift:
- 6) *
- 7) Zusatz:

Kap. C

LEBER

- 1) Untersuchungsbedingungen: Gut beurteilbar / eingeschränkt beurteilbar wegen Meteorismus, Nahrungsaufnahme, Narben, Adipositas 1) G / M N A P +
- 2) Größe in MCL in cm 2)
- 3) Rand: Spitz, stumpf 3) S T
- 4) Oberfläche: Glatt, Uneben, grob gehöckert 4) G U R
- 5) Binnenechos: Regelmäßig, Unregelmäßig 5) R U
- 6) Fein, Mittel, Grob 6) F M G
- 7) Dicht, Normal, Weit 7) D N W
- 8) Rundherde: Anzahl / Zahlreiche / Größe in cm / reflexverdichtet, -vermindert 8) re: / Z / / D M / li: / Z / / D M
- 9) Uferbefestigungen in cm 9)
- 10) Lebervenen: geweitet 10) W
- 11) intrahepatische Gallengänge: geschlängelt 11) S
- 12) Besonderheiten:
- 13) *
- 14) Zusatz:

Kap. D

GALLENBLASE und -WEGE

- 1) Untersuchungsbedingungen: Cholecystektomie, Gut -, nicht beurteilbar / eingeschränkt beurteilbar wegen Meteorismus, Nahrungsaufnahme, Narben, Adipositas 1) C G I / M N A P +
- 2) Lage: Typische Lokalisation, Medial, Lateral 2) T M L
- 3) Größe: Normal, Groß, Klein, 3) N G K
- 4) Kontur: Scharf, Verwaschen, Nicht sicher abgrenzbar, septiert, geknickt, Wandverdickung 4) S V N P K W +
- 5) Binnenstruktur: Reflexfrei, Solitärreflex, Multiple Reflexe, Dorsale Schallauslöschung 5) R S M D +
- 6) Gallengang: nicht darstellbar / Weite in cm / geschlängelt, Schallreflex, Schallauslöschung, Abbruch des Ganges, Kalibersprung 6) I / / G R A B K +
- 7) Besonderheiten:
- 8) *
- 9) Zusatz:

Kap. E	<u>P A N C R E A S</u>											
1)	Untersuchungsbedingungen: Gut -, nicht beurteilbar / eingeschränkt beurteilbar wegen Meteorismus, Nahrungsaufnahme, Narben, Adipositas	1) <table border="1"><tr><td>G</td><td>I</td></tr><tr><td>M</td><td>N</td></tr></table> / <table border="1"><tr><td>A</td><td>P</td></tr></table> +	G	I	M	N	A	P				
G	I											
M	N											
A	P											
2)	Größe: Diffuse Vergrößerung / lokalisierte Vergrößerung in Kopf, Corpus, Schwanz / Länge (cm) / Breite (cm)	2) <table border="1"><tr><td>D</td></tr></table> / <table border="1"><tr><td>K</td><td>C</td><td>S</td></tr></table> + / /	D	K	C	S						
D												
K	C	S										
3)	Begrenzung: Glatt, Unschärf, Ausläufer	3) <table border="1"><tr><td>G</td><td>U</td><td>A</td></tr></table> +	G	U	A							
G	U	A										
4)	Binnenechos: Fein, Vergrößert, vermindert / echofreier Bezirk in Kopf, Corpus, Schwanz	4) <table border="1"><tr><td>F</td><td>V</td><td>M</td></tr></table> + / <table border="1"><tr><td>K</td><td>C</td><td>S</td></tr></table> +	F	V	M	K	C	S				
F	V	M										
K	C	S										
5)	Pancreasgang: Nicht dargestellt, Glatt, geweitet	5) <table border="1"><tr><td>N</td><td>G</td><td>W</td></tr></table>	N	G	W							
N	G	W										
6)	Besonderheiten: _____											
7)	*****											
8)	Zusatz: _____											
Kap. F	<u>M I L Z</u>											
1)	Größe: Vergrößert, die Niere überragend / Länge (cm) / Breite (cm)	1) <table border="1"><tr><td>V</td><td>N</td></tr></table> + / /	V	N								
V	N											
2)	Kontur: Kappenförmig, verplumpt	2) <table border="1"><tr><td>K</td><td>P</td></tr></table>	K	P								
K	P											
3)	Reflexmuster: Fein, Grob, Umschriebene Veränderung	3) <table border="1"><tr><td>F</td><td>G</td><td>U</td></tr></table>	F	G	U							
F	G	U										
4)	Besonderheiten: _____											
5)	*****											
6)	Zusatz: _____											
Kap. G	<u>N I E R E N</u>											
1)	Größe in cm: Länge / Breite / Parenchymdicke	1) / / / / /										
2)	Kontur: Gehöckert, unsharp begrenzt, Vorwölbung am Oberen, Unteren Pol, im Mittleren Anteil	2) <table border="1"><tr><td>G</td><td>N</td><td>O</td><td>U</td><td>M</td></tr></table> + <table border="1"><tr><td>G</td><td>N</td><td>O</td><td>U</td><td>M</td></tr></table> +	G	N	O	U	M	G	N	O	U	M
G	N	O	U	M								
G	N	O	U	M								
3)	Parenchym: Unregelm. Dicke, umschriebene Verdichtung, echoärmer -, echofreier Bezirk, Multiple echofreie Bezirke	3) <table border="1"><tr><td>U</td><td>V</td><td>A</td><td>F</td><td>M</td></tr></table> + <table border="1"><tr><td>U</td><td>V</td><td>A</td><td>F</td><td>M</td></tr></table> +	U	V	A	F	M	U	V	A	F	M
U	V	A	F	M								
U	V	A	F	M								
4)	Größe des Bezirks: Länge (cm) / Breite (cm)	4) / / /										
5)	Pyelon: mit Parenchymbrücke, Zentral echofreier Bezirk, Reflex mit Schallauslöschung	5) <table border="1"><tr><td>P</td><td>Z</td><td>R</td></tr></table> / <table border="1"><tr><td>P</td><td>Z</td><td>R</td></tr></table>	P	Z	R	P	Z	R				
P	Z	R										
P	Z	R										
6)	Besonderheiten: _____											
7)	*****											
8)	Zusatz: _____											
Kap. H	<u>A B D O M I N E L L E G E F Ä S S E</u>											
1)	Gut, Schlecht, Nicht darstellbar	1) <table border="1"><tr><td>G</td><td>S</td><td>N</td></tr></table>	G	S	N							
G	S	N										
2)	Aorta: Allgemein, Umschrieben erweitert / Weite in cm / Glatte, unregelmäßig Wand / Paraaortale Lymphknoten	2) <table border="1"><tr><td>A</td><td>U</td></tr></table> / / <table border="1"><tr><td>G</td><td>N</td></tr></table> / <table border="1"><tr><td>P</td></tr></table>	A	U	G	N	P					
A	U											
G	N											
P												
3)	Vena cava: Geweitet	3) <table border="1"><tr><td>G</td></tr></table>	G									
G												
4)	Vena portae und lienalis: Geweitet	4) <table border="1"><tr><td>G</td></tr></table>	G									
G												
5)	Besonderheiten: _____											
6)	*****											
7)	Zusatz: _____											
Kap. I	<u>B E U R T E I L U N G</u>											
1)	_____											
2)	_____											
3)	_____											
4)	_____											
5)	_____											

Entwickelt im Rahmen des vom Bundesminister für Forschung und Technologie geförderten Vorhabens Befunddokumentation und Arztbriefschreibung in Krankenhäusern (BAIK), DVM 256, Leiter Prof. Dr. med. W. Giere. Copyright Kreiskrankenhaus Mayen, Chefarzt Dr. med. Schaub, und ADD/ZINFO Universitätsklinik Frankfurt/M., Prof. Dr. med. W. Giere, alle Rechte vorbehalten, einschließlich Vervielfältigung jeglicher Art und Speicherung in DV-Anlagen. Nachdruck und Übersetzung, auch auszugsweise, nur nach vorheriger Genehmigung durch Dr. med. Schaub und Prof. Dr. med. Giere.

dizinische Gegebenheiten berücksichtigt, zum Beispiel dadurch, daß sich die Überschreitung von Grenzwerten noch nachträglich als korrekt bestätigen läßt (Meßwert liegt weit außerhalb des Normbereichs). Die Korrektur der Felder muß sofort erfolgen, denn nur als richtig anerkannte Daten werden gespeichert. Grundlage für die Ermittlung der notwendigen Daten ist ein spezielles Formular, das auch als Vorlage für die Datenerfassung dient.

Charakteristisch für das Formular ist, daß häufig vorkommende Befunde und Sachverhalte verschlüsselt aufgeführt sind, Seltenes jedoch an jeder Stelle auch klartextlich formuliert werden kann. Dadurch werden die medizinischen Ausdrucksmöglichkeiten nicht eingeschränkt.

DUTAP erstellt aus den erfaßten Daten Arztbriefe oder Befundberichte. Dabei werden verschlüsselt erfaßte Daten in die ursprünglichen Ausdrücke zurückübersetzt und die vom Arzt frei formulierten Zusätze berücksichtigt. Durch das Programm werden die vorhandenen Textbausteine zu einem Brief oder Bericht zusammengesetzt.

(2) Das Teilsystem IATROS

Das Teilsystem IATROS bietet die Möglichkeit, Auskünfte aus den erfaßten Daten zu erhalten. Dafür ist es erforderlich, diese Daten zunächst aufzubereiten. Die Aufbereitung richtet sich nach der vorgegebenen Fragestellung. So ist festzulegen, welche Daten einzubeziehen sind und ob sie gegebenenfalls in eine andere Form zu bringen sind. Freitexte lassen sich mit Hilfe eines zur Verfügung stehenden Thesaurus, einer strukturierten Sammlung von Worten aus einem Fachbereich, verschlüsseln. Der in BAIK zur Verfügung stehende Thesaurus enthält rund 90 000 Eintragungen. Es kann auch ein eigener problembezogener Thesaurus aufgebaut werden. Letztlich muß noch bestimmt werden, nach welchen Hauptbegriffen ausgewertet werden soll. Aus Datenschutzgründen ist noch eine Anonymisierung der Daten erforderlich. Dieser gesamte Vorgang der Klassifikation wird zusammen mit dem Abspeichern der bearbeiteten Daten von einem eigenen Programmpaket ausgeführt.

Nach der einmaligen Datenaufbereitung kann per Programm eine Fragestellung beantwortet werden, wieviele Patienten beispielsweise nach Einnahme des Medikaments A einen erhöhten Blutdruck haben oder welche Patienten während ihres Krankenhausaufenthaltes eine Reduktionsdiät erhielten. Suchanfragen werden durch Eingabe von Suchkommandos formuliert. Sie lassen sich kombinieren und die Antworten als Zwischenergebnisse aufbewahren. Es können jedoch nicht nur Auskünfte zu medizinischen, sondern auch zu administrativen Belangen gegeben werden, beispielsweise wieviele Röntgenuntersuchungen im letzten Jahr durchgeführt wurden. Daraus lassen sich Schlußfolgerungen über die durchschnittliche Auslastung des Gerätes ziehen.

Organisatorische Hilfen

Das Verfahren BAIK umfaßt nicht nur ein umfangreiches Programmpaket, sondern auch eine Strategie

zur organisatorischen Unterstützung bei der Einführung im Krankenhaus. Hierbei wird ein phasenweises Vorgehen empfohlen. In Form einer Checkliste werden alle durchzuführenden Aktivitäten im einzelnen aufgeführt und ihre Beziehungen untereinander dargestellt.

Wesentliche Voraussetzung für die Einführung von BAIK ist die Benennung eines sogenannten BAIK-Arztes. Er übernimmt die inhaltliche Gestaltung des Erfassungsformulars sowie des Arztbriefs bzw. Befundberichts und stimmt diese mit seinen Kollegen ab.

Datenschutz

Dem Datenschutz kommt innerhalb des Projekts besondere Bedeutung zu. In einem eigens dafür erstellten Grobkonzept Datenschutz in BAIK sind die zu beachtenden gesetzlichen Grundlagen und durchzuführenden Aktivitäten dargestellt.

Demnach wird in jedem beteiligten Krankenhaus eine Analyse der Datenschutzsituation durchgeführt. Das Grobkonzept gibt hier anhand von Schemafragen Anhaltspunkte zur Analyse. Zusammen mit dem Krankenhaus werden die mit der Einführung des BAIK-Verfahrens erforderlich werdenden Maßnahmen zur Gewährleistung des Datenschutzes festgelegt.

Der Einsatz von BAIK im Modellkrankenhaus Mayen

Ende 1980 begannen im Modellkrankenhaus Mayen, einem Kreiskrankenhaus der Regelversorgung mit 328 Betten, die ersten Aktivitäten im Verfahren BAIK. Geplant war die Unterstützung der Befunddokumentation und Arztbriefschreibung in der Inneren Abteilung für den Bereich der Sonographieuntersuchungen (Ultraschall). In Mayen ist zur Zeit das Teilsystem DOC installiert.

Zunächst wurde eine Isterfassung der Vorgehensweise bei Sonographieuntersuchungen durchgeführt. Die Isterfassung dient insbesondere der Analyse von Schwachstellen im herkömmlichen Verfahren, aber auch dem Verständnis der organisatorischen Zusammenhänge.

Anschließend wurde ein DUSP-Formular zur Sonographieuntersuchung von dem BAIK-Arzt inhaltlich gestaltet und in einem testweisen Einsatz im Rahmen der Ultraschalluntersuchungen verbessert. Sodann wurden Form und Inhalt des Ausdrucks entworfen, im Falle der Sonographie sowohl für Befundberichte als auch für Arztbriefe. Die Programmierung über DUTAP und Erstellung der Bildschirm-Erfassungsmasken erfolgte durch das Statistische Landesamt.

Seit März 1982 werden in Mayen Daten erfaßt und Berichte ausgedruckt. Befundberichte und Arztbriefe werden inzwischen, nachdem sie zunächst in einem Routinetest auf Korrektheit überprüft wurden, im täglichen Betrieb verwendet. Der Sonographiebogen nimmt die Befunde sämtlicher abdominaler Ultraschalluntersuchungen auf. Er wird vom Arzt parallel zur Sonographie bzw. direkt im Anschluß daran ausgefüllt. Die täglich anfallenden Bogen werden am gleichen Tag erfaßt, so daß Befundberichte und Arzt-

Arztbrief für Sonographie-Befund (Muster)

Dr. med. Richard Schaub Ltd.Med.-Dir.

Internist und Pneumologe

Chefarzt

der Inneren Abteilung des Kreiskrankenhauses

Sprechstunden nach telefonischer Vereinbarung

Herrn

Dr. Mallek

5441 Weibern

5440 Mayen, 04.08.83

Telefon (02651) 7411 oder 77651

Sehr geehrter Herr Kollege!

Betrifft: Fischer, Fritz, 11.11.11, Seestrasse 11, 5440 Mayen

Pat.-Nr.: 1005838

amb. am: 04.08.83 / Zi

Vielen Dank fuer die freundliche Ueberweisung des o.a. Patienten,
bei dem die Sonographie folgenden Befund ergab:

Leber:

Organ gut beurteilbar; Lebergroesse: 14 cm in MCL; Rand spitz;
Oberflaeche grob gehoeckert; Binnenechos: Unregelmässig, mittel,
normal gestreut; Rundherde: Rechts: 2 Rundherd(e), reflexverdichtet
nachweisbar; links keine Rundherde nachweisbar.
Besonderheiten: Verd. auf Metastasen.

Gallenblase und -wege:

Gallenblase bei Zustand nach Cholecystektomie nicht darstellbar.

Pancreas:

Wegen Meteorismus eingeschränkt beurteilbar.

Milz:

Laenge: 8 cm, Breite: 4 cm; Kontur: Kappenfoermig; Reflexmuster:
Fein.

Beurteilung:

Verdacht auf Lebermetastasen.

Mit freundlichen Kollegialen Gruessen
Ihr

(Dr. Schaub)

briefe noch am Tag der Untersuchung auf die Station bzw. an den Hausarzt des Patienten versandt werden können.

Erwartungen an das Verfahren aus ärztlicher Sicht und Ergebnis

Zu Beginn des Modellversuchs wurden aus ärztlicher Sicht folgende Erwartungen an das Verfahren geknüpft:

- (1) Zeitersparnis bei der Befunddokumentation durch den Arzt,
- (2) qualitative Verbesserung der Untersuchung durch Standardisierung des Untersuchungsablaufs sowie standardisierte Befunddokumentation,
- (3) Zeitersparnis für die Befundübermittlung an den Auftraggeber (Station oder niedergelassenen Arzt),
- (4) für die weitere Zukunft wissenschaftliche Auswertung der Befunde und mögliche Teilnahme an größeren Studien,
- (5) Teilnahme an einem Auswertungssystem (IATROS).

Die nunmehr rund zwei Jahre dauernde Erfahrung mit BAIK konnte die Erwartungen größtenteils bestätigen. Wurden im herkömmlichen Verfahren die Befunde auf der Rückseite des Anforderungsbelegs handschriftlich vom Untersuchenden festgehalten und mußte zusätzlich bei Bedarf (Ambulanzpatienten) noch ein Arztbrief diktiert werden, ist nun nach der Untersuchung der Dokumentationsvorgang bereits erledigt. Die gewonnene Zeit kann dem Patienten gewidmet werden.

Bereits die Erarbeitung des Formulars regte zu Diskussionen unter den Ärzten über die Untersuchungsmethode und die damit gesammelten Erfahrungen sowie zum Literaturstudium an. Die Funktion des Erhebungsbogens als Checkliste wird als angenehm empfunden, da dadurch die Vollständigkeit der Untersuchung und der Dokumentation, auch von Normalbefunden, gewährleistet wird.

Darüber hinaus ermöglicht es die Dokumentation nach immer gleichbleibendem Muster auch beim Vergleich mit älteren Befunden oder Untersuchungsreihen, Zeitpunkte der Verschlechterung oder Verbesserung des Befindens des Patienten festzustellen. Die Vergleichbarkeit von Befunden ist auch bei Arztwechsel gewährleistet.

Die Arztbriefe und Befundberichte können bereits am Tag der Untersuchung erstellt und der anfordernden Stelle übermittelt werden. Dadurch werden zeit-

liche Verzögerungen vermieden und trotzdem detaillierte Informationen weitergegeben.

Die Zeitersparnis durch den Einsatz der technischen Hilfsmittel kommt dem Arzt-Patienten-Verhältnis zugute.

Die Speicherung der Daten im DUSP läßt Trendanalysen und Studien zu, so daß nach Ausweitung der Installation um IATROS auch retrospektive Auswertungen durchgeführt werden können.

Die Schematisierung des Untersuchungsablaufs wird von den Patienten als beruhigend empfunden, da der immer gleichbleibende und bekannte Ablauf die Gewißheit verleiht, daß nichts vergessen wurde. Die Befundschreibung über BAIK stößt auch bei Sonderfällen nicht an ihre Grenzen, da in diesem Fall durch Klartextzusätze jederzeit eine freie Formulierung möglich ist.

Da der Datenschutz besondere Beachtung gefunden hat, gibt es weniger Probleme als bei der herkömmlichen Archivierung von Krankenblättern.

Die Arbeitserleichterung für die Sekretärin besteht vor allem darin, daß die Anfertigung von Fotokopien und Durchschlägen entfällt und die Erfassung auf fallspezifische Daten beschränkt bleibt, während im herkömmlichen Diktatverfahren Einleitungsfloskeln wiederholt geschrieben werden mußten.

Es ist festzustellen, daß BAIK in der Inneren Abteilung als großer Gewinn angesehen wird und die investierte Zeit für die Entwicklung sich immer mehr bezahlt macht.

Diese Einschätzung des Verfahrens aus ärztlicher Sicht zeigt, daß es für den ärztlichen Routinebetrieb erhebliche Vorteile mit sich bringt. Zum Verhältnis von Kosten und Nutzen liegt eine im Rahmen des Modellversuchs durch eine unabhängige Wirtschaftsprüfungsgesellschaft angefertigte Kosten-Nutzen-Analyse vor. Danach konnten bereits durch Verringerung der zeitlichen Belastung für Befunddokumentation und Arztbriefschreibung für das ärztliche und das Schreibpersonal durch Einsatz des BAIK-Verfahrens Einsparungen nachgewiesen werden.

Mit BAIK steht somit ein Werkzeug zur Verfügung, das die klinische Dokumentation sowohl inhaltlich verbessert als auch zu einer wesentlichen Beschleunigung der Informationsübertragung beiträgt. Dieses kommt letztlich dem Patienten zugute, was bei allen Aktivitäten im medizinischen Bereich im Vordergrund steht.

Diplom-Informatikerin der Medizin C. Geißler

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1981	1982				1983			
		Monatsdurchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	3 642	3 639	3 639	3 639	3 639	3 633
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
* Eheschließungen 1)	Anzahl	1 893	1 917	1 883	2 905	2 251	1 739 ^P	1 596 ^P	3 011 ^P	2 389 ^P
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	6,2	6,3	6,3	9,4	7,5	5,6 ^P	5,3 ^P	9,8 ^P	8,0 ^P
* Lebendgeborene 2)	Anzahl	3 117	3 094	2 995	2 995	3 096	3 144 ^P	2 826 ^P	2 950 ^P	2 925 ^P
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	10,3	10,2	10,0	9,7	10,4	10,2 ^P	9,5 ^P	9,6 ^P	9,8 ^P
* Gestorbene 3) (ohne Totgeborene)	Anzahl	3 689	3 631	3 694	3 657	3 515	4 287 ^P	3 516 ^P	3 700 ^P	3 525 ^P
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	12,2	12,0	12,3	11,8	11,8	13,9 ^P	11,8 ^P	12,0 ^P	11,8 ^P
* Im 1. Lebensjahr Gestorbene 3)	Anzahl	35	34	33	41	30	45 ^P	26 ^P
* je 1 000 Lebendgeborene 4)	Anzahl	11,3	11,0	11,2	13,4	9,9	14,5 ^P	9,0 ^P
* Überschuß der Geborenen bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 572	- 536	- 699	- 662	- 419	- 1 143 ^P	- 690 ^P	- 750 ^P	- 600 ^P
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	- 1,9	- 1,8	- 2,3	- 2,1	- 1,4	- 3,7 ^P	- 2,3 ^P	- 2,4 ^P	- 2,0 ^P
Wanderungen										
über die Landesgrenze										
* Zugezogene	Anzahl	7 857	7 490	7 319	6 360	6 896	7 241
Ausländer	Anzahl	1 935	1 645	1 559	1 478	1 432	1 533
Erwerbspersonen	Anzahl	4 257	4 036	3 992	3 543	3 767	3 952
* Fortgezogene	Anzahl	7 390	7 347	7 035	5 952	6 481	7 322
Ausländer	Anzahl	1 650	1 751	1 638	1 322	1 693	1 674
Erwerbspersonen	Anzahl	4 294	4 126	4 274	3 252	3 626	3 963
* Wanderungssaldo	Anzahl	467	143	284	408	415	- 81
Ausländer	Anzahl	285	- 106	- 79	156	- 261	- 141
Erwerbspersonen	Anzahl	- 37	- 90	- 282	291	141	- 11
* innerhalb des Landes Umgezogene 5)	Anzahl	11 190	11 193	10 387	9 452	9 847	11 564
Arbeitsmarkt										
* Arbeitslose	Anzahl	72 334	100 365	91 219	87 415	86 581	130 071	122 249	114 985	110 931
* Männer	Anzahl	37 118	56 124	50 001	47 518	46 517	77 750	70 221	64 616	61 225
Ausgewählte Berufsgruppen										
Land- u. forstwirtschaftl. Berufe	Anzahl	1 886	.	.	.	1 276	2 707	.	.	1 786
Bauberufe	Anzahl	4 550	.	.	.	6 254	11 816	.	.	7 142
Industrielle u. handwerkli. Berufe	Anzahl	27 184	.	.	.	34 044	51 358	.	.	43 193
Arbeitslosenquote	%	5,4	7,1	6,7	6,4	6,2	9,3	8,7	8,2	7,9
Offene Stellen	Anzahl	10 740	5 945	7 123	6 587	6 604	4 493	4 527	4 669	4 712
Männer	Anzahl	6 714	3 546	4 265	3 777	3 792	2 769	.	.	.
Ausgewählte Berufsgruppen										
Land- u. forstwirtschaftl. Berufe	Anzahl	455	.	.	.	290	257	.	.	261
Bauberufe	Anzahl	613	.	.	.	382	480	.	.	502
Industrielle u. handwerkli. Berufe	Anzahl	3 713	.	.	.	2 170	1 277	.	.	1 383
Kurzarbeiter	Anzahl	18 520	27 349	25 677	22 050	22 980	46 321	38 491	31 956	25 201
Männer	Anzahl	13 176	20 846	19 371	16 257	17 051	36 327	30 175	24 328	19 688
Landwirtschaft										
Viehbestand										
* Rindvieh (einschl. Kälber)	1 000	655	638	.	.	653 831	.	.	.	651 046
* Milchkühe	1 000	228	228	.	.	222 602	.	.	.	228 900
* Schweine	1 000	646	658	665	.	.	.	688	.	.
Mastschweine	1 000	223	228	208	.	.	.	219	.	.
* Zuchtsauen	1 000	75	75	75	.	.	.	77	.	.
* Trächtige Zuchtsauen	1 000	48	48	47	.	.	.	48	.	.
Schlachtungen von Inlandtieren										
* Rinder	Anzahl	16 784	16 077	16 012	14 535	14 556	17 339	14 133	15 505	13 510
* Kälber	Anzahl	327	305	376	357	303	385	221	285	234
* Schweine	Anzahl	112 070	111 329	110 794	109 640	118 308	120 405	108 256	123 317	108 476
* Hausschlachtungen	Anzahl	11 622	11 176	10 758	8 714	6 406	13 854	10 738	9 580	5 767
Schlachtmengen 6)										
* Rinder	t	13 893	13 714	13 812	13 251	13 795	15 030	13 106	14 763	12 897
* Kälber	t	4 815	4 626	4 648	4 226	4 250	5 111	4 125	4 610	3 985
* Schweine	t	31	29	37	33	27	34	20	24	19
	t	8 954	8 965	9 030	8 914	9 441	9 765	8 888	10 050	8 754
Geflügel										
* Eingelegte Bruteier für Legehennenküken 7)	1 000	37	60	124	62	39	100	62	87	20
Milch										
* Milcherzeugung	1 000 t	78	78	82	91	87	85	87	95	89
* an Molkereien und Händler geliefert	%	94,8	95,2	95,3	95,9	95,9	94,9	95,6	96,2	96,1
* Milchleistung je Kuh und Tag	kg	11,0	11,3	12,0	12,8	12,7	12,1	12,8	13,5	13,0

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. - 5) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. - 6) Einschl. Schlachtfette, jedoch ohne Innereien. - 7) In Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1981	1982				1983			
		Monatsdurchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
Produzierendes Gewerbe										
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe 1)										
Betriebe	Anzahl	2 898	2 843	2 849	2 844	2 841	2 741	2 734	2 724	2 724
* Beschäftigte	1 000	391	378	380	379	378	363	361	360	360
* Arbeiter 2)	1 000	276	264	266	265	264	252	250	249	249
* Geleistete Arbeiterstunden	1 000	38 809	37,350	39 075	37 469	36 550	38 217	35 782	35 777	34 996
Löhne und Gehälter	Mill. DM	1 125	1 139	1 079	1 084	1 208	1 059	1 061	1 090	1 199
* Löhne	Mill. DM	682	678	647	643	713	623	623	644	699
* Gehälter	Mill. DM	443	461	432	441	495	436	438	446	500
* Kohleverbrauch	1 000 t SKE 3)	88	80	88	81	60	93	76	82	76
* Gasverbrauch	Mill. cbm	175	172	184	160	156	224	190	197	213
* Heizölverbrauch	1 000 t	138	120	135	113	111	105	90	87	75
* leichtes Heizöl	1 000 t	20	18	20	16	12	21	17	14	11
* schweres Heizöl	1 000 t	118	102	115	97	99	84	73	73	64
* Stromverbrauch	Mill. kWh	987	949	1 004	965	943	994	930	965	956
* Stromerzeugung	Mill. kWh	218	195	211	190	169	190	167	174	161
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	6 155	6 257	6 469	6 195	6 281	6 941	6 099	6 284	6 442
* Auslandsumsatz	Mill. DM	2 179	2 271	2 355	2 264	2 252	2 404	2 072	2 051	2 162
Produktionsindex (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)										
* Produzierendes Gewerbe insgesamt	1980 = 100	99	96	102	103	100	94	99	97 ^P	...
ohne Bauhauptgewerbe	1980 = 100	99	97	102	102	99	95	99	97 ^P	...
Verarbeitendes Gewerbe	1980 = 100	99	96	102	103	100	94	99	97	100 ^P
* Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	1980 = 100	96	92	99	95	98	96	99	98	99 ^P
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	1980 = 100	90	82	96	100	101	71	88	90	94 ^P
Chemische Industrie	1980 = 100	99	95	102	95	99	105	107	102	102 ^P
* Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	1980 = 100	104	106	113	124	113	95	104	101	106 ^P
Maschinenbau: Büromaschinen, ADV - Geräte und -einrichtungen	1980 = 100	98	103	97	124	112	82	86	88	99 ^P
* Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	1980 = 100	96	92	100	97	91	92	99	92	93 ^P
Herstellung von Schuhen	1980 = 100	98	98	100	98	77	105	90	90	76 ^P
* Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	1980 = 100	101	95	84	87	93	89	85	93	103 ^P
Bauhauptgewerbe	1980 = 100	96	92	106	110	109	83	101	101	...
Handwerk 4)										
* Beschäftigte (Ende des Vj.)	1976 = 100	103	101	.	.	99	96
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	VjD 1976=100	132	131	.	.	133	115
Öffentliche Energieversorgung										
* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	309	206	199	159	144	226	163
Strombezug 5)	Mill. kWh	2 212	2 233	2 181	2 119	2 127	2 434	2 057
Stromlieferungen 5)	Mill. kWh	900	815	769	771	807	781	662
* Stromverbrauch	Mill. kWh	1 603	1 623	1 611	1 508	1 465	1 880	1 559
* Gaserzeugung	Mill. cbm	0,1	0,1	0,1	0,1	0,0	0,1	0,1	0,1	...
Gasbezug	Mill. cbm	314	299	306	271	197	400	305	306	...
Gasverbrauch	Mill. cbm	295	280	289	260	190	373	286	291	...
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe										
* Beschäftigte	Anzahl	74 226	70 389	70 587	71 026	71 998	64 594 ^P	66 127 ^P	66 939 ^P	68 394 ^P
Facharbeiter	Anzahl	39 272	37 460	37 715	38 231	40 001	33 840 ^P	34 457 ^P	34 716 ^P	37 010 ^P
Fachwerker und Werker	Anzahl	17 093	15 316	14 986	15 113	14 698	13 723 ^P	14 678 ^P	15 457 ^P	14 727 ^P
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	8 749	8 233	9 115	9 032	9 380	7 993 ^P	8 079 ^P	8 453 ^P	9 435 ^P
Privater Bau	1 000	5 603	5 205	5 699	5 624	5 790	5 139 ^P	5 248 ^P	5 495 ^P	6 084 ^P
* Wohnungsbau	1 000	3 587	3 336	3 750	3 678	3 708	3 343 ^P	3 483 ^P	3 699 ^P	4 130 ^P
Landwirtschaftlicher Bau	1 000	70	63	47	67	96	63 ^P	38 ^P	46 ^P	96 ^P
* Gewerblicher und industrieller Bau	1 000	1 946	1 806	1 902	1 879	1 986	1 733 ^P	1 727 ^P	1 750 ^P	1 858 ^P
* Öffentlicher und Verkehrsbau	1 000	3 146	3 028	3 416	3 408	3 590	2 854 ^P	2 831 ^P	2 958 ^P	3 351 ^P
Hochbau	1 000	679	707	788	744	816	717 ^P	623 ^P	701 ^P	713 ^P
Tiefbau	1 000	2 467	2 321	2 628	2 664	2 774	2 137 ^P	2 208 ^P	2 257 ^P	2 638 ^P
Straßenbau	1 000	1 347	1 264	1 390	1 474	1 520	1 175 ^P	1 190 ^P	1 254 ^P	1 427 ^P
Löhne und Gehälter	Mill. DM	178	178	180	188	198	162 ^P	169 ^P	181 ^P	195 ^P
* Löhne	Mill. DM	152	150	154	161	170	136 ^P	143 ^P	155 ^P	167 ^P
* Gehälter	Mill. DM	26	28	26	27	28	26 ^P	26 ^P	26 ^P	28 ^P
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	519	504	459	522	565	407 ^P	456 ^P	490 ^P	646 ^P

1) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; ohne öffentliche Gas- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. - 2) Einschl. gewerblich Auszubildender. - 3) Eine Tonne Steinkohleeinheit (tSKE) = 1 t Steinkohle oder -briketts = 1,03 t Steinkohlenkoks = 1,46 t Braunkohlenbriketts = 3,85 t Rohbraunkohle. - 4) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe. - 5) Von bzw. an andere Bundesländer bzw. Ausland (einschl. Durchleitungen).

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1981	1982				1983			
		Monatsdurchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
Baugenehmigungen										
* Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	1 044	805	850	880	898	1 296	1 109	1 312	1 283
* mit 1 Wohnung	Anzahl	686	516	577	579	557	838	735	835	829
* mit 2 Wohnungen	Anzahl	292	219	219	233	260	350	289	360	337
* mit 3 und mehr Wohnungen	Anzahl	66	70	54	68	81	108	85	117	117
* Umbauter Raum	1 000 cbm	1 103	904	913	962	1 031	1 357	1 175	1 359	1 420
* Wohnfläche	1 000 qm	180	149	148	154	168	223	191	225	232
* Wohnräume	Anzahl	8 431	6 979	6 948	7 192	7 905	10 619	9 092	10 626	10 697
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	313	271	270	284	308	413	360	419	436
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	4	2	3	1	3	4	2	1	3
Unternehmen	Anzahl	148	98	88	81	66	186	85	137	106
Private Haushalte	Anzahl	892	704	759	798	829	1 106	1 022	1 174	1 174
* Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	176	162	134	127	169	240	253	247	247
* Umbauter Raum	1 000 cbm	764	641	365	636	588	839	865	1 007	816
* Nutzfläche	1 000 qm	129	110	67	123	104	148	158	171	143
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	143	134	71	135	112	171	170	176	175
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	29	27	25	26	23	29	29	30	41
Unternehmen	Anzahl	143	132	108	97	141	205	222	214	205
Private Haushalte	Anzahl	4	3	1	4	5	6	2	3	1
* Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 968	1 823	1 605	1 749	2 110	2 701	2 105	2 663	2 580
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr (Spezialhandel)										
* Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	2 177	2 240	2 519	2 199	2 106	2 405	2 075	2 066	...
Nach Warengruppen										
* Ernährungswirtschaft	Mill. DM	120	135	150	137	138	140	121	133	...
* Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	2 056	2 106	2 368	2 062	1 968	2 265	1 954	1 932	...
* Rohstoffe	Mill. DM	20	19	22	20	21	20	17	20	...
* Halbwaren	Mill. DM	134	142	148	109	141	148	127	123	...
* Fertigwaren	Mill. DM	1 902	1 945	2 198	1 933	1 807	2 096	1 809	1 789	...
* Vorerzeugnisse	Mill. DM	596	614	695	587	588	710	653	675	...
* Enderzeugnisse	Mill. DM	1 306	1 331	1 503	1 346	1 219	1 386	1 156	1 113	...
Nach ausgewählten Verbrauchsändern										
* EG-Länder	Mill. DM	904	940	1 001	904	952	1 155	918	974	...
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	153	156	173	150	152	175	164	157	...
Dänemark	Mill. DM	32	33	33	36	36	39	33	36	...
Frankreich	Mill. DM	264	284	300	270	293	342	266	289	...
Griechenland	Mill. DM	23	19	21	24	17	25	19	17	...
Großbritannien	Mill. DM	131	146	151	139	146	187	152	185	...
Irland	Mill. DM	7	7	8	7	7	8	6	7	...
Italien	Mill. DM	157	154	171	148	151	198	139	143	...
Niederlande	Mill. DM	137	140	143	129	151	181	140	139	...
Österreich	Mill. DM	90	91	86	87	83	97	83	92	...
Schweiz	Mill. DM	91	96	103	85	89	112	111	97	...
USA und Kanada	Mill. DM	103	106	110	105	85	125	130	133	...
Entwicklungsländer	Mill. DM	630	629	786	650	539	505	487	427	...
Staatshandelsländer	Mill. DM	91	93	102	80	91	110	91	80	...
Einfuhr (Generalhandel)										
Einfuhr insgesamt	Mill. DM	1 510	1 491	1 579	1 466	1 572	1 416	1 320	1 522	...
Nach Warengruppen										
* Ernährungswirtschaft	Mill. DM	188	186	207	172	192	182	190	167	...
* Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	1 322	1 305	1 372	1 294	1 380	1 234	1 130	1 355	...
Aus ausgewählten Ländern										
EG-Länder	Mill. DM	757	747	777	742	783	762	684	795	...
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	181	202	248	200	245	196	179	213	...
Dänemark	Mill. DM	12	14	12	11	11	16	15	11	...
Frankreich	Mill. DM	198	182	184	172	190	190	173	190	...
Griechenland	Mill. DM	7	7	13	7	8	6	9	10	...
Großbritannien	Mill. DM	43	38	40	33	40	71	40	43	...
Irland	Mill. DM	4	3	3	2	2	3	2	3	...
Italien	Mill. DM	131	127	134	148	118	144	123	141	...
Niederlande	Mill. DM	181	175	143	168	169	138	142	184	...
Österreich	Mill. DM	45	42	49	44	50	48	46	47	...
Schweiz	Mill. DM	26	27	25	29	25	34	33	36	...
USA und Kanada	Mill. DM	111	115	127	115	113	120	99	76	...
Entwicklungsländer	Mill. DM	368	345	427	352	361	287	242	354	...
Staatshandelsländer	Mill. DM	88	83	49	61	132	33	52	71	...

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1981	1982				1983			
		Monatsdurchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
Einzelhandel										
Beschäftigte	1980 = 100	99	94	95	95	93	94	93	93	...
* Umsatz zu jeweiligen Preisen	1980 = 100	110	101	102	96	96	112	97	102	...
Nahrungs- und Genußmittel	1980 = 100	116	104	108	105	106	118	98	108	...
Textilien, Bekleidung, Schuhe	1980 = 100	94	100	102	96	89	105	98	103	...
Einrichtungsgegenstände	1980 = 100	103	99	98	91	89	108	89	92	...
Elektrotechnische Erzeugnisse	1980 = 100	98	100	84	78	90	104	79	83	...
Papierwaren und Druckerzeugnisse	1980 = 100	108	98	84	74	78	95	80	75	...
Pharmazeutische und kosmetische Erzeugnisse	1980 = 100	106	107	109	103	104	120	115	105	...
Tankstellen (Abs., eig., Namen)	1980 = 100	131	125	116	110	121	125	110	118	...
Fahrzeuge, Fahrzeugteile	1980 = 100	105	98	113	98	105	137	120	115	...
Sonstige Waren	1980 = 100	103	99	97	90	89	105	91	98	...
Umsatz zu Preisen von 1980	1980 = 100	104	91	93	87	86	100	86	90	...
Nahrungs- und Genußmittel	1980 = 100	111	93	99	93	92	91	86	94	...
Textilien, Bekleidung, Schuhe	1980 = 100	89	91	94	88	81	93	87	91	...
Einrichtungsgegenstände	1980 = 100	96	88	88	81	80	95	78	80	...
Elektrotechnische Erzeugnisse	1980 = 100	96	95	80	74	85	98	74	78	...
Papierwaren und Druckerzeugnisse	1980 = 100	103	88	77	67	70	83	70	65	...
Pharmazeutische und kosmetische Erzeugnisse	1980 = 100	101	99	102	96	97	106	102	93	...
Tankstellen (Abs., eig., Namen)	1980 = 100	113	108	107	100	106	114	102	106	...
Fahrzeuge, Fahrzeugteile	1980 = 100	102	90	103	89	96	124	108	102	...
Sonstige Waren	1980 = 100	109	89	88	81	80	94	82	88	...
Gastgewerbe										
Beschäftigte	1980 = 100	92	92	87	96	96	86	101	104	...
Teilbeschäftigte	1980 = 100	89	88	91	91	90	90	101	104	...
* Umsatz	1980 = 100	99	103	101	121	116	98	104	122	...
Beherbergungsgewerbe	1980 = 100	102	112	104	136	138	92	105	142	...
Gaststättengewerbe	1980 = 100	97	97	98	112	103	88	93	99	...
Fremdenverkehr										
in allen Berichtsgemeinden										
* Fremdenmeldungen	1 000	417	417	398	551	511	259	383	555	...
* Ausländer	1 000	73	71	57	89	96	35	60	86	...
* Fremdenübernachtungen	1 000	1 548	1 527	1 426	1 894	1 926	879	1 295	1 822	...
* Ausländer	1 000	222	211	156	235	273	92	171	233	...
Verkehr										
Binnenschifffahrt										
* Güterempfang	1 000 t	1 505	1 468	1 574	1 484	1 554	1 543	1 367	1 344	1 737
* Güterversand	1 000 t	1 376	1 286	1 429	1 307	1 508	1 346	1 071	1 251	1 486
Straßenverkehr										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	13 417	12 750	17 808	14 845	14 101	22 898	17 826	17 236	18 382
Krafträder	Anzahl	1 342	1 489	3 064	2 197	1 980	3 233	2 508	2 074	1 882
* Personen- und Kombinationskraftwagen	Anzahl	11 125	10 443	13 780	11 763	11 254	18 159	14 123	14 051	15 308
* Lastkraftwagen	Anzahl	545	440	531	492	499	683	662	600	673
Zugmaschinen	Anzahl	307	285	309	244	288	639	446	332	403
Straßenverkehrsunfälle										
	Anzahl	9 259	9 125	8 483	9 430	9 360	8 767	9 043	10 867	9 519
* Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 819	1 794	1 714	2 156	2 095	1 670	1 894	2 170	2 441
Unfälle mit nur Sachschaden	Anzahl	7 440	7 331	6 769	7 274	7 265	7 097	7 149	8 697	7 078
Verunglückte Personen	Anzahl	2 478	2 440	2 337	2 938	2 829	2 267	2 594	2 917	3 365
* Getötete	Anzahl	62	60	63	64	52	41	65	61	77
Pkw - Insassen	Anzahl	32	29	32	19	27	24	32	36	38
motorisierte Zweiräder	Anzahl	12	13	12	22	15	7	11	11	25
Fußgänger	Anzahl	11	11	11	16	5	6	15	7	6
* Verletzte	Anzahl	2 416	2 379	2 274	2 874	2 777	2 226	2 529	2 856	3 288
Pkw - Insassen	Anzahl	1 357	1 280	1 209	1 351	1 335	1 424	1 352	1 560	...
motorisierte Zweiräder	Anzahl	546	579	594	877	841	381	678	746	...
Fußgänger	Anzahl	236	235	226	258	216	216	221	226	...
Schwerverletzte	Anzahl	761	752	733	894	894	693	806	887	1 057
Pkw - Insassen	Anzahl	385	371	346	385	390	417	390	429	...
motorisierte Zweiräder	Anzahl	194	198	222	294	295	125	251	253	...
Fußgänger	Anzahl	104	101	96	100	94	93	82	100	...

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1981	1982				1983			
		Monatsdurchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
Geld und Kredit										
Kredite und Einlagen ¹⁾ (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
* Kredite an Nichtbanken insgesamt	Mill. DM	63 997	68 814	64 608	64 783	65 554	69 126	69 205	69 313	70 328
* darunter: Kredite an inländische Nichtbanken	Mill. DM	62 594	67 259	63 173	63 348	64 108	67 517	67 583	67 704	68 716
an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	51 189	54 993	51 586	51 836	52 536	54 867	54 993	55 138	56 138
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	11 405	12 266	11 586	11 512	11 572	12 650	12 590	12 566	12 578
* Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	14 184	15 238	14 146	14 154	14 847	14 865	14 750	14 437	15 117
* an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	13 334	14 155	13 387	13 394	13 931	13 647	13 632	13 425	13 966
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	850	1 083	759	760	916	1 218	1 118	1 012	1 151
* Mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	8 123	9 143	8 248	8 306	8 357	9 058	9 118	9 208	9 250
* an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	6 481	7 261	6 598	6 684	6 743	7 162	7 170	7 197	7 288
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	1 642	1 882	1 650	1 622	1 614	1 896	1 948	2 010	1 962
* Langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	40 286	42 878	40 779	40 888	40 904	43 594	43 716	44 059	44 349
* an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	31 374	33 577	31 602	31 758	31 862	34 059	34 192	34 516	34 884
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	8 912	9 301	9 177	9 130	9 042	9 535	9 524	9 543	9 465
* Einlagen von Nichtbanken	Mill. DM	52 450	56 251	52 972	53 667	53 450	56 005	56 332	57 065	56 992
* Sichteinlagen	Mill. DM	7 200	7 840	6 986	7 198	7 292	7 330	7 690	8 101	8 088
von Unternehmen u. Privatpers.	Mill. DM	6 755	7 350	6 313	6 587	6 725	6 941	7 165	7 400	7 550
von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	445	491	673	611	567	389	525	701	538
* Termingelder	Mill. DM	18 840	19 487	19 381	19 777	19 372	19 473	19 381	19 709	19 646
von Unternehmen u. Privatpers.	Mill. DM	17 382	17 974	18 006	17 932	17 864	17 928	17 950	17 934	17 896
von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	1 458	1 513	1 375	1 845	1 508	1 545	1 431	1 775	1 750
* Spareinlagen	Mill. DM	26 410	28 923	26 606	26 692	26 786	29 202	29 261	29 255	29 258
* bei Sparkassen	Mill. DM	15 269	17 023	15 606	15 674	15 738	17 183	17 178	17 142	17 132
* Gutschriften auf Sparkonten ²⁾	Mill. DM	1 450	1 652	1 500	1 215	1 366	1 690	1 472	1 442	1 363
* Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	1 476	1 446	1 488	1 130	1 272	1 695	1 413	1 456	1 374
Zahlungsschwierigkeiten										
* Konkurse ³⁾	Anzahl	51	66	78	66	53	79	66	49	93
Angemeldete Forderungen	1 000 DM	25 505	35 080	25 241	26 832	18 946	29 932	19 508	16 842	36 395
* Vergleichsverfahren	Anzahl	-	1	-	-	1	5	-	1	1
* Wechselproteste (ohne Post)	Anzahl	1 043	1 140	1 290	1 054	1 158	1 237	1 073	1 087	1 141
* Wechselsumme	1 000 DM	8 170	8 109	8 191	6 503	7 862	8 798	7 221	10 434	11 310
Steuern										
Steueraufkommen nach Steuerarten										
* Gemeinschaftssteuern	1 000 DM	1 104 967	1 158 755	728 495	1 108 178	1 274 946	1 237 869	750 105	1 166 191	1 294 437
* Steuern vom Einkommen	1 000 DM	759 347	793 980	385 554	720 046	968 801	925 626	394 233	807 691	972 649
Lohnsteuer ⁴⁾	1 000 DM	524 985	559 453	373 580	678 968	400 217	371 289	389 098	689 660	426 003
Einnahmen aus der Lohnsteuer-zerlegung	1 000 DM	102 977	107 812	-	293 044	-	-	-	295 664	-
* Veranlagte Einkommensteuer	1 000 DM	135 811	128 325	- 24 998	- 16 278	377 999	361 013	- 37 565	- 33 995	341 744
* Nichtveranlagte Steuern v. Ertrag	1 000 DM	17 011	16 977	10 384	11 218	8 005	8 432	9 434	8 957	6 884
* Körperschaftsteuer ⁴⁾	1 000 DM	81 540	89 224	26 588	46 138	182 580	184 892	33 266	143 069	198 018
Einnahmen aus der Körperschaft-steuerzerlegung	1 000 DM	12 011	15 971	-	30 477	-	-	-	107 708	-
* Steuern vom Umsatz	1 000 DM	345 619	364 776	342 941	388 132	306 145	312 243	355 872	358 500	321 788
Umsatzsteuer	1 000 DM	213 926	225 997	201 920	254 676	159 544	163 528	197 397	237 306	188 535
Einfuhrumsatzsteuer	1 000 DM	131 693	138 779	141 021	133 456	146 601	148 715	158 475	121 194	133 253
* Bundessteuern	1 000 DM	161 613	163 561	160 514	156 523	187 193	172 216	140 742	141 160	151 985
Zölle	1 000 DM	10 338	10 287	9 671	8 986	10 310	13 064	11 795	9 138	9 229
* Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	1 000 DM	149 008	150 596	148 182	145 352	173 315	156 215	126 637	127 139	140 315
* Landessteuern	1 000 DM	70 238	72 488	57 808	92 608	72 130	74 714	61 102	108 372	69 124
Vermögensteuer	1 000 DM	16 540	16 819	2 653	40 353	3 783	4 530	1 235	52 850	6 921
Kraftfahrzeugsteuer	1 000 DM	33 972	35 164	38 200	33 779	47 695	39 172	40 840	37 329	42 958
Biersteuer	1 000 DM	6 537	6 473	6 211	5 713	7 057	4 777	5 910	5 270	6 656
* Gemeindesteuern ⁵⁾	1 000 DM	456 688	445 407	.	.	477 648	432 062	.	.	.
Grundsteuer A	1 000 DM	7 858	7 922	.	.	10 378	6 356	.	.	.
Grundsteuer B	1 000 DM	73 216	75 620	.	.	84 730	70 755	.	.	.
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	1 000 DM	336 120	324 346	.	.	338 528	317 410	.	.	.
* Lohnsummensteuer ⁶⁾	1 000 DM	208	57	.	.	25	18	.	.	.
* Grunderwerbsteuer	1 000 DM	28 627	26 196	.	.	26 469	26 703	.	.	.

1) Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute ohne Landeszentralbank, die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31.12.1972 weniger als 10 Mill. DM betrug, sowie die Postscheck- und Postsparkassenämter; ohne durchlaufende Kredite. - 2) Einschl. Zinsgutschriften. - 3) Eröffnete und mangels Masse abgelehnte Konkurse. - 4) Nach Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung. - 5) Vierteljahresdurchschnitte bzw. Vierteljahreszahlen. - 6) Ab 1980 nur noch Reste aus der bis 1979 erhobenen Lohnsummensteuer.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1981	1982				1983			
		Monatsdurchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften										
* Steuereinnahmen des Bundes	1 000 DM	737 589	771 187	538 893	692 996	885 326	809 094	524 829	735 369	794 745
* Anteil an den Steuern v. Einkommen	1 000 DM	329 329	344 820	163 198	309 586	427 263	406 653	169 080	354 671	428 743
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	233 299	250 197	180 068	226 385	270 870	230 174	189 113	238 412	214 017
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	13 347	12 610	35 113	502	—	51	25 894	1 126	—
* Steuereinnahmen des Landes	1 000 DM	561 110	587 850	413 499	587 820	635 857	592 723	406 824	642 802	638 685
* Anteil an den Steuern v. Einkommen	1 000 DM	327 808	343 248	165 011	308 378	424 906	406 500	169 080	352 437	426 760
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	149 716	159 505	155 567	186 332	138 821	111 458	150 748	180 867	142 801
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	13 347	12 610	35 113	502	—	51	25 894	1 126	—
* Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	1 000 DM	674 522	678 044	.	.	665 879	670 752	.	.	.
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto) 1)	1 000 DM	256 714	247 575	.	.	258 452	263 370	.	.	.
* Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	1 000 DM	297 241	309 408	.	.	268 310	292 729	.	.	.
Preise										
* Preisindex der Lebenshaltung aller privaten Haushalte im Bundesgebiet	1976 = 100	123,9	130,5	129,0	129,8	131,1	132,9	133,2	133,7	134,2
* Nahrungs- und Genußmittel	1976 = 100	118,2	125,5	124,5	125,6	128,6	128,1	128,7	128,9	129,0
* Preisindex für Wohngebäude im Bundesgebiet, Bauleistungen am Bauwerk 2)	1980 = 100	105,9	108,9	.	109,1	.	.	.	110,7	.
Löhne und Gehälter										
Arbeiter										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttowochenverdienste	DM	575	600	595	.	.	.	616	.	.
* Männliche Arbeiter	DM	611	639	632	.	.	.	658	.	.
* Facharbeiter	DM	648	675	669	.	.	.	699	.	.
Angelernte Arbeiter	DM	579	602	595	.	.	.	621	.	.
Hilfsarbeiter	DM	497	512	512	.	.	.	536	.	.
* Weibliche Arbeiter	DM	412	430	429	.	.	.	432	.	.
* Hilfsarbeiter	DM	397	415	414	.	.	.	413	.	.
Bruttostundenverdienste	DM	13,86	14,64	14,52	.	.	.	15,09	.	.
* Männliche Arbeiter	DM	14,59	15,39	15,28	.	.	.	15,93	.	.
* Facharbeiter	DM	15,39	16,21	16,07	.	.	.	16,86	.	.
Angelernte Arbeiter	DM	13,88	14,59	14,47	.	.	.	15,05	.	.
Hilfsarbeiter	DM	12,05	12,57	12,58	.	.	.	13,23	.	.
* Weibliche Arbeiter	DM	10,46	11,01	10,97	.	.	.	11,12	.	.
* Hilfsarbeiter	DM	10,06	10,59	10,59	.	.	.	10,68	.	.
Bezahlte Wochenarbeitszeit	Std.	41,3	41,0	41,0	.	.	.	40,9	.	.
Männliche Arbeiter	Std.	41,8	41,4	41,4	.	.	.	41,3	.	.
Weibliche Arbeiter	Std.	39,4	39,1	39,1	.	.	.	38,8	.	.
Angestellte										
Bruttomonatsverdienste	DM	2 983	3 154	3 128	.	.	.	3 200	.	.
in Industrie und Handel zusammen	DM	2 657	2 810	2 784	.	.	.	2 852	.	.
Kaufmännische Angestellte	DM	3 232	3 410	3 381	.	.	.	3 520	.	.
männlich	DM	2 112	2 238	2 215	.	.	.	2 236	.	.
weiblich	DM	3 709	3 898	3 868	.	.	.	3 968	.	.
Technische Angestellte	DM	3 795	3 990	3 961	.	.	.	4 048	.	.
männlich	DM	2 579	2 712	2 672	.	.	.	2 826	.	.
weiblich	DM	3 454	3 631	3 607	.	.	.	3 699	.	.
in Industrie, Hoch- und Tiefbau	DM	3 119	3 291	3 271	.	.	.	3 364	.	.
* Kaufmännische Angestellte	DM	3 690	3 883	3 866	.	.	.	4 003	.	.
männlich	DM	2 438	2 572	2 551	.	.	.	2 598	.	.
weiblich	DM	3 767	3 943	3 913	.	.	.	4 020	.	.
* Technische Angestellte	DM	3 846	4 026	3 998	.	.	.	4 107	.	.
männlich	DM	2 670	2 794	2 752	.	.	.	2 830	.	.
weiblich	DM			
im Handel, bei Kreditinstituten und Versicherungen	DM	2 373	2 509	2 480	.	.	.	2 498	.	.
* Kaufmännische Angestellte	DM	2 357	2 488	2 458	.	.	.	2 489	.	.
männlich	DM	2 871	3 021	2 984	.	.	.	3 088	.	.
weiblich	DM	1 935	2 053	2 030	.	.	.	2 031	.	.

1) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage. - 2) Ohne Baunebenleistungen.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1981	1982				1983			
		Monatsdurchschnitt	März	April	Mai	Februar	März	April	Mai	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
Bevölkerung am Monatsende	1 000	61 682	61 638	61 674	61 661	61 650
Eheschließungen 1)	Anzahl	29 972	30 131 ^P	25 550 ^P	29 210 ^P	45 895 ^P	16 917 ^P	27 195 ^P	24 149 ^P	...
Lebendgeborene 2)	Anzahl	52 046	51 764 ^P	53 622 ^P	50 273 ^P	49 231 ^P	47 038 ^P	50 390 ^P	47 536 ^P	...
Gestorbene 3) (ohne Totgeborene)	Anzahl	60 183	59 655 ^P	66 868 ^P	60 149 ^P	57 880 ^P	62 851 ^P	66 727 ^P	57 426 ^P	...
Überschuß der Geborenen bzw. der Gestorbenen (-)	Anzahl	- 8 137	- 7 891 ^P	- 13 246 ^P	- 9 876 ^P	- 8 649 ^P	- 15 813 ^P	- 16 337 ^P	- 9 890 ^P	...
Arbeitslose	1 000	1 272	1 833	1 811	1 710	1 646	2 536	2 386	2 254	2 149
Männer	1 000	652	1 021	1 040	945	898	1 539	1 408	1 279	1 200
Offene Stellen	1 000	208	105	134	128	120	69	82	82	86
Männer	1 000	127
Kurzarbeiter	1 000	347	606	551	491	455	1 148	1 023	764	639
Männer	1 000	239	460	426	367	.	926	824	609	.
Landwirtschaft										
Schweinebestand	1 000	22 310	22 478	.	22 814	.	.	.	23 720 ^P	.
Schlachtmenge 4)	1 000 t	366	360	390	355	349	323	378
Produzierendes Gewerbe 5)										
Index der Nettoproduktion für das Produzierende Gewerbe (von Kalender- unregelmäßigkeiten bereinigt)										
Produzierendes Gewerbe insgesamt	1980 = 100	98	95	99	103	103	91	95	101	99 ^P
ohne Baugewerbe	1980 = 100	99	96	101	104	103	95	98	102	99 ^P
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe	1980 = 100	99	96	101	104	104	94	97	102	99 ^P
Grundstoff- und Produktionsgüter- gewerbe	1980 = 100	97	91	98	101	100	90	94	99	98 ^P
Investitionsgüter Produzierendes Gewerbe	1980 = 100	100	99	105	108	109	97	99	105	102 ^P
Verbrauchsgüter Produzierendes Gewerbe	1980 = 100	95	91	96	99	96	92	95	99	94 ^P
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	1980 = 100	102	99	99	105	106	93	96	101	99 ^P
Baugewerbe	1980 = 100	92	84	78	95	103	52	76	94	98 ^P
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe										
Beschäftigte	1 000	7 489	7 226	7 294	7 263	7 239	6 960	6 955	6 918	6 905
Geleistete Arbeiterstunden	Mill.	726	689	777	724	683	641	723	662	660
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	104 661	107 031	118 745	109 507	103 770	99 612	117 924	104 610	107 246
Auslandsumsatz	Mill. DM	27 262	29 000	33 197	30 070	28 526	27 364	31 906	27 444	29 078
Öffentliche Energieversorgung										
Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	25 145	25 304	28 533	24 882	23 021	27 579	28 700	24 180	...
Gaserzeugung 6)	Mill. cbm	3 380	3 046	2 959	2 898	3 017	3 226	3 375	2 795	...
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe										
Beschäftigte	1 000	1 226	1 152	1 137	1 163	1 171	1 012	1 050 ^P	1 097 ^P	1 115 ^P
Geleistete Arbeitsstunden	Mill.	134	127	136	143	139	63	121 ^P	126 ^P	136 ^P
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	9 244	8 722	7 187	7 755	8 288	4 994	6 590 ^P	7 376 ^P	...
Baugenehmigungen										
Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)										
Anzahl	13 607	10 963	12 053	12 148	12 157	9 881	14 661	15 801	16 594	
mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl	12 324	9 547	10 648	10 781	10 774	8 535	13 034	13 934	14 762
Wohnfläche	1 000 qm	2 588	2 268	2 452	2 441	2 414	2 060	2 797	3 157	3 229
Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)										
Anzahl	2 844	2 650	2 554	2 747	2 693	2 924	4 185	4 022	4 134	
Wohnungen insgesamt (alle Bau- maßnahmen)	Anzahl	29 669	27 135	29 064	29 121	28 900	26 330	32 371	38 064	39 090
Handel										
Ausfuhr (Spezialhandel)										
EG-Länder	Mill. DM	33 083	35 648	41 745	36 502	35 582	33 158	40 090	33 807	35 497
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	15 507	17 161	20 355	17 724	16 996	16 526	20 177	16 468	16 893
Dänemark	Mill. DM	2 410	2 591	3 189	2 768	2 528	2 510	3 030	2 609	2 612
Frankreich	Mill. DM	627	704	832	733	687	697	776	690	680
Griechenland	Mill. DM	4 327	5 011	5 822	5 200	5 068	4 548	5 848	4 238	4 377
Großbritannien	Mill. DM	388	391	480	403	426	323	413	371	359
Irland	Mill. DM	2 181	2 610	3 019	2 534	2 600	2 853	3 216	2 749	2 963
Italien	Mill. DM	140	142	192	154	149	150	171	149	160
Niederlande	Mill. DM	2 609	2 698	3 255	2 822	2 777	2 561	3 153	2 613	2 738
Österreich	Mill. DM	2 824	3 014	3 566	3 110	2 761	2 884	3 570	3 049	3 003
Schweiz	Mill. DM	1 668	1 719	1 994	1 801	1 707	1 621	1 991	1 781	1 780
USA und Kanada	Mill. DM	1 727	1 808	2 096	1 882	1 716	1 849	2 026	1 758	1 744
Entwicklungsländer	Mill. DM	2 393	2 555	2 865	2 594	2 717	2 261	2 770	2 594	2 789
Staatshandelsländer	Mill. DM	5 883	6 055	7 156	6 122	5 989	5 478	5 929	5 319	5 925
	Mill. DM	1 629	1 709	1 997	1 632	1 727	1 454	2 229	1 734	1 877

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Einschl. Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien und Geflügel; ohne Schweinehausschlachtungen. - 5) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; öffentliche Gas- und Elektrizitätswerke. - 6) Umgerechnet auf einen Heizwert von 8 400 kcal / Nm³.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1981	1982				1983			
		Monatsdurchschnitt		März	April	Mai	Februar	März	April	Mai
Einfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	30 760	31 382	35 349	33 063	30 585	29 425	34 635	31 132	31 869
EG-Länder	Mill. DM	14 545	15 107	17 576	16 168	14 972	14 442	18 032	15 447	16 171
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	2 056	2 123	2 408	2 308	2 073	2 003	2 579	2 428	2 405
Dänemark	Mill. DM	494	546	594	528	485	584	644	613	552
Frankreich	Mill. DM	3 344	3 573	4 520	4 118	3 446	3 106	4 482	3 388	3 886
Griechenland	Mill. DM	246	229	268	195	247	209	241	208	186
Großbritannien	Mill. DM	2 287	2 259	2 404	2 427	2 360	2 149	2 641	2 210	2 262
Irland	Mill. DM	144	153	166	163	142	154	222	185	168
Italien	Mill. DM	2 297	2 393	2 820	2 459	2 433	2 366	2 791	2 367	2 663
Niederlande	Mill. DM	3 678	3 831	4 397	3 971	3 785	3 871	4 433	4 048	4 049
Österreich	Mill. DM	859	926	1 060	947	956	884	1 107	1 033	1 006
Schweiz	Mill. DM	1 051	1 077	1 310	1 118	1 060	968	1 188	1 073	1 120
USA und Kanada	Mill. DM	2 640	2 631	3 110	2 955	2 583	2 376	2 683	2 640	2 396
Entwicklungsländer	Mill. DM	5 977	5 707	5 417	5 351	5 286	4 953	4 925	4 779	5 003
Staatshandelsländer	Mill. DM	1 608	1 779	2 098	1 909	1 612	1 670	1 686	1 636	1 738
Einzelhandel										
Umsatz	1980 = 100	207,7 ^P	208,6 ^P	218,9 ^P	211,0 ^P	199,2 ^P	183,2 ^P	118,4 ^P	105,1 ^P	105,2 ^P
Gastgewerbe										
Umsatz	1980 = 100	162,9 ^P	98,2 ^P
Geld und Kredit										
(Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
Kredite an inländische Nichtbanken ¹⁾	Mrd. DM	1 555	1 658	1 563	1 569	1 569	1 652	1 662	1 663	1 676 ^P
Unternehmen und Privatpersonen	Mrd. DM	1 176	1 242	1 175	1 180	1 180	1 231	1 237	1 241	1 248 ^P
Öffentliche Haushalte	Mrd. DM	379	416	388	389	389	421	425	422	428 ^P
Einlagen von Nichtbanken ²⁾	Mrd. DM	4 059	1 124	1 044	1 063	1 063	1 116	1 109	1 114	1 124 ^P
Spareinlagen	Mrd. DM	483	518	482	483	483	522	523	526	526 ^P
Steuern										
Gemeinschaftssteuern	Mill. DM	23 193	23 674	27 170	18 127	17 659	19 762	27 649	18 378	17 801
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	14 523	15 014	10 207	8 866	8 892	9 486	20 739	9 223	9 095
Lohnsteuer	Mill. DM	9 713	10 284	8 077	8 705	8 831	9 269	8 355	8 999	9 173
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	2 744	2 550	7 480	- 525	- 446	93	7 231	- 555	- 739
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	8 149	8 143	6 945	8 184	8 384	10 183	6 903	8 343	8 408
Umsatzsteuer	Mill. DM	4 525	4 478	3 161	4 045	4 687	6 542	3 258	4 335	4 832
Bundessteuern	Mill. DM	4 006	4 131	4 259	3 841	4 104	4 366	4 309	4 071	4 059
Zölle	Mill. DM	412	394	439	433	409	373	400	413	370
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	3 367	3 489	3 540	3 173	3 485	3 428	3 578	3 374	3 432
Preise										
Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel ³⁾	1976 = 100	121,9	127,0	125,9	126,6	127,0	127,8	127,2	127,4	127,5 ^P
Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte ³⁾	1976 = 100	104,6	107,3	109,4	108,8	109,0	106,9	106,6	105,0 ^P	104,6 ^P
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte ³⁾	1980 = 100	107,8	114,1	112,8	113,4	113,7	115,0	114,7	115,1	115,2
Preisindex für Wohngebäude										
Bauleistungen insgesamt	1980 = 100	105,7	109,2	.	.	109,4	109,5	.	.	110,9
Bauleistungen am Bauwerk ⁴⁾	1980 = 100	105,9	108,9	.	.	109,1	109,3	.	.	110,7
Preisindex für den Straßenbau	1980 = 100	102,6	100,3	.	.	100,7	98,8	.	.	99,1
Preisindex der Lebenshaltung aller privaten Haushalte	1976 = 100	123,9	130,5	128,4	129,0	129,8	133,0	132,9	133,2	133,7
Nahrungs- und Genußmittel	1976 = 100	118,2	125,5	123,2	124,5	125,6	128,0	128,1	128,7	128,9
Kleidung und Schuhe	1976 = 100	126,8	132,5	131,4	131,7	132,2	135,2	135,5	135,7	136,2
Wohnungsmiete	1976 = 100	120,4	126,4	124,7	125,0	125,6	131,0	131,7	132,2	132,7
Elektrizität, Gas und Brennstoffe	1976 = 100	157,8	171,0	164,5	166,1	169,1	166,6	162,3	164,0	164,5
Übriges für die Haushaltsführung	1976 = 100	123,7	129,3	129,2	129,2	129,6	132,4	132,7	132,5	132,5
Waren und Dienstleistungen für Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1976 = 100	125,2	130,9	127,2	127,9	128,8	133,1	131,8	131,5	133,7
Körper- und Gesundheitspflege	1976 = 100	126,0	131,7	130,6	130,9	131,2	135,4	136,0	136,2	136,5
Bildung und Unterhaltung	1976 = 100	113,0	118,2	117,2	117,7	117,8	120,3	120,5	120,8	121,1
Persönliche Ausstattung, Sonstiges	1976 = 100	131,3	137,5	135,6	135,6	136,2	140,9	141,1	141,2	141,2

1) Kredite der Deutschen Bundesbank und der Kreditinstitute. - 2) Einlagen bei der Deutschen Bundesbank und den Kreditinstituten. - 3) Nettopreisindizes (ohne Umsatzsteuer). - 4) Ohne Baunebenleistungen.

10% mehr Teilzeitbeschäftigte im Großhandel

Von 1981 auf 1982 ging der Umsatz des rheinland-pfälzischen Großhandels um 1,2% zurück. Die Beschäftigtenzahl nahm um 1,9% ab. Während 3,6% weniger Vollzeitkräfte eingesetzt wurden, stieg die Zahl der Teilzeitbeschäftigten um fast 10%.

Im Vergleich zu 1981 erhöhte sich der Umsatz des Großhandels mit textilen Rohstoffen und Halbwaren um mehr als 12%. Auch der Vertrieb von technischen Chemikalien (+ 4,2%), Fahrzeugen und Maschinen sowie der Handel mit festen Brennstoffen und Mineralölerzeugnissen (jeweils + 2,7%) meldeten steigende Erlöse. Beim Großhandel mit Papierwaren und Druckerzeugnissen sowie Textilien, Bekleidung und Schuhen hielten sich die Einnahmen auf dem Niveau des Vorjahres. pe

Im Mai 6% mehr Umsatz im Einzelhandel

Im Mai 1983 setzten die rheinland-pfälzischen Einzelhändler 6% mehr um als im Mai 1982. Den stärksten Umsatzzuwachs (+ 17%) verzeichnete der Einzelhandel mit Fahrzeugen und Fahrzeugteilen. Überdurchschnittlich entwickelten sich auch die Umsätze der Textil- und Lederbranche sowie des Einzelhandels mit Kraft- und Schmierstoffen (je + 7%). Die elektrotechnischen Erzeugnisse hielten mit + 6% den Landesdurchschnitt. Für Papierwaren und Druckerzeugnisse wurde eine Umsatzzunahme von 1% mittelt. In den ersten fünf Monaten des Jahres stieg der Einzelhandelsumsatz in Rheinland-Pfalz um 2%. san

Hochwasser beeinträchtigt Güterumschlag in Ludwigshafen

In Ludwigshafen, das mit einem 25prozentigen Anteil am Güterumschlag der wichtigste rheinland-pfälzische Binnenhafen ist, wurden in den ersten sechs Monaten dieses Jahres 3,8 Mill. t Güter gelöscht und geladen. Das sind 6,2% weniger als im ersten Halbjahr 1982. Der Rückgang ist hauptsächlich eine Folge des Hochwassers im April und Mai. In diesen beiden Monaten wurden um 21% weniger Güter verladen oder gelöscht als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. gz

Fahrzeugstillegungen seit 1970 verdoppelt

Im Jahre 1982 haben in Rheinland-Pfalz 139 258 Kraftfahrzeughalter ihr Fahrzeug abgemeldet und im Zentralregister des Kraftfahrt-Bundesamtes löschen lassen. Das sind 4 069 oder 3% mehr als im Vorjahr. Abgemeldet wurden 110 556 Personenkraftwagen, 9 783 Kombis, 7 426 Krafträder, 7 123 Lastkraftwagen und 3 394 Zugmaschinen.

Seit 1970 hat sich die Zahl der Fahrzeugstillegungen verdoppelt. gz

kurz + aktuell

Bereits fast 100 000 neue Autos zugelassen

Von Januar bis Juni 1983 wurden in Rheinland-Pfalz 99 101 fabrikneue Kraftfahrzeuge zum Verkehr zugelassen. Das sind 8 746 oder 9,7% mehr als im ersten Halbjahr 1982. Damit ist eine Wende in der seit 1979 rückläufigen Entwicklung der Neuzulassungen zu verzeichnen.

Personenwagen erreichten mit 74 135 Neuzulassungen (+ 11%) das beste Ergebnis nach 1979. Besonders hohe Zuwachsraten erzielten Lastkraftwagen (+ 23%) und Zugmaschinen (+ 34%). Der bisherige Motorradboom hat etwas nachgelassen (– 7,1%).

Die meisten Personenwagen hatten 1,5 bis 2 Liter Hubraum (+ 18%). Die Zahl der verkauften Neuwagen unter 1,5 Liter nahm um 6,4% und die ab 2 Liter Hubraum um 4,9% zu. gz

Gebrauchtwagengeschäft besser als je zuvor

Von Januar bis Juni 1983 wechselten in Rheinland-Pfalz 194 500 gebrauchte Kraftfahrzeuge den Besitzer. Das sind 15 400 oder 8,6% mehr als im ersten Halbjahr 1982. Damit erreichte das Gebrauchtwagengeschäft das bisher höchste Halbjahresergebnis.

Besonderes Kaufinteresse fanden Personenkraftwagen (159 150 Fahrzeuge, + 8,4%). Den stärksten Zuwachs verzeichneten die Mittelklassewagen mit 1,5 bis 2 Litern Hubraum (61 191 Besitzumschreibungen, + 12%). Auch Motorräder, Kombis und Sonderkraftfahrzeuge hatten Zuwachsraten von mehr als 10%, Lastwagen und Zugmaschinen von 1,4 bzw. 3,4%. gz

Mehr Tote im Straßenverkehr

Im Landkreis Mayen-Koblenz starben 29 Personen bei Verkehrsunfällen

Auf den rheinland-pfälzischen Straßen ereigneten sich im ersten Halbjahr 1983 insgesamt 309 Verkehrsunfälle mit tödlichem Ausgang. Dabei kamen 337 Menschen ums Leben, 39 mehr als in den ersten sechs Monaten 1982.

Die Zahl der getöteten Insassen von Personenwagen erhöhte sich um 36 auf 178. Außerdem starben 18 Fahrer und Mitfahrer von Mopeds und Mofas und 23 Radfahrer bei Verkehrsunfällen. Auf Motorrädern verunglückten 43 Personen tödlich, zwei weniger als im Vorjahreszeitraum. Insgesamt 66 Fußgänger kamen ums Leben, darunter 14 Kinder unter 15 Jahren.

Die meisten Verkehrstoten gab es im Landkreis Mayen-Koblenz, wo 29 Personen ihr Leben verloren (Vorjahr 13). Der Landkreis Bernkastel-Wittlich lag mit 24 Verkehrstoten an zweiter Stelle. Daun und Cochem-Zell nahmen mit je vier Verkehrstoten unter den Landkreisen die letzten Plätze ein. gz

Jeder zehnte tödliche Verkehrsunfall mit zwei oder mehr Opfern

Im ersten Halbjahr 1983 kamen in Rheinland-Pfalz bei 10 836 Unfällen mit Personenschaden (+ 8,4%) insgesamt 337 Verkehrsteilnehmer ums Leben. Das sind 39 mehr als von Januar bis Juni 1982. Ferner wurden 4 582 Personen schwer (+ 9,8%) und 9 849 leicht verletzt (+ 7%). Außerdem gab es 43 520 Sachschadensunfälle (- 0,5%), von denen gut drei Fünftel nur leichten Blechschaden zur Folge hatten.

Bei den im ersten Halbjahr 1983 gemeldeten 309 Unfällen mit tödlichem Ausgang war in neun von zehn Fällen jeweils ein Verkehrstoter zu beklagen. Bei 17 Unfällen kamen zwei, bei vier Unfällen drei und in einem Fall vier Verkehrsteilnehmer zu Tode. gz

Rheinland-Pfalz hat das dichteste Straßennetz

Am 1. Januar 1983 gab es in Rheinland-Pfalz 18 503 km Straßen des überörtlichen Verkehrs. Hier-von entfielen rund 20% auf Ortsdurchfahrten. Die Länge der freien Strecken betrug 14 803 km. Die rheinland-pfälzischen Teilstrecken der Bundesauto-bahnen sind 717 km lang, 3 225 km entfallen auf Bundesstraßen, 6 947 auf Landes- und 7 614 auf Kreisstraßen.

Im Jahre 1982 wurden keine neuen Autobahn-teilstrecken freigegeben. Die Länge der Bundes- und Kreisstraßen verringerte sich um 16 bzw. 14 km, da-gegen nahm die Länge der Straßen in der Baulast des Landes durch Inbetriebnahme von Ortsumgehun-gen und Umstufungen um 24 km zu.

Auf die Fläche bezogen hat Rheinland-Pfalz das dichteste Straßennetz unter den Flächenländern (933 km auf 1 000 km² Fläche). gz

Verbraucherpreise im Juli

100 Liter Heizöl kosteten im Juli 1983 in Rheinland-Pfalz durchschnittlich 69,05 DM. Das sind 0,6% mehr als im Monat zuvor, aber 7,8% weniger als im Juli 1982. Die Benzinpreise stiegen gegenüber dem Vor-monat bis zu 3,6% für Normal- und 2,5% für Super-benzin. Dieseldienststoff verteuerte sich am wenigsten (+ 1,7%). Im Vergleich zum Juli 1982 ergeben sich allerdings Preisrückgänge für Normalbenzin bis zu 5,6% und für Superbenzin bis zu 5,1%. Diesel war um 3,3% billiger.

Im Vergleich zum Juli 1982 sind die Preise für Kohlarten bis zu 24%, Möhren um 34%, Tomaten um 30% und Kopfsalat um 13% gestiegen. Billiger an-geboten wurden Kartoffeln (- 19%), Apfelsinen (- 2,3%), Bohnenkaffee (- 7,7%) und Fischfilet (- 6,3%). br

Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz 8/83

45 Mill. DM mehr für Sozialhilfe

Das Land Rheinland-Pfalz hat im Jahre 1982 für die Sozialhilfe nach dem Bundessozialhilfegesetz ins-gesamt 690 Mill. DM aufgewendet. Das sind 45 Mill. DM mehr als im Vorjahr. Pro Einwohner errechnet sich eine Belastung von 190 DM.

Die Hilfe zur Pflege erforderte erneut den höchsten Aufwand. Mit 278 Mill. DM beanspruchte sie rund 40% der Gesamtausgaben.

Die Einnahmen erhöhten sich im Vergleich zum Vorjahr um knapp 170 Mill. DM. Sie deckten damit die Ausgaben zu rund einem Viertel. re

Kommunale Steuereinnahmen um 6% gestiegen

Die kassenmäßigen Steuereinnahmen der rhein-land-pfälzischen Gemeinden und Gemeindeverbände betrugen im ersten Vierteljahr 1983 gut 670 Mill. DM. Das sind 6% mehr als im gleichen Vorjahreszeit-raum.

Die Einnahmen aus dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer verzeichneten einen Rückgang um 1,4% auf 293 Mill. DM. Das Bruttoaufkommen der Gewerbesteuer lag um 5,1% höher als ein Jahr zu-vor. Nach Abzug der an Land und Bund abzuführenden Gewerbesteuerumlage verblieben den Gemeinden netto 263 Mill. DM, was eine Steigerung um 14,2% bedeutet. Dieser vergleichsweise hohe Zuwachs ist unter anderem dadurch bedingt, daß ab 1983 der An-teil des Gewerbesteueraufkommens, der als Umlage an Bund und Land abzuführen ist, um 27,5% gesenkt wurde.

Ebenfalls kräftig gestiegen sind die Grundsteuer-Einnahmen, und zwar um 12,4% auf insgesamt 77 Mill. DM, darunter die Grundsteuer B auf 71 Mill. DM (+ 13%).

Ab 1983 wurde der Steuersatz der Grunderwerb-steuer auf einheitlich 2% reduziert bei gleichzeitigem Wegfall der meisten Steuerbefreiungen. Nach dem Willen des Gesetzgebers soll die Neuregelung auf-kommensneutral sein. Im ersten Quartal des laufen-den Jahres erbrachte diese den Landkreisen und kreisfreien Städten zustehende Steuer rund 27 Mill. DM (- 0,6%).

Die sonstigen Steuern und steuerähnlichen Einnah-men beliefen sich auf 11 Mill. DM (+ 10,3%). he

Landesdurchschnittliche Realsteuerhebesätze 1982 weitgehend konstant

Das Realsteuer-Istaufkommen der rheinland-pfälzi-schen Gemeinden verringerte sich 1982 gegenüber dem Vorjahr um 2,2% auf 1,63 Mrd. DM. Zwar erhöhte sich das Aufkommen aus den Grundsteuern A und B um 0,8 bzw. 3,3%, aber beim Gewerbesteueraufkommen errechnet sich ein Rückgang um 3,5% auf 1,3 Mrd. DM.

Die Höhe des Istaufkommens der Realsteuern wird zum einen von der Entwicklung der Bemessungsgrundlagen, die in den Grundbeträgen zum Ausdruck kommen, und zum anderen vom Hebesatzniveau bestimmt.

Die Grundbeträge - das sind die fiktiven Meßbeträge der Realsteuern - erhöhten sich bei der Grundsteuer A um 0,4% und bei der Grundsteuer B um 2,9%. Damit lagen ihre Zuwachsraten etwas unter denen des Istaufkommens. Die Gewerbesteuer-Grundbeträge unterschritten dagegen den entsprechenden Vorjahreswert um 3,3%, der Rückgang war hier also nicht ganz so ausgeprägt wie beim Istaufkommen.

Der gewogene landesdurchschnittliche Gewerbesteuerhebesatz war 1982 mit 338% um einen Prozentpunkt niedriger als im vorangegangenen Jahr, nachdem er 1980 noch 341% betragen hatte. Die Durchschnittshebesätze der Grundsteuern A und B stiegen jeweils um einen Prozentpunkt auf 252 bzw. 277% an.

Die Realsteueraufbringungskraft errechnet sich durch Anlegen des jeweiligen auf die einzelne Steuerart bezogenen landesdurchschnittlichen Hebesatzes an die Grundbeträge. Sie ermöglicht Steuerkraftvergleiche zwischen einzelnen Gemeinden oder Gruppen von Gemeinden. Im Landesdurchschnitt betrug die Realsteueraufbringungskraft 448 DM je Einwohner. Dieser Wert wurde von den kreisfreien Städten (633 DM), den verbandsfreien Gemeinden (638 DM), hier namentlich den großen kreisangehörigen Städten (698 DM), deutlich übertroffen, während sich für die Ortsgemeinden mit 308 DM ein unterdurchschnittlicher Betrag ergibt. Unter den kreisfreien Städten rangiert Ludwigshafen mit 988 DM weit an der Spitze vor Pirmasens (728 DM) und Mainz (658 DM). Zweibrücken liegt mit 365 DM am Ende der Skala. Bei den Landkreisen war in Germersheim (756 DM), Mainz-Bingen (522 DM) und Mayen-Koblenz (479 DM) die Realsteueraufbringungskraft höher als im Landesdurchschnitt.

Bei der Beurteilung der Realsteueraufbringungskraft ist zu berücksichtigen, daß die Steuerkraft der Kommunen nicht nur von den Realsteuern abhängt. Seit der Gemeindefinanzreform 1970 erhalten die Gemeinden einen Anteil an der Einkommensteuer, müssen allerdings einen Teil ihres Gewerbesteueraufkommens in Form einer Umlage an Land und Bund abführen. Durch Subtraktion der Gewerbesteuerumlage von der Realsteueraufbringungskraft und Hinzurechnung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer ergibt sich die sogenannte Steuereinnahmekraft der Gemeinden. Sie belief sich 1982 im Landesdurchschnitt auf 704 DM je Einwohner, bei den kreisfreien Städten auf 918 DM, bei den verbandsfreien Gemeinden auf 879 DM, bei den großen kreisangehörigen Städten auf 928 DM und bei den Ortsgemein-

den auf 554 DM je Einwohner. Auch hier errechnet sich unter den kreisfreien Städten für Ludwigshafen mit 1 247 DM der bei weitem höchste Betrag, gefolgt von Mainz (953 DM) und Pirmasens (951 DM). Innerhalb der Landkreise wiesen die Kreise Germersheim (940 DM), Mainz-Bingen (786 DM) und Mayen-Koblenz (714 DM) die höchste Steuereinnahmekraft je Einwohner aus. he

Leichter Einnahmenüberschuß der kommunalen Haushalte

Die Ausgaben der Gemeinden und Gemeindeverbände in Rheinland-Pfalz beliefen sich von Januar bis März 1983 auf 2 387 Mill. DM und lagen damit um 3,9% höher als im gleichen Vorjahreszeitraum. Zur Deckung des Finanzbedarfs standen 2 395 Mill. DM (+ 2,1%) an Einnahmen zur Verfügung, so daß ein Überschuß von 8 Mill. DM verblieb.

Die Personalausgaben betrugen 476 Mill. DM und verzeichneten eine Zuwachsrate von 8,4%. An laufendem Sachaufwand wurden 355 Mill. DM (+ 0,4%) und für Sozialleistungen 195 Mill. DM (+ 4,9%) verausgabt. An Zinsen waren 118 Mill. DM (+ 3%) aufzubringen.

Für eigene Baumaßnahmen wurden 311 Mill. DM (+ 2%) eingesetzt, darunter 80 Mill. DM (+ 1,7%) für den Straßenbau. Rückläufig waren die Ausgaben für den Schulbau mit 49 Mill. DM (- 2,5%) und für die Abwasserbeseitigung mit 38 Mill. DM (- 3%). Grund- und Sachvermögen wurde für 101 Mill. DM (+ 11,1%) erworben. Mit 87 Mill. DM (+ 68,5%) erfolgte eine verstärkte Gewährung von Zuschüssen für Investitionen.

An Steuereinnahmen flossen den Gemeinden und Gemeindeverbänden 671 Mill. DM (+ 6%) zu. Die Verwaltungs- und Betriebseinnahmen hatten mit 264 Mill. DM einen Zuwachs um 16,3%. An allgemeinen Finanzaufwendungen wurden 280 Mill. DM (+ 4,9%) vom Land gezahlt.

Die Kreditaufnahmen beliefen sich im ersten Vierteljahr 1983 auf 310 Mill. DM (- 6,4%), denen Tilgungen von 193 Mill. DM (- 8%) gegenüberstanden. Ende März 1983 betrug der Schuldenstand der Gemeinden und Gemeindeverbände 6 919 Mill. DM. be

Themen der folgenden Hefte

Neues Melderecht und Bevölkerungsfortschreibung
Ökonomisch induzierte Wanderungen - Auswirkungen der Änderungen der Bevölkerungsstruktur auf den Konjunkturverlauf
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit 1982
Staatsverbrauch und Investitionen 1960 bis 1981
Kredite und Einlagen der Kreditinstitute
Schuhindustrie
Schweinehaltung 1950 bis 1982

Zeichenerklärungen

— = nichts vorhanden	ϕ = Durchschnitt
0 = Zahl ist vorhanden, aber kleiner als die Hälfte der kleinsten in der betreffenden Tabelle gewählten Stelleneinheit	p = vorläufige Angabe
. = kein Nachweis vorhanden/Angabe nicht möglich	r = berichtigte Angabe
... = Angabe fällt später an	s = geschätzte Angabe
() = Angabe, deren Aussagewert infolge geringer Feldbesetzung gemindert ist	

Bei Abgrenzung von Größenklassen wird im allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung wie „von 50 bis unter 100“ die Kurzform „50 - 100“ verwendet. Differenzen in den Summen sind durch Runden der Zahlen bedingt.

STATISTISCHE MONATSHEFTE RHEINLAND-PFALZ * 1.-8. Jahrgang 1948-1955 unter dem Titel Wirtschaftszahlen Rheinland-Pfalz; 9. und 10. Jahrgang 1956 und 1957 unter dem Titel Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz * Herausgeber: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz - Satz: Druckerei Gebrüder Wester, Andernach - Druck: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz - Bezugspreis: Einzelheft DM 3,—, Jahresabonnement DM 30,— zuzüglich Zustellgebühr - Bestellungen direkt beim Statistischen Landesamt Rheinland-Pfalz, 5427 Bad Ems, Mainzer Straße 15/16, Fernruf (0 26 03) 7 12 45, Telex 869 033 stle d oder durch den Buchhandel - Nachdruck mit Quellenangabe bei Einsenden eines Belegexemplares gestattet. ISSN 0174-2914.